

A. SICHERHEITSGEFÄHRDENDE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN

1. Allgemeiner Überblick

Organisationen von Ausländern werden als extremistisch eingestuft und vom Verfassungsschutz beobachtet, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Vor allem islamistische Gruppierungen sind verstärkt in das Blickfeld geraten, einerseits durch die aus dem politischen Islamismus hervorgehenden terroristischen Bewegungen, andererseits durch das Bemühen von Organisationen, rechtliche Sonderpositionen einzunehmen, bei denen die freiheitliche demokratische Grundordnung zumindest in Teilen außer Kraft gesetzt würde. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass islamistische Bestrebungen und damit verbundene gewaltorientierte Tendenzen als Phänomen nicht mehr ausschließlich Ausländer betrifft, sondern aufgrund von Glaubenswechsel und Einbürgerungen auch als ein von Inländern befördertes Problem anzusehen ist. Der gesetzlich vorgesehenen Beobachtung unterliegen außerdem Bestrebungen, die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine gewaltsame

Anhänger extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Ausländerorganisationen in Deutschland und Baden-Württemberg im Zeitraum 2003 - 2005

| | 2003 | | 2004 | | 2005 | |
|------------------------------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|
| | Land | Bund | Land | Bund | Land | Bund |
| Kurden (linksextremistisch) | 860 | 11.850 | 810 | 11.950 | 700 | 11.500 |
| Türken | 6.870 | 38.670 | 6.860 | 37.900 | 6.850 | 37.900 |
| davon: | | | | | | |
| linksextremistisch | 870 | 3.370 | 860 | 3.150 | 850 | 3.150 |
| rechtsextremistisch | 2.100 | 8.000 | 2.100 | 7.500 | 2.100 | 7.500 |
| religiös-nationalistisch | 3.900 | 27.300 | 3.900 | 27.250 | 3.900 | 27.250 |
| Araber | 485 | 3.450 | 510 | 3.400 | 480 | 3.500 |
| davon: | | | | | | |
| linksextremistisch | 30 | 150 | 40 | 150 | 25 | 150 |
| religiös-nationalistisch | 455 | 3.300 | 470 | 3.250 | 455 | 3.350 |
| Iraner | 100 | 1.250 | 80 | 1.200 | 80 | 1.300 |
| davon: | | | | | | |
| linksextremistisch | 100 | 1.200 | 80 | 1.150 | 80 | 1.150 |
| religiös-nationalistisch | - | 50 | - | 50 | - | 150 |
| Sonstige | 260 | 2.080 | 250 | 3.070 | 320 | 3.220 |
| Gesamt | 8.575 | 57.300 | 8.510 | 57.520 | 8.430 | 57.420 |

Grafik: LfV BW
Stand: 31.12.2005

Änderung der politischen Verhältnisse im jeweiligen Heimatland angestrebt wird.

In Baden-Württemberg waren 8.430 (2004: 8.510) Personen in Vereinigungen mit extremistischer oder terroristischer Zielsetzung aktiv. Nennenswerte Änderungen zwischen den einzelnen politischen Lagern ergaben sich im Lauf des Jahres 2005 nicht.

Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Ausländer sowie ausländerextremistische Straf- und Gewalttaten im Jahr 2005

| | Baden-Württemberg ¹ 2005 (2004) | Bund ² 2005 (2004) |
|--|---|----------------------------------|
| Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Ausländer insgesamt | 58 (135) | 771 (603) |
| davon: ausländerextremistische Straftaten | 43 (104) | 644 (461) |
| davon: ausländerextremistische Gewalttaten | 6 (17) | 47 (61) |

¹ Zahlen des LKA Baden-Württemberg
² Zahlen des Bundesministeriums des Innern
Grafik: LfV BW

Die Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten im Phänomenbereich Ausländer reduzierte sich 2005 in Baden-Württemberg von 135 um 57 Prozent auf 58. Hiervon entfielen 43 (2004: 104) auf Straftaten mit extremistischem Hintergrund. Die Anzahl der Gewaltdelikte reduzierte sich um rund zwei Drittel von 17 auf 6.¹

2. Islamismus

2.1 Hintergründe, Begriffsbestimmungen

Wie die Religion des Islam selbst, so ist auch der Islamismus ein zutiefst heterogenes Phänomen, das zwar gemeinsame Elemente und Ziele aufweist, die allen islamistischen Strömungen gemeinsam sind, jedoch nicht notwen-

¹ Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg führt keine eigene Straf- und Gewalttatentstatistik. Alle in diesem Jahresbericht aufgeführten statistischen Angaben zu politisch motivierten Straftaten beruhen auf Zahlenangaben des Landeskriminalamts Baden-Württemberg.

digerweise gewaltsame Formen annehmen muss.² Gemeinsam sind ihnen allen der universelle und unteilbare Geltungsanspruch, der Rückgriff auf als authentisch betrachtete Quellen sowie die Vision eines vergangenen Idealzustands, der sich maßgeblich an der überlieferten Glaubenspraxis des Propheten Muhammad und der frühen Muslime orientiert.

Ihren Ursprung haben die meisten islamistischen Bewegungen in Gebieten und Regionen der islamischen Welt, in denen sie eine Protestbewegung vor allem gegen den Einfluss von westlichen Werte- und Ordnungsvorstellungen darstellen. Armut in weiten Teilen der Bevölkerung, einhergehend mit einem rapiden Bevölkerungswachstum, führt zu Perspektivlosigkeit. Die daraus resultierende Unzufriedenheit bildet einen geeigneten Nährboden, auf dem islamistische Ideen gut gedeihen und immer mehr Anhänger verbuchen können. Zunehmend sehen Muslime die Lösung für ihre sozialen und politischen Probleme in einer Rückbesinnung auf eigene Werte und Traditionen. Die Religion des Islam wird als ein sozio-politisches System verstanden, das in ahistorischer Weise ein für alle Zeiten gültiges Repertoire an Vorschriften und Bestimmungen enthält, durch deren Einhaltung nach Meinung von Islamisten soziale Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt herbeigeführt werden kann. Die Religion des Islam wird somit zu einer politischen Ideologie erhoben. Aufgrund ihres Anspruchs, für die ganze Menschheit gültig zu sein, gerät sie notgedrungen mit abweichenden Ordnungs- und Wertevorstellungen in Konflikt. Fand dieser Prozess in der Vergangenheit überwiegend in islamischen Ländern statt, so fühlen sich inzwischen auch vor allem jugendliche Muslime in westlichen Ländern von islamistischem Gedankengut angesprochen.

Um trotz dieser Gemeinsamkeiten der Komplexität aktueller islamistischer Tendenzen, die durchaus miteinander im Widerstreit liegen, gerecht zu werden und um deren unterschiedliche Methodik zur Implementierung und Durchsetzung ihrer Ziele auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu können, wird der Begriff „Islamismus“ im weitesten Sinne definiert als **„die aktive Befürwortung und Durchsetzung von Glaubensinhalten, Vorschriften, Gesetzen oder Politikinhalt, die als islamisch betrachtet werden“**.³

Aufgrund der Tatsache, dass Islamisten unterschiedlich organisiert sind und bei der Umsetzung ihrer Ziele verschiedene Ansätze verfolgen, lassen sich

² Vgl. J. Kandel, Grundlagen des Islamismus, S.1-5, Friedrich-Ebert-Stiftung, politische Akademie, Referat Berliner Akademiegespräche/interkultureller Dialog, September 2004.

³ Diese Definition ebenso wie die nachfolgende Kategorisierung der unterschiedlichen Formen des Islamismus erfolgen in weiten Teilen in Anlehnung an die International Crisis Group, vgl. International Crisis Group, Understanding Islamism, Middle East/North Africa Report No 37, 2 March 2005.

auch unterschiedliche Formen des Islamismus konstatieren. Es gibt islamistische Gruppierungen wie beispielsweise die „Muslimbruderschaft“ (MB), deren Priorität im Bereich des politischen Aktivismus liegt. Ihr Hauptziel ist die Erlangung der politischen Macht, wobei sie sich als politische Parteien konstituieren und der Gewalt als Mittel der Politik öffentlich abschwören. Sie bewegen sich dabei im vorgegebenen verfassungsrechtlichen Rahmen des jeweiligen politischen Systems, wobei das Aktionsfeld solcher Organisationen in der Regel auf die nationalstaatliche Ebene beschränkt bleibt (**Politischer Islamismus**).

Des Weiteren gibt es eine Erscheinungsform des Islamismus, dessen zentrales Tätigkeitsfeld die Konvertierung durch Mission (Dawa) sowohl Andersgläubiger (Christen, Juden, Atheisten) als auch säkular orientierter Muslime zu einem als authentisch betrachteten Islam darstellt (**Missionarischer Islamismus**). Die Ergreifung der politischen Macht ist hierbei nicht das primäre Ziel. Vielmehr geht es um den Erhalt der muslimischen Identität und um die Verbreitung des islamischen Glaubens, wobei in einem dualistischen Weltbild, das zwischen gut (islamisch) und schlecht (unislamisch) unterscheidet, dem so genannten Unglauben (Kufr) eine als höherwertig betrachtete islamische moralische Ordnung gegenübergestellt wird. Die hoch strukturierte „Tablighi“-Bewegung lässt sich beispielsweise diesem Islamismustyp zuordnen.

Organisationen eines dritten Typs des Islamismus schließlich betrachten den bewaffneten Kampf (Djihad) als die einzige Möglichkeit, islamistische Ziele in die Tat umzusetzen (**Djihadistischer Islamismus**). Der Kampf wird zum einen gegen die Herrscher und Regierungen der islamischen Welt geführt, die als „ungläubig“ und „apostatisch“ (vom Glauben abgefallen) betrachtet werden, da nach Ansicht der Djihadisten diese Regierungen als „Handlanger“ des Westens gegen die Bestimmungen des Islam und gegen die Interessen der Muslime fungieren. Der Kampf wird hierbei gegen die jeweiligen Nationalstaaten geführt, die durch einen transnational übergreifenden islamischen Gottesstaat ersetzt werden sollen, in dem ausschließlich das islamische Gesetz (Scharia) Anwendung findet (**Interner Djihadismus**). Die „Islamische Bewaffnete Gruppe“ in Algerien ist ein klassischer Vertreter dieser Form des Islamismus. Zum anderen wird ein weltweiter Kampf gegen den Westen und seine Verbündeten, insbesondere die USA und Israel, geführt. Terroristische Organisationen und Netzwerke wie „al-Qaida“ erklären bei dieser Form des Islamismus oppositionelle und anders denkende Muslime zu „Ungläubigen“ (Takfir) und machen sie somit gemäß ihrer Interpretation des Islam zu legitimen Zielen, die mittels des Djihad bekämpft werden dürfen (**Globaler Djihadismus**). In einigen Fällen ist der

bewaffnete Kampf regional beschränkt und zielt im Wesentlichen darauf ab, Gebiete, die als dem islamischen Kulturkreis zugehörig betrachtet werden, von „nicht islamischer“ Herrschaft zu befreien, so dass diese wieder „islamisch“ regiert werden (**Irredentistischer Djihadismus**). Derartige Tendenzen lassen sich bei islamistischen Gruppierungen in Palästina (**HAMAS**, „al-Djihad al-Islami“), Kaschmir („Laschkar-e Taiba“, „Hizb-ul-Mudschaehdin“) und auch in Tschetschenien beobachten.

2.2 Islamistische Tendenzen in Deutschland

Im Jahr 2005 dominierte infolge der Terroranschläge in London, Amman oder im Irak das Thema Islamismus die Berichterstattung über die islamische Welt und die muslimischen Mitbürger und Einwanderer. Auch wenn es in Deutschland selbst zu keinen Terrorakten kam, stieg die Angst in der Bevölkerung vor islamistisch motivierten Gewalttaten. Muslimische Mitbürger sahen sich einem Pauschalverdacht ausgesetzt, diese Gewalttaten mitzutragen oder gutzuheißen. In der Folge war häufig ein Rückzug aus dem öffentlichen Leben zu beobachten. Die teilweise vorhandene Neigung, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, wurde dadurch noch größer. Im Alltag an deutschen Schulen werden diese Konflikte, die etwa einige streng konservative muslimische Eltern mit einer aus ihrer Sicht unislamischen Umwelt haben, deutlich. So äußerte ein islamischer Rechtsgelehrter in einem Interview in Bezug auf die Teilnahme muslimischer Kinder an Geburtstagsfeiern von Klassenkameraden Folgendes:

„Ich würde pädagogisch erzieherisch nicht empfehlen, Geburtstag zu feiern, weil das ein Verderb ist. (...) Der Glaube enthält Gebote und Verbote und da wollen wir nicht ohne diese Gebote und Verbote leben. (...) Die Verfassung ist Menschenwerk. Und der Glaube ist ein göttliches Werk. Das ist eine Offenbarung.“⁴

Zusätzlich gefördert werden jene Vorstellungen, einer besonderen Religionsgemeinschaft anzugehören, in den Gebetsräumen verschiedener Moscheen Baden-Württembergs sowie im Internet. Hier wie dort ist die deutschsprachige Übersetzung eines bekannten saudischen Religionsgelehrten in Umlauf gebracht worden, die das Zusammenleben von Muslimen mit einer nichtmuslimischen Bevölkerung erheblich in Frage stellt:

⁴ Mohammad RASSOUL in einem Interview, das vom ARD-Magazin Monitor am 13. Oktober 2005 gesendet wurde.

„Es ist unsere Meinung, dass wer auch immer die Annehmbarkeit bei Allah irgendeiner heute existierenden Religion - eine andere als der Islam - wie z.B. das Judentum, Christentum usw., behauptet, ein Ungläubiger ist. Er sollte aufgefordert werden, zu bereuen, tut er dies nicht, muss er als ein Abtrünniger (Murtad) hingerichtet werden, weil er den Qur'an verleugnet.“⁵

Schriften wie diese sind dazu geeignet, die zum Teil als tiefe Kränkungen empfundenen Missstände in der islamischen Welt und die Anfeindungen in einem nichtislamischen Umfeld durch trotztigen Zorn zu ersetzen. Was für die Einzelnen eine Art religiösen Trost spendende Erbauungsliteratur sein kann, wird für andere zur Quelle der Inspiration, sich aktiv für eine Verbesserung der Zustände und damit auch für islamistisch formulierte Ziele einzusetzen. Die Lektüre dieser Texte kann eine Re-Islamisierung in Gang setzen oder begleiten, in deren Verlauf die totale Abkehr von demokratischen Werten und westlichen Lebenseinstellungen und die völlige Hinwendung an eine als islamisch verstandene Lebensweise stehen können.

Bei Anfang des Jahres 2005 durchgeführten Durchsuchungen im islamistischen Umfeld in Baden-Württemberg und sechs weiteren Bundesländern wurde eine Reihe von Schriften sichergestellt, die nicht nur eine besonders strenge wortgläubige Auslegung nach salafitischer⁶ Lesart der islamischen Texte belegen. Vielmehr sind bei diesen Maßnahmen auch Schriften aufgetaucht, die explizit den Kampf, den bewaffneten Djihad, gegen die „Ungläubigen“ einfordern. So konnten etwa Schriften von Abdullah AZZAM in arabischer Sprache und eine deutschsprachige Ausgabe eines Buches von Abd al-FARAG sichergestellt werden, die eindeutig den bewaffneten Kampf propagieren. Besonders al-FARAG widmet seine Schrift der Rechtfertigung des Djihad und möchte diesen als zusätzliche sechste Säule⁷ des Islam etablieren. Diese Schrift gilt als einer der wichtigsten Texte, der von den islamistischen Attentätern gelesen wurde, die den ägyptischen Staatspräsidenten Anwar as-Sadat am 6. Oktober 1981 ermordeten.



Manifest des Djihad

⁵ Muhammad bin Saleh Al-Utheimin, Die Glaubenslehre der Sunnitischen Gemeinschaft. o. J. und o. O.; Übernahme wie im Original.

⁶ Salafiten: Traditionalistische islamische Bewegung, die in den letzten Jahren der Herrschaft des Propheten Muhammad in Mekka ihr politisches und gesellschaftliches Ideal sieht.

⁷ Die fünf Säulen des Islam sind: 1. Glaubensbekenntnis, 2. Gebet, 3. Almosen, 4. Fasten im Monat Ramadan, 5. Pilgerfahrt nach Mekka. Durch die Konzentration auf den Djihad wird diesem die Bedeutung einer sechsten Säule des Islam beigemessen, was ursprünglich im Islam nicht so vorgesehen ist.

Nach den Anschlägen im Juli 2005 in London standen die „homegrown Terroristen“ im Zentrum der Berichterstattung.⁸ Das Phänomen, dass bislang als in die westliche Welt integriert geltende junge Muslime sich zu Terroristen oder gar Selbstmordattentätern entwickeln können, wird mit großer Sorge analysiert. Im Westen geborene und aufgewachsene junge Männer, die zum Teil gut ausgebildet wurden, wenden sich völlig von dieser Gesellschaft ab und ziehen sich in ihre kleinen islamistischen Zirkel zurück, in denen sie Bestätigung finden. Eine große Rolle scheint hier salafitischen Ideen zuzukommen. Denn der Islam, mit dem sich diese Männer identifizieren, ist nicht mehr der Islam ihrer Eltern, sondern ein Islam, der sich am Buchstaben des Koran und an den Lebensgewohnheiten der Prophetengefährten⁹ ausrichtet.

In deutschsprachigen islamistischen Internetforen werden neben Glaubens- und Alltagsfragen auch Dihadthemen in einem Umfang und auf eine Art und Weise diskutiert, die von einem extremen Hass auf die westliche Kultur und ihre Werte gekennzeichnet ist. So wurde hier etwa die Bundestagswahl am 18. September 2005 von einem anonymen Schreiber wie folgt kommentiert:

„Schaut Euch die Ungläubigen an, wie Sie morgen wählen gehen und somit ihre fehlerhaften Gesetze über diejenigen von Allah stellen. Sie alle haben nicht anderes als den Tod und die ewige Qual im Höllenfeuer verdient.“¹⁰

Mit blutigen Details wird der bewaffnete Kampf gegen die „Kuffar“, die „Ungläubigen“ in einem Kommentar zu einer Koransure propagiert:

„subhanAllah [= Gepriesen sei Gott!] der Jihad ist so wunderschön, dass selbst Allah sagt ‚ich bin mit Euch‘, also schlägt den Kuffar auf die Nacken und hackt ihre Finger ab - denn sie lehnen sich gegen meinen Liebling auf‘ (...), sie sollen Angst und Schrecken im Herzen empfinden‘ und dann etwas, das den ganzen Körper von oben bis unten erzittern lässt ‚nicht ihr habt getötet - sondern Allah war es!‘

⁸ Olivier Roy, Britain: homegrown terror, in: Le monde diplomatique, english edition August 2005.

⁹ Die Gefährten und Begleiter des Propheten Muhammad hatten sowohl als Zeitzeugen eine große Bedeutung bei der Überlieferung der Aussagen und Verhaltensweisen des Propheten als auch bei der Gestaltung des Frühislam.

¹⁰ Hier und im Folgenden: Übernahme wie im Original.

(...) so schön ist das Töten von Kuffar im Jihad, dass Allah sagt ‚ich hab es selbst gemacht‘ subhanAllah! (...) Wenn der Islam eine Religion ist, die die Kuffar auslöschen will, dann sagen wir alle la ilaha ilallah [= Es gibt keinen Gott außer Gott!] Und wenn Muhammad (...) ein Mann war, der mit Waffen neben seinem Polster schlief, ein Kämpfer und Mujahid, dann sagen wir muhammad urrasulullah [= Muhammad ist der Gesandte Gottes].“

Aufgrund dieser Entwicklungen wird die Diskussion um das alltägliche Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland immer schärfer geführt. Die Auseinandersetzungen blieben im Jahr 2005 aber nicht auf Muslim beziehungsweise Nichtmuslim beschränkt. Vielmehr konnte aufgrund von Äußerungen einzelner Gruppen auch festgestellt werden, dass in islamischen Kreisen eine Diskussion darüber entbrannt ist, in wieweit man sich auf „westliche“ Werte und demokratische Prinzipien einlassen dürfe. Eine besondere Brisanz kommt hier einem längeren Text zu, der über zahlreiche Internetforen verbreitet wird und der vehement gegen die Aktivitäten des „Zentralrats der Muslime in Deutschland“ (ZMD) polemisiert. So schreibt der Verfasser:

„Zu einer der lautstärksten Gruppierungen in Deutschland, die auf diese Weise dem Islam unermesslichen Schaden zufügen, gehört ohne Zweifel der Zentralrat der Muslime in Deutschland (...) Anhand der Beispiele (...) warnen wir euch eindringlichst, euch von dieser Gruppierung loszusagen und legen euch ans Herz, alle Menschen, ob Kuffar oder Muslime, vor ihr zu warnen.“¹¹

Es folgen Beispiele, an denen der unbekannte Autor den Unglauben des ZMD festmachen will. In drohenden Worten wirft er hier Muslimen Unglauben vor, ein Vorwurf, der für die Betroffenen sehr ernste Konsequenzen haben kann. So bezeichnet er den Verfasser eines Kommentars zu den Londoner Anschlägen als jemanden, der „die Kuffar auf ihrem Feldzug gegen die Muslime begleite und eine innerislamische Front aufbaue.“

Dass der ZMD-Vorsitzende Nadeem ELYAS von Papst Benedikt XVI. in Köln empfangen wurde und diesen dort mit der Anrede „Eure Heiligkeit“

¹¹ Hier und im Folgenden: Internetauswertung vom 15. Dezember 2005; Übernahme wie im Original.

angesprochen habe, macht ihn in den Augen des Verfassers zu jemandem, der „die Grenzen in denen sich ein Muslim bewegen darf um Längen“ überschritten habe und „sich im teuflischen Bereich des Kufrs“ bewege. Er droht, „dass ein Ruck durch die Muslime gehen muss, um sich vom Geschwür des ZMD zu befreien.“ Das 11-seitige Pamphlet endet mit weiteren Drohungen:

„Es liegt an uns Muslimen, ja es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass diesen Leuten im Namen Allahs die Möglichkeiten für ihr Handeln genommen werden.“

2.3 Interner und globaler Dihadismus

Durch den Zusammenbruch ihrer Organisationsstruktur infolge der militärischen Operationen der Koalitionstruppen nach dem 11. September 2001 sind die Ziele der „al-Qaida“, nämlich der bewaffnete Kampf gegen die westliche Welt und die Juden, der gewaltsame Sturz arabischer Regierungen, die Einführung der Scharia als alleinige Rechtsnorm und die Etablierung eines transnational übergreifenden islamischen Imperiums nicht weniger bedeutsam für den Islamismus insgesamt geworden.

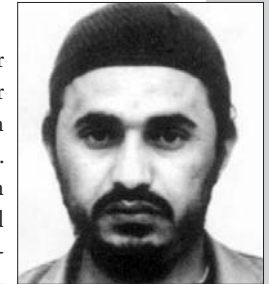
„Al-Qaida“ dürfte sich mittlerweile auf Dauer von einer Organisation in eine Ideologie verwandelt haben, die Anhänger und Unterstützer auf der ganzen Welt findet und der sich nach Art eines Franchise-Unternehmens immer neue Gruppen anschließen, welche sich die Ziele der „al-Qaida“ zu eigen machen. Im Internet waren im Jahre 2005 beispielsweise plötzlich die Gründungsverlautbarungen einer „al-Qaida in Palästina“ und auch die einer „al-Qaida im Norden Europas“ zu lesen. Auch die „al-Tawhid wal-Djihad“-Gruppe in Ägypten, die sich im Juli 2005 über das Internet zu den Anschlägen auf der Sinai Halbinsel in Scharm el Scheich und in Taba bekannte, bekundete ihre Loyalität zu Usama BIN LADIN und Ayman al-ZAWAHIRI, obgleich sie betonte, unabhängig gehandelt zu haben.¹² Ebenso untermauert das Statement eines der Attentäter der Anschläge von London, Muhammad SIDDIQ, das von al-ZAWAHIRI in einer Videoaufzeichnung ausführlich kommentiert wurde, diesen Trend. SIDDIQ spricht den ideologischen Galionsfi-



¹² Internetauswertung vom Juli 2005.

guren der „al-Qaida“ seine Bewunderung aus, ohne dass diesen in irgendeiner Form eine Beteiligung bei der Planung oder Durchführung der Anschläge nachgewiesen werden konnte.¹³

Ein weiteres bedeutsames Beispiel für die Wandlung der „al-Qaida“ von einer Organisation zu einer Ideologie war der Anschluss der Gruppe um Musab az-ZARQAWI an die „al-Qaida“ von Usama BIN LADIN im Oktober 2004. Dadurch wurde der globale Dihadismus ideologisch immens gestärkt.¹⁴ Dieses Bündnis wurde auch formal dadurch unterstrichen, dass az-ZARQAWI seine Organisation „al-Tawhid wal-Djihad“ („Monotheismus und Djihad“) in „Tanzim Qaidat al-Djihad fi Bilad al-Rafidain“



Abu Musab az-ZARQAWI

(„al-Qaida im Zweistromland“) umbenannte. Bedingt durch die instabile Sicherheitslage im Irak ist die „al-Qaida im Zweistromland“ mittlerweile zu einem Magnet geworden, der Dihadisten aus der ganzen Welt anzieht. Obwohl die „al-Qaida im Zweistromland“ überwiegend im Irak durch tägliche terroristische Aktionen von sich reden macht, zeigen doch die hohe Anzahl ausländischer Kämpfer¹⁵ und die jüngsten Anschläge auf Hotels in der jordanischen Hauptstadt Amman die transnationale Ausrichtung der Gruppierung.¹⁶ In ihrem politischen Programm macht die „al-Qaida im Zweistromland“ auch unmissverständlich ihr Ziel eines islamischen Großreichs¹⁷ deutlich:

„Wir wollen, dass das islamische Kalifat ausgehend von der Hauptstadt Bagdad erneut sein Licht der Gerechtigkeit und Hoffnung auf die bewohnten Teile der Erde ausstrahlt, so wie es zu Zeiten von Harun al-Raschid“ der Fall war.“¹⁸

Das Hauptinteresse der „al-Qaida im Zweistromland“ galt über das Jahr 2005 hindurch der Torpedierung des Demokratisierungsprozesses im Irak. In mehreren Schriften und Verlautbarungen vertrat die „al-Qaida“ die Auffassung, dass die Demokratie als politisches und gesellschaftliches Werte-

¹³ Videobotschaft von Ayman al-ZAWAHIRI vom November 2005. Eine verkürzte Fassung dieser Botschaft wurde bereits Anfang September von al-Jazeera ausgestrahlt.

¹⁴ Internetauswertung vom Okt. 2004; vgl. auch Brief von az-ZARQAWI an BIN LADIN u. Brief von BIN LADIN an az-ZARQAWI, in: Online-Magazin „Dhurwat al-Sinam“ vom Februar 2005.

¹⁵ Internetauswertung vom Mai 2005.

¹⁶ Internetauswertung vom November 2005.

¹⁷ Vgl. Brief von Ayman al-ZAWAHIRI an Musab az-ZARQAWI vom Juli 2005, in dem - ausgehend vom Irak - von der Errichtung eines Kalifats die Rede ist.

¹⁸ Kalif (786-809), der in Bagdad residierte und weite Teile Asiens und Nordafrikas beherrschte.

¹⁹ Online-Magazin der „al-Qaida im Zweistromland“ „Dhurwat al-Sinam“ 1, Ausgabe vom Februar 2005.



Ziel: islamisches Großreich

system gegen den Islam verstößt, da eine Gesetzgebung nicht auf dem freien Willen menschlicher Gesetzgebung beruhen dürfe, sondern ausschließlich auf dem von Allah geoffenbarten Gesetz:

„Die Demokratie und die Parlamente, meine Brüder, sind die Religion der Ungläubigen und ihrer persönlichen Neigungen. Die Demokratie zu billigen, bedeutet ihre Religion anzunehmen, das heißt ihrer Glaubensgemeinschaft beizutreten und aus dem Islam auszutreten.“²⁰

Diese demokratiefeindliche Haltung schlug sich über das ganze Jahr hindurch in Anschlägen auf Regierungsbeamte und Wahlhelfer nieder. Die Strategie gipfelte in der Entführung und anschließenden Hinrichtung von arabischen Diplomaten im Irak, denen stellvertretend für ihre Regierungen der Vorwurf gemacht wurde, durch ihre diplomatische Tätigkeit die „westlichen Kreuzzügler“ zu unterstützen und zu legitimieren und die Errichtung eines auf dem Islam basierenden Staates zu verhindern.²¹ Nach dem Vorbild von BIN LADINs Fatwa gegen die „Kreuzzügler und Juden“²² suggerieren die Dihadisten durch den bewussten Rückgriff auf den Kreuzzugsgedanken ihren muslimischen Glaubensgenossen, dass es sich bei dem Interventionismus im Irak um einen christlich motivierten Vernichtungsfeldzug gegen den Islam handle. Hierdurch zementiert die „al-Qaida“ das im Orient weit verbreitete Feindbild vom Westen.

**Krieg gegen
„Kreuzzügler
und Juden“**



Eine weitere überaus aktive djihadistische Gruppierung, „Ansar al-Islam“, die sich Anfang 2004 in „Ansar al-Sunna“ umbenannt hatte, wurde 2001 in einem überwiegend kurdisch-islamistischen Milieu gegründet und verfolgt das politische Ziel, zunächst im Nordirak einen islamischen Staat zu

etablieren. Nach dem militärischen Engagement der USA im Jahre 2003 im Irak wurden die „Ansar al-Islam“-Kämpfer stark geschwächt, konnten sich aber zwischenzeitlich reorganisieren. Durch die fortwährende militärische Präsenz der USA im Irak hat sich dieser zu einem Kampffeld entwickelt, auf

²⁰ Ebd.

²¹ Laut mehrer Internetverlautbarungen der „al-Qaida im Zweistromland“ wurden ein ägyptischer und zwei algerische Diplomaten entführt und anschließend hingerichtet, Internetauswertung vom Juli 2005; Außerdem wurden zwei marokkanische Diplomaten entführt und anschließend hingerichtet Internetauswertung vom November 2005.

²² Fatwa=Rechtsgutachten, zu dessen Erstellung BIN LADIN die Voraussetzungen eigentlich fehlen. Diese Fatwa wurde im Jahr 1998 veröffentlicht.

dem sich Dihadisten aus der ganzen Welt tummeln. Daher haben sich den „Ansar al-Islam“ zwischenzeitlich auch nicht-kurdische Kämpfer angeschlossen. Seit September 2003 verübte die Gruppe im Irak zahlreiche Terroranschläge. Darüber hinaus mehren sich die Hinweise für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen „al-Qaida“ und den „Ansar al-Sunna“²³.

Die „Ansar al-Islam“ beziehungsweise „Djaisch Ansar al-Sunna“ unterhalten ferner ständige Verbindungen bis nach Europa. So wurden im Oktober 2005 bereits zwei irakische Kurden in Schweden zu Haftstrafen verurteilt, da sie Geld für die „Ansar al-Islam“ gesammelt hatten.²⁴ Außerdem hat am 16. November 2005 der Generalbundesanwalt vor dem Oberlandesgericht Stuttgart Anklage gegen Rädelsführer und Mitglieder der „Ansar al-Islam“ erhoben, die für die Organisation im Bereich Finanzierung und Rekrutierung tätig gewesen sein sollen.²⁵ Auch in München lief ein Prozess gegen einen Iraker, dem vorgeworfen wurde, Mitglied der „Ansar al-Islam“ zu sein und für sie Menschen in den Irak geschleust zu haben.²⁶



Website mit Videodownload-Möglichkeit

Zahlloses Propagandamaterial in arabischer Sprache wird in europäische Sprachen übersetzt und im Internet zugänglich gemacht. In einem im November 2005 im Internet verbreiteten Film²⁷ rief al-ZAWAHIRI die europäischen Muslime zum Dihad auf:

„Und wir sagen ihnen, dass der vorgeschriebene Dihad gegen die Kreuzzügler und Juden eine Pflicht für jeden Muslim ist, ob er nun im Osten oder Westen wohnt, und dass die Muslime im Westen wie überall verpflichtet sind, einen Dihad gegen Kreuzzügler und Juden zu unternehmen, die den Islam angreifen, den Koran entehren und Afghanistan, den Irak und Palästina attackieren und besetzen.“

²³ Internetverlautbarung der „al-Qaida im Zweistromland“ in Zusammenarbeit mit der „Armee Ansar al-Sunna“ vom April 2005.

²⁴ Onlineausgabe der Taz vom 4. Oktober 2005.

²⁵ Pressemeldung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 16. November 2005.

²⁶ Süddeutsche Zeitung vom 22. November 2005.

²⁷ Hier und im Folgenden: Propagandafilm der „al-Qaida“ über die Anschläge von London; Internetauswertung November 2005.

Terrorbotschaft



Dr. Ayman
al-ZAWAHIRI

Gestützt auf eine Koransure, die schon im Mittelalter islamischen Rechtsgelehrten zur Diskriminierung von Christen und Juden diente, schürte al-ZAWAHIRI geradezu ethnisch-religiöse Konflikte:

„Bekämpft jene der Schriftbesitzer [= Christen und Juden], die nicht an Allah und den jüngsten Tag glauben und nicht verbieten, was Allah und sein Gesandter verboten haben, und nicht dem wahren Glauben [= Islam] folgen, bis sie sich unterwerfen und kleinlaut die Kopfsteuer²⁸ entrichten.“²⁹

Außerdem betonte al-ZAWAHIRI in einem im August 2005 der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Video gegenüber den europäischen Muslimen, dass für sie allein das islamische Gesetz maßgebend sei, indem er die Attentäter der Anschläge von London als Helden pries:

„Möge Gott unsere Brüder segnen, die aus Pakistan stammen, die Ritter der Raubzüge von London, die nicht an all diesen Schmutz glaubten und sowohl den kreuzzüglerischen Westen als auch dessen kreuzzüglerischen Gesetze zurückgewiesen haben.“

2.3.1 Islamistische Propaganda im Internet

Für das Jahr 2005 lässt sich erneut ein Zuwachs an islamistischer Propaganda, die über das Internet verbreitet wird, verzeichnen. Das Material von transnational agierenden Dihadisten wie das der „al-Qaida“ macht hierbei den Hauptanteil aus und dominiert weitestgehend den islamistischen Diskurs im Internet. Auf einschlägigen Internetseiten dieser Szene finden sich vor allem Tondokumente, Bilder, Videofilme und antiwestliche sowie antisemitische Hetzschriften, die sich in erster Linie auf die bekannten Konfliktherde der islamischen Welt beziehen: Irak, Tschetschenien, Saudi-Arabien und Palästina. Der Löwenanteil des aktuellen Materials stammt aus dem Irak, der sich auf Grund der instabilen Sicherheitslage zu einem Dreh- und Angelpunkt für Dihadisten entwickelt hat. Täglich werden gleich mehrere Verlautbarungen djihadistischer Gruppierungen veröffentlicht.

Die in den vergangenen Jahren starke Internetpräsenz der „al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ hat sich inzwischen fast gänzlich auf „al-Qaida im

²⁸ Zwangssteuer für Nichtmuslime im islamischen Mittelalter.

²⁹ Sure 9, Vers 29.

Zweistromland“ mit ihrem Anführer Abu Musab az-ZARQAWI verlagert. Das abrupte Einstellen der Publikation „Saut al-Djihad“ (Die Stimme des Dihad) im Oktober 2004 muss in diesem Kontext als ein Indiz für die strukturelle und auch personelle Schwäche der Dihadisten in Saudi-Arabien gewertet werden. Diese Zerfallserscheinungen sind in erster Linie dem immensen Fahndungsdruck der saudi-arabischen Sicherheitsbehörden geschuldet, der einigen Quellen zufolge zu einem regionalen Ausweichen von mehreren tausend saudischstämmigen Dihadisten³⁰ in den Irak geführt hat. Ein hochrangiger Führer der „al-Qaida“ in Saudi-Arabien, Abdallah Raschud, soll beispielsweise laut einer Internetverlautbarung der „az-Zarqawi-Gruppe“ am 23. Juni 2005 bei Gefechten im Irak umgekommen sein.³¹ Auch der Anteil unter den Saudis an den im Irak getöteten ausländischen Kämpfern ist mit über 50 Prozent überproportional hoch.

Seit Februar 2005 gibt der regionale Ableger der „al-Qaida“ im Irak ein eigenes Online-Magazin mit dem Namen „Dhurwat as-Sinam“ (der Kamelhöcker) heraus³². Der Titel des Magazins geht auf einen Ausspruch des Propheten Muhammad zurück, der den Dihad, verstanden als bewaffneten Kampf, als die oberste Glaubenspflicht der Muslime bezeichnet haben soll. Neben den schon fast täglich erscheinenden kürzeren Videosequenzen von einzelnen Bombenanschlägen und Kampfhandlungen werden auch längere Propagandafilme wie „Und die Religion ist ganz bei Allah“³³ oder „Badr (= Vollmond) Baghdad“³⁴ veröffentlicht. Letzterer zeigt die Vorbereitung und Durchführung von Selbstmordanschlägen auf große Hotels in Bagdad am 24. Oktober 2005, denen mindestens 17 Menschen zum Opfer fielen.



Online-Magazin
„Dhurwat as-Sinam“

Überproportional mit Gewaltvideos und Verlautbarungen im Internet vertreten sind auch die vornehmlich im Norden des Iraks aktive Gruppierung „Ansar al-Sunna“ und deren bewaffneter Arm „Armee der Ansar al-Sunna“. Auch diese terroristische Vereinigung, die Anschläge auf Koalitionstruppen und Iraker verübt, gibt eine Zeitschrift heraus und unterhält eine eigene „Medienabteilung“. Darüber hinaus veröffentlicht sie aber noch regelmäßig erscheinende und aufwändig gestaltete „Rechenschaftsberichte“. Diese tragen die makabre Bezeichnung „Ausbeute der Mudjahedin“, in denen die

³⁰ International Crisis Group, The Shiite Question in Saudi Arabia, Middle East Report No 45, 19 Sept. 2005, S. 11-12.

³¹ Internetauswertung vom Juni 2005.

³² Internetauswertung vom Februar 2005.

³³ Internetauswertung vom Juni 2005.

³⁴ Internetauswertung vom November 2005.

durchgeführten Operationen mit Tötungen von Menschen verzeichnet werden, welche den Anhängern mal als glorreiche Siege gegen die kreuzzüglischen Besatzer und mal als rechtmäßige Hinrichtungen von Verrätern an Allah und seiner Religion vermittelt werden.³⁵

2.3.2 Erstellung und Verbreitungswege islamistischer Internetpropaganda

Neben der quantitativen Zunahme des Propagandamaterials ist auch eine immer professioneller anmutende Erstellung des Materials selbst festzustellen. Die Dihadisten vor allem im Irak unterhalten jeweils eigene „Medienabteilungen“, die sie als alternative Informationskanäle und somit als Gegengewicht zu der als lückenhaft, diffus und einseitig wahrgenommenen Berichterstattung westlicher und insbesondere amerikanischer Nachrichtenagenturen betrachten. Die adäquate Kommunizierung ihrer ideologischen und militärischen Standpunkte wird von der „al-Qaida“ als eines der wichtigsten strategischen Mittel angesehen, die westliche Vormachtstellung zu beseitigen und ein transnational übergreifendes islamisches Imperium zu errichten.³⁶ Als offizieller Mediensprecher der „al-Qaida im Zweistromland“ agiert beispielsweise stets ein Abu Maysara al-IRAKI. Mit diesem Namen sind sämtliche Verlautbarungen der Gruppe um Musab az-ZARQAWI unterzeichnet, was deren Authentizität belegen soll. Mittlerweile gelang es dem Führungskader der „al-Qaida“, ein eigenes „Medienlabel“, „As-Sahab-Media“, dauerhaft in den djihadistischen Informationskanälen zu etablieren. „As-Sahab-Media“ produzierte zuletzt Propagandavideos mit Ayman al-ZAWAHIRI über die Anschläge von London und über den Kampf gegen die internationalen Einsatztruppen in Afghanistan und den angrenzenden pakistanischen Provinzen. Tendenziell schien „as-Sahab Media“ und damit auch „al-Qaida“ zunehmend darauf bedacht zu sein, ein internationales nichtmuslimisches Publikum anzusprechen, da ein Großteil des neuen Videomaterials und auch zum Teil ältere Filme mit englischsprachigen Untertiteln in Umlauf gebracht wurden.

Die einschlägigen islamistischen Internetforen sind der Hauptumschlagsplatz für Gewaltfilme und Tondokumente. Einige dieser Foren verfügen über Unterrubriken mit Bezeichnungen wie „Nachrichten von der Front“ oder „Nachrichten der Mudjahedin“, in denen darüber hinaus zahlreiche Verlautbarungen unterschiedlicher djihadistischer Gruppierungen veröffentlicht werden. Zusätzlich versuchen einzelne Gruppierungen, ihre eigenen Websites im Netz zu etablieren.

³⁵ Internetauswertung vom April 2005.

³⁶ Abu Bakr Nadji, „Management der Barbarei“, Online-Strategiebuch der „al-Qaida“ vom März 2005, S. 37ff.

Darüber hinaus gibt es eine mittlerweile unüberschaubare Anzahl von sogenannten Unterstützerseiten für die Sache der Mudjahedin. Auf ihnen wird im Internet kursierendes Material systematisch gesammelt und geordnet. Auf diese Weise kann sich beispielsweise jeder Interessierte über die Geschichten der im Dihad gefallenen Märtyrer und deren Motivation informieren. Auch bieten einige dieser Seiten den Anhängern des globalen Dihadismus die Möglichkeit, Geldspenden für die Kämpfer und die Hinterbliebenen der Märtyrerfamilien zu sammeln.

Selbst ernannte Medienagenturen, die Namen wie „Global Islamic Media Front“ oder „Islamic Media Center“ tragen, sind ebenfalls bei der Verbreitung von djihadistischer Propaganda aktiv. Neben der Erstellung von ideologischen Abhandlungen und Indoktrinationsschriften haben diese es sich zur Aufgabe gemacht, bereits vorhandenes Video-, Bild- und Audiomaterial in aufwändig gestalteten Flash-Animationen zu verarbeiten. Sehr häufig wird auch digitales Material, das aus anderen Quellen stammt, aus ihrem ursprünglichen Bedeutungszusammenhang herausgerissen und für propagandistische Zwecke der Dihadisten verwendet.

2.3.3 Rekrutierung über das Internet

Die Rekrutierung von potentiellen Mudjahedin erfolgt in der Regel über bestimmte Internetseiten, die für den weltweiten Dihad Werbung betreiben. Hierbei spielt die Verehrung und Pflege des Märtyrerwesens eine herausragende Rolle. Hunderte von Märtyrerlebensläufen finden in der islamistischen Szene Verbreitung und sollen dazu dienen, die Schrecken des Todes herunterzuspielen und andere dazu zu animieren, es ihren Vorgängern gleich zu tun. Aktuell wird von „al-Qaida im Zweistromland“ die kleine Schriftenreihe „Bedeutende Märtyrer“ im Internet in Umlauf gebracht. In diesen Texten, von denen es inzwischen vier Ausgaben gibt, wird jeweils ein „herausragender Märtyrer“ auf etwa fünf bis sechs Seiten exklusiv vorgestellt. Des Weiteren sind spezielle Webseiten vorhanden, die ausschließlich den „Märtyrern“ gewidmet sind. Dort stehen aus verschiedenen Konflikttherden der islamischen Welt detaillierte Erklärungen der „Märtyrer“, so genannte Märtyrertestamente, zum Herunterladen bereit, in denen die Kämpfer vor der Tat ihre Motivationen und Wünsche kund getan haben.

Als Vorbild dienen den Dihad-Aspiranten aber vornehmlich die Taten und Aussagen des Propheten Muhammad und der frühen Muslime, die in den kanonischen Dihadbüchern des Mittelalters gesammelt und schriftlich festgehalten wurden. Dem „Märtyrer“ wird nicht nur versprochen, durch seine Tat direkt ins Paradies einzuziehen, wo er anschließend von zweiundsiebzig

„Märtyrer“
als Ideal

Jungfrauen verwöhnt werden würde, sondern ihm werden auch alle zuvor begangenen Sünden vergeben. Dies veranschaulicht ein Zitat aus einem in islamistischen Kreisen zirkulierenden Jihad-Buch aus dem 15. Jahrhundert, dessen Autor ein gewisser Ibn NUHAAS ist.³⁷ Dieses Werk steht mittlerweile auch in englischer Übersetzung zum Download bereit. In dem Kapitel dieses Werkes mit der Überschrift „Der Märtyrertod garantiert das Paradies“ wird Folgendes versprochen:

„Allah sagt: Diejenigen, die auf dem Pfade Allahs getötet werden, deren Taten werden nicht umsonst gewesen sein. Er wird sie leiten und alles für sie ordnen. Er wird sie in das Paradies führen.“³⁸

Theologisch wird durch solche Aussagen der Tod in Kampfhandlungen geradezu belohnt, wodurch insbesondere junge Menschen dahingehend indoktriniert werden sollen, nach dem Leben im Jenseits zu streben und dem irdischen Leben keine Bedeutung mehr beizumessen. Im Zuge der Anschläge von London im Juli 2005 wurde zusammen mit einem Bekenner schreiben ein Strategiepapier veröffentlicht, das eine Hommage an die „Märtyrer“ beinhaltet und die obigen Ausführungen in anschaulicher Weise zusammenfasst:

„Das Paradies soll euch wohl bekommen, so Gott will, denn eure reinen Körper machen für uns den Weg des Jihad befahrbar [d.h. dienen uns als Vorbild] und von eurem reinen Blut atmen wir den Duft der Stärke und Kraft ein. Durch eure starken Worte erinnern wir uns an das Jenseits und sie machen für uns die Unglücksfälle der [diesseitigen] Welt erträglich. Gott möge euch gnädig sein und er möge euch unter die Märtyrer und Recht schaffenen aufnehmen.“³⁹

Neben diesen Rekrutierungs- und Indoktrinierungsschriften finden sich jedoch durchaus auch praktische Anleitungen im Internet, die es dem Dji-

hadisten ermöglichen sollen, seinen Weg auf das Schlachtfeld zu finden. „Al-Qaida im Zweistromland“ hat zu diesem Zweck Mitte 2005 eine Broschüre mit dem Titel „Dies ist der Weg in den Irak - gerichtet an denjenigen, der zu den Mudjahedin im Zweistromland gelangen möchte“ in islamistischen Internetforen in Umlauf gebracht.⁴⁰ Darin wird der Dihadist beispielsweise angewiesen, einen Urlaubstrip vorzutauschen, seinen Bart zu rasieren und sich westlich zu kleiden, um die Kontrollen an den Grenzposten zum Irak unbehelligt passieren zu können.

Dem Dihadisten wird auf einschlägigen Internetseiten auch eine Fülle von Trainingsmaterialien und Ratgebern an die Hand gegeben. Unzählige Waf-fenhandbücher, Anleitungen zum Bau von Bomben und sogar Giftstoffhandbücher sind ohne weiteres über das Internet zu beziehen. Einige der Anleitungen werden in der Form von „Schulungsfilmen“ dargeboten, so zum Beispiel der Bau eines Sprengstoffgürtels für Selbstmordanschläge.

2.3.4 Die Chronologie der Gewalt

Ein besonderer regionaler Schwerpunkt islamistisch motivierter Anschläge und Gewalttaten blieb auch im Jahr 2005 der Irak. Bereits am 20. Januar 2005 kündigte Abu Musab az-ZARQAWI an, dass den Besatzungstruppen ein langer Kampf bevorstände. So kam es erneut zu zahlreichen Selbstmordanschlägen mit Autobomben, Sprengfallen auf den Straßen, Feuerüberfällen und Entführungen. Seit 2003, dem Ende der Kriegshandlungen, sind dieser Gewalt laut einem im Internet eingestellten Bericht⁴¹, über 17.000 Menschen zum Opfer gefallen und über 30.000 verletzt worden. Weitere Anschläge und Terrorakte erschütterten große Teile der islamischen Welt, unter anderem Ägypten, Afghanistan, Indonesien und Jordanien. Aber auch Europa selbst stand im Jahr 2005 erneut im Visier islamistisch motivierter Terroristen. Im Einzelnen:

- Am Vormittag des 7. Juli kam es zu den folgenschwersten Anschlägen in **London**. Drei Attentäter zündeten beinahe zeitgleich ihre Sprengsätze in der U-Bahn, ein vierter Mann sprengte sich in einem Bus in die Luft. Die Anschläge forderten 56 Menschenleben und Hunderte von Verletzten. Wie hoch die Bedrohung des öffentlichen Nahverkehrs blieb, zeigte eine weitere versuchte Anschlagswelle am 21. Juli, bei der aber niemand sein Leben lassen musste, da die Zünder der vier Sprengsätze versagten.

*Kette der
Gewalttaten reißt
nicht ab*

³⁷ Ibn Nuhaas, The Book of Jihad. Die nachfolgenden Übersetzungen stammen aus der englischen Ausgabe.

³⁸ Ibn Nuhaas, S. 116.

³⁹ Internetauswertung vom 16. Juli 2005, Strategisches Papier der „Abu Hafis al-Masri Brigaden“ mit dem Titel „Die Road Map der Mudjahedin“.

⁴⁰ Internetauswertung vom 18. Juli 2005.

⁴¹ Veröffentlicht am 19. Juli 2005.

- ❑ In **Ägypten** wurden zum wiederholten Male Touristen zum Ziel von Anschlägen. In Scharm el Scheich starben mindestens 64 Menschen, in anderen Quellen wurden 88 Tote genannt, die Zahl der Verletzten wurde mit über 200 angegeben, als in der Nacht am 23. Juli Attentäter drei Fahrzeuge vor Hotels und Restaurants zur Explosion brachten.
- ❑ Auf der Ferieninsel **Bali** fielen am Abend des 1. Oktober 20 Urlauber folgeschweren Anschlägen in Kuta zum Opfer.
- ❑ In der jordanischen Hauptstadt **Amman** kam es am Abend des 9. November zu den bis dahin schwersten Terroranschlägen. Ziel der Selbstmordanschläge waren drei Luxushotels. Für die Tat übernahm die „al-Qaida“ von Abu Musab az-ZARQAWI die Verantwortung. Bei den Anschlägen starben 57 Menschen. Drei irakische Männer sollen die Tat durchgeführt haben. Als vierter Täter wurde eine Frau festgenommen, deren Sprenggürtel nicht zündete.
- ❑ In **Afghanistan** blieben die Truppen der ISAF⁴², darunter auch das deutsche Kontingent, Ziel von Anschlägen. Am 14. November starb ein deutscher Soldat bei einem Selbstmordanschlag, als der Attentäter seinen Wagen in das deutsche Truppenfahrzeug lenkte.
- ❑ Am 25. November wurde die deutsche Archäologin Susanne Osthoff im **Irak** von Unbekannten entführt. Sie kam nach 24 Tagen Geiselnhaft frei.

Im Jahr 2005 ging auch aufgrund der Entwicklungen im Irak die internationale Gefahr durch islamistische Terroristen nicht zurück. Die Gefahr, die von diesen Täterkreisen ausgeht, bleibt hoch.

⁴² Kürzel für „International Security Assistance Force“ (Internationale Sicherheitsbeistandstruppe).

2.4 Islamistische Organisationen aus dem arabischen Raum

2.4.1 Islamistische Organisationen aus dem sunnitischen⁴⁵ Bereich

2.4.1.1 Die „Muslimbruderschaft“ (MB) und ihre nationalen Ableger

Bei der 1928 in Ägypten gegründeten „Muslimbruderschaft“ (MB) handelt es sich um die erste islamistische Organisation überhaupt. Ihr Gründer, der Grundschullehrer Hassan al-BANNA, legte mit seiner Überzeugung, dass die islamische Welt sich vom „wahren Islam“ entfernt habe und daher „reformiert“ und wieder auf den rechten Weg gebracht werden müsse, den ideologischen Grundstein für islamistische Konzepte. Letztendlich bereitete dieser Leitgedanke der MB den Nährboden für den Dihadismus als gewalttätigste und blutigste Weiterentwicklung des Islamismus.



Hassan al-BANNA

Die Ideologie der „Muslimbrüder“ umfasst sowohl die politische als auch die gesellschaftliche Ordnung eines idealen islamischen Staates. Ziel der MB ist die Errichtung einer islamischen Nation (al-umma al-islamiyya), deren Bürger sich ausschließlich über ihren islamischen Glauben definieren. In der panislamistischen Vorstellung der „Muslimbrüder“ spielen weder Nationalität noch Nationalstaatsgrenzen eine Rolle.

Die MB spricht der politischen und ökonomischen Führungsschicht in ihren jeweiligen Heimatländern jede Legitimation ab, die Gesetze einer islamischen Gesellschaft zu lenken. Intellektuelle mit westlicher Bildung, die nicht der MB-Ideologie nahe stehen, werden genauso wie die politischen und ökonomischen Eliten der Heimatländer als korrupt, dekadent, pro-westlich und unislamisch gebrandmarkt. Auch das religiöse Establishment, die Imame, Islamagelehrten und Richter, wurden und werden als Handlanger der jeweiligen Regime abgelehnt.

⁴⁵ Die Sunniten sind Anhänger der zahlenmäßig größten Glaubensrichtung des Islam. Sie stellen in den meisten islamischen Ländern die Mehrheit der Muslime. Die Anhänger der zweitgrößten Glaubensrichtung des Islam werden als Schiiten bezeichnet. Für sie gilt eine bestimmte Reihe von Imamen als spirituelle und weltliche Oberhäupter als verbindlich. Daher unterscheidet man verschiedene schiitische Richtungen, die eine Reihe von bis zu zwölf Imamen anerkennen, deren letzter im 9. Jahrhundert gelebt haben soll. Für die Sunniten hingegen galt der Kalif als oberster Führer.



Errichtung einer islamischen Nation als Ziel

Die aktuelle Strategie der MB zielt in verstärktem Maß darauf ab, in Ägypten als politische Partei zugelassen und legalisiert zu werden. Daher gibt sich die MB in offiziellen Verlautbarungen demokratisch und vermeidet die Konfrontation mit der Regierung. Auch 2005 blieb sie offiziell verboten, wenn auch geduldet, und stellte daher bei den Parlamentswahlen im November 2005 wieder nur „unabhängige“ Kandidaten auf.

Anfangs kam die ägyptische Regierung den „Muslimbrüdern“ beim Wahlkampf entgegen und beide Seiten zeigten sich an einer Deeskalation interessiert. Nach den ersten Wahlerfolgen wurden aber wieder Hunderte von Muslimbrüdern verhaftet.⁴⁴ Strategisch geschickt vermied die MB politisch brisante Themen und heikle Grundsatzfragen, um dem damit vorprogrammierten Ärger mit der Regierung aus dem Weg zu gehen und sich möglichst viele Wählerstimmen zu sichern. Ihre Kandidaten konzentrierten sich stattdessen auf Themen von lokalem Interesse, zum Beispiel Wahlversprechen wie den Bau von Schulen, Krankenhäusern und besseren Abwasseranlagen. Die Wahlkampfparole der ägyptischen MB war „Der Islam ist die Lösung“, wie sie auch schon in anderen Staaten von der MB simpel, aber erfolgreich verwendet wurde. Diese Parole wurde in politischer und ideologischer Hinsicht nicht präzisiert und ist auch im Hinblick auf die schätzungsweise 10% ägyptischer Christen mit einem Fragezeichen zu versehen. Denn trotz Betonung des demokratischen



ägyptisches Wahlplakat:
„Der Islam ist die Lösung“

Charakters der MB fordert Mohammed HABIB, der Stellvertreter des Führers der ägyptischen MB Mohammed Mahdi AKIF, dass die Scharia sowohl für die Muslime als auch die Christen in Ägypten gelten solle. Dies stößt auf Widerstand seitens der Christen. Forderungen wie diese haben bereits in anderen Staaten, wie in Nigeria, das einen großen Bevölkerungsanteil von Nicht-Muslimen hat, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt. Liberale Muslime und Kritiker der MB diskutieren kontrovers über die Frage, ob die Organisation trotz ihrer Forderung nach Einführung der Scharia einen Platz im politischen Leben Ägyptens einnehmen sollte. Auch die Frauenbewegungen machen sich angesichts des Wählerzulaufs zur MB Sorgen. Wenn die MB dies durchsetzen würde, wären sämtliche Lebensbereiche durch die Scharia geregelt. Dies beträfe dann nicht nur die Wirtschaft (Zinsverbot), sondern auch das politische und gesellschaftliche Leben einschließlich des Personenstandsgesetzes. So benachteiligt beispielsweise das Erbrecht in der Regel Frauen.

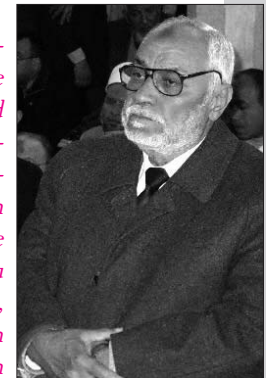
⁴⁴ Im Jahr 2000 wurden ca. 6.000 Aktivisten und Kandidaten der MB während des Wahlkampfes verhaftet und 20 ihrer Führungspersonen vor ein Militärgericht gestellt.

Die Einstellung der „Muslimbrüder“ zum bestehenden ägyptischen Rechtssystem ist ambivalent. Abu Muneim ABUL FUTUH, ein Mitglied des Führungsrats der „Muslimbrüder“, äußerte sich hierzu wie folgt:

„Ich lehne unser Rechtssystem ab, das auf französischem Recht basiert - muss mich aber trotzdem daran halten.“⁴⁵

AKIF kommentierte die Ablehnung des Dialogangebots der EU und der USA an die MB in einem Interview mit folgenden Worten:

„(...) Wir bringen die Wünsche des ägyptischen Volks zum Ausdruck, während die Amerikaner eine besondere Agenda und eigene Interessen verfolgen. Was sie wollen, steht in den meisten Fällen im Widerspruch zu unserem nationalen, religiösen und kulturellen Programm. Sie wollen die Demokratie exportieren, um ihre Ziele zu verwirklichen. Ihre Demokratie ist faul, weil sie die [ägyptische] Nation vernichten und ihren Glauben und ihre Traditionen auslöschen will.“⁴⁶



Mohammed Mahdi
AKIF

Die Meldung, dass die irakische MB mit den US-Amerikanern zusammenarbeite, dementierte AKIF vehement. „Muslimbrüder“ könnten nicht „mit der Besatzung“ zusammenarbeiten. Hinzu fügt er:

„(...) Die Haltung der Muslimbrüder in Palästina ist der beste Ausdruck für die Art und Weise, in der Muslimbrüder mit einer Besatzungsmacht zusammenarbeiten.“

Mit dem Hinweis auf die „Brüder in Palästina“ (= HAMAS) und deren Selbstmordattentate als Bestandteil ihrer Politik billigte AKIF diese Vorgehensweise und stellte sie als exemplarisch für den Umgang der MB mit einer „Besatzungsmacht“ dar.

⁴⁵ „Der Islam ist die Lösung - für manche“, Stuttgarter Zeitung vom 15. November 2005.

⁴⁶ Hier und im Folgenden: MEMRI - The Middle East Media Research Institute - „Dialog mit Islamisten (II)“ vom 12. Mai 2005.

Auf der Homepage der ägyptischen MB wurde im Zusammenhang mit der Kritik AKIFs an den westlichen Demokratien folgende Äußerung eingestellt:

„Der ehrwürdige Führer [= AKIF] wies darauf hin, dass die amerikanische Demokratie nichts anderes als eine parteiische und einseitige Demokratie sei, welche gegen jeden vorgehe, der eine andere Meinung als die Zionisten habe, was die Legende⁴⁷ des Holocaust betreffe, da Roger Garaudy in den 1990er Jahren aufgrund des Verdachts ihrer Leugnung [= der Legende] (...) verurteilt wurde und der britische Historiker David Irving⁴⁸ in Österreich im November verhaftet wurde.“⁴⁹

AKIF ließ kurz danach die Medienberichte dementieren, er habe mit seiner Äußerung den Holocaust geleugnet. ABUL FUTUH ließ verlauten, AKIF habe nur darauf hinweisen wollen, dass die Politik des Westens mit zweierlei Maß messe und die „Opfer des zionistischen Staates und seine täglichen Verbrechen gegen die Palästinenser“ missachte. Die Woche zuvor hatte bereits Mohamed HABIB, AKIFs Stellvertreter erklärt, die Berichte über den Holocaust seien „übertrieben“:

„Wir haben keine Beweise, die uns in die Lage versetzen, diese Angelegenheit zu bestätigen oder zu widerlegen. Es sind Belege nötig. Man kann jedoch sicher sein, dass es Übergriffe auf die Juden gegeben hat, aber nicht in Form von Gaskammern oder vielleicht auch nicht in dieser Größenordnung.“

Die Bestrebungen der MB nach politischer Macht schließen bis heute die Anwendung von Gewalt mit ein.⁵⁰ Die rigorose Bekämpfung der MB in Ägypten brachte zahlreiche Mitglieder ins Gefängnis. Seit den 1950er Jahren emigrierten aufgrund des Verfolgungsdrucks der Behörden zahlreiche „Muslimbrüder“ ins arabische und europäische Ausland. Dies trug dazu bei, dass sich die Ideologie der MB nicht nur in der islamischen Welt, sondern auch in Europa verbreitet und weiterentwickelt hat. In der Folgezeit ent-

⁴⁷ „ustura“ kann auch mit „Mythos“ übersetzt werden.

⁴⁸ Vgl. Teil B, S. 110.

⁴⁹ Hier und im Folgenden: Homepage der ägyptischen MB vom 28. Dezember 2005.

⁵⁰ So bei HAMAS und „Front Islamique du Salut“ (FIS).

standen in der arabischen Welt nationale Ableger der MB, welche sich ebenfalls im islamistischen Spektrum in Deutschland wieder finden. Dokumente, die im Jahr 2005 veröffentlicht wurden, weisen auf eine langfristige und strukturierte Planung zur Etablierung in Europa hin:

„Weltweites islamisches Engagement zur vollständigen Befreiung Palästinas und zur Schaffung eines islamischen Staates; eine Aufgabe, die der obersten Führung obliegt. Einrichtung eines Dialogs auf lokaler Ebene mit denen, die für die (islamische) Sache arbeiten gemäß den übergeordneten Vorgaben der Bewegung (...) Das Denken, die Erziehung und die Arbeit ausrichten auf die Schaffung einer islamischen Macht auf der Welt. (...) Arbeiten in verschiedenen einflussreichen Institutionen und sie zum Dienst am Islam nutzen. (...) Beständiger Aufbau der islamischen dawa [= Mission] und Unterstützung der im Dihad engagierten Bewegungen in der islamischen Welt, in unterschiedlichem Maße und soweit möglich. (...) Unterhalten des Gefühls des Grolls gegenüber Juden und jegliche Koexistenz ablehnen.“⁵¹

Was die Gewaltbereitschaft der Bewegung zur Erreichung ihrer Ziele anbelangt, so variiert die Strategie dieser nationalen Ableger beträchtlich. Die „Islamische Aktionsfront“ (IAF) als Partei der jordanischen „Muslimbrüder“ ist seit 1993 im Parlament vertreten, während sich von der algerischen FIS nach der Annullierung ihres Wahlsiegs 1991 im Laufe der 1990er Jahre immer gewalttätigere Gruppierungen abspalteten. Im Falle der HAMAS als dem palästinensischen Zweig der MB und ihres militärischen Flügels gehören Selbstmordattentate, die zu islamisch legitimen „Märtyreroperationen“ erklärt werden, zum politischen Programm.

⁵¹ Besson, Sylvain: La conquête de l'occident - le projet secret des islamistes, Paris 2005, S. 197-204.



2.4.1.1.1 „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)

Gründung: 1982

Hauptsitz: München

Mitglieder: ca. 190 Baden-Württemberg (2004: ca. 190)
ca. 1.300 Bund (2004: ca. 1.300)

Publikation: „Al-Islam“ (bis 2003), danach Veröffentlichungen über eigene Homepage



Homepage der IGD

Die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) ist eine einflussreiche sunnitische Organisation arabischer Islamisten in Deutschland, die seit 1960 besteht und ihren Hauptsitz in München hat. Ein in **Stuttgart** bestehendes „Islamisches Zentrum“ wird auf der IGD-eigenen Homepage unter „Islamische Zentren der IGD“ aufgeführt.⁵² Darüber hinaus bestehen in Baden-Württemberg noch weitere „Islamische Zentren“, welche mit der IGD eigenen Angaben zufolge in Koordination stehen (**Karlsruhe**, **Sinsheim** und **Tübingen**).

Von 2002 an wurden juristische und organisatorische Umstrukturierungen vorgenommen. In Baden-Württemberg, wo der IGD circa 190 Mitglieder beziehungsweise Sympathisanten zugerechnet werden, ist sie im „Zentralrat der Muslime in Baden-Württemberg“ vertreten. Der sich als „unabhängig“ bezeichnende Dachverband „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD) vertritt auch die Interessen der IGD, die Mitglied im ZMD ist. Auf europäischer Ebene ist die IGD in der „Federation of Islamic Organisations in Europe“ (FIOE) vertreten. Die IGD ist Gründungsmitglied der FIOE.

Die FIOE pflegt als internationaler Dachverband die Auslandsbeziehungen und vertritt offiziell die Position, die zentrale Anlaufstelle im sunnitisch-islamischen Bereich zu sein. Ihre politische Linie ist darauf ausgerichtet, sich eine zunehmend stärkere Position zu sichern, um andere islamische Organisationen und Vereine kontrollieren zu können. Ideologisch sieht sich die FIOE dem Erbe des Gründers der „Muslimbruderschaft“ (MB), Hassan al-BANNA (1906-1949), verpflichtet. Der Präsident der IGD - (seit 2002)

⁵² Internetauswertung vom 10. Januar 2006.

Ibrahim el-ZAYAT - hat gleichzeitig die Stellung eines Vertreters der FIOE in Deutschland inne. Auf den ersten Blick bemühen sich die Betreiber der FIOE-Homepage um die Darstellung eines vermeintlich moderaten, gewaltlosen Islams. Bei eingehender Untersuchung der weiterführenden internen wie externen Links stellt man jedoch vor allem in der arabischsprachigen Version eine erhebliche Diskrepanz fest. Theoretische Aspekte, die die Kriegsführung im Islam tangieren wie die Feststellung, dass die Tötung von Frauen, Kindern etc. verboten sei, werden insofern ad absurdum geführt, als bekannt ist, dass der „**European Council for Fatwa and Research**“ (ECFR) beziehungsweise „Europäische Rat für Rechtsgutachten und wissenschaftliche Studien“⁵³, der von der FIOE ins Leben gerufen wurde, im Zusammenhang mit dem Palästina-Konflikt andere Vorgehensweisen legitimiert oder zumindest als Mittel zum Zweck in Kauf nimmt. So hat der Vorsitzende des ECFR, Dr. Yusuf al-QARADAWI, zahlreiche Rechtsgutachten verfasst, die Selbstmordattentate gegen erwachsene jüdische Bürger Israels legitimieren. Dabei nimmt er auch den Tod von Kindern in Kauf.

Die „**International Association of Muslim Scholars**“ (IAMS), die von al-QARADAWI mitbegründet wurde und deren Präsident er ist, hatte im November 2004 ein Schluss-Kommuniqué ihrer Versammlung herausgegeben, in welchem sie zum Krisenherd Irak Stellung bezieht: Es wird unter „erstens“ betont, dass die Wiedererlangung der nationalen Souveränität im Irak als dem offenbarten Gesetz des Islam zuzuordnende Pflicht anzusehen sei, und zwar für jeden, der dazu imstande sei, inner- und außerhalb des Irak (...). Gott (...) habe an die Muslime das Wort gerichtet:

„Und bekämpft für die Sache (auf dem Wege, fi Sabil-i llah) Gottes diejenigen, die euch bekämpfen“.

⁵³ Zwölf der insgesamt 32 ECFR-Mitglieder sollen derzeit aus außereuropäischen Ländern kommen. Ratsmitglied kann der Satzung zufolge werden, wer über einen einwandfreien islamischen Lebenslauf sowie islamrechtliche Qualifikationen verfügt, wobei ausdrücklich Wert darauf gelegt wird, dass „die Konstanten der Shariah“ eingehalten werden und der Kandidat seinen Wohnsitz in einem europäischen Land hat.

⁵⁴ Al-QARADAWI war zusammen mit dem iranischen Ayatollah Mohammad Al-TASKHIRI zum Präsidenten der 2004 ins Leben gerufenen Nichtregierungsorganisation IAMS ernannt worden.



Homepage der FIOE

Dieser Kampf wird hier als „*Tor (zum) Abwehr-Djihad (Verteidigungs-Jihad, Jihad Ad-Daf)*“⁵⁵ erachtet, für welchen kein Oberkommando erforderlich sei. Dabei handele es sich um ein legitimes Recht, welches seitens internationaler Abkommen und der Charta der Vereinten Nationen anerkannt worden sei.

Unter „*drittens*“ wird darauf hingewiesen, dass es keinem Muslim gestattet sei, „*die Besatzer gegen das irakische Volk und dessen ehrenhaften Widerstand zu unterstützen, weil ihnen dabei zu ihrer Freveltat und Aggression verholten*“ werde. Die Dienstpflicht von Angehörigen der irakischen Polizei und Armee wird hier ausdrücklich ausgenommen, allerdings nur unter der Bedingung, dass diese nicht mit dem Feinde sympathisierten.

Unter „*viertens*“ werden auch das Personal humaner Dienstleistungen wie Medienvertreter in die nicht anzugreifende Kategorie „*Zivilisten*“ (Madaniyun) eingeteilt, auch wenn sie die gleiche Nationalität wie die Streitkräfte hätten.

Unter „*sechstens*“ wird eine vermeintlich panarabische geeinte Nation heraufbeschworen, deren Religion der Islam, dessen Sprache und Kultur Arabisch sei. Angehörige anderer Volksgruppen und ethnischer Minderheiten werden schlicht außer Acht gelassen.

Unter „*siebtens*“ wird von einer „*durch Blutverlust geschwächten Wunde*“, welche seit über einem halben Jahrhundert die Umma verletze, gesprochen. Die Muslime seien überall, wo sie auch seien, dazu verpflichtet, ihre Brüder (in Palästina) mittels verschiedener Djihad-Arten beizustehen: mit Geld, mündlich und schriftlich (per Schreibfeder), dem Gemüt (Psyche). Sie sollen „*die [Streit-] Kräfte, die das Wohlbefinden auf der Welt lieben, zum Kampfe aufrufen, um sich [geschlossen wie ein Mann] zu erheben und die Verbrechen der zionistischen Existenz gegen das Menschen- und Heimrecht sowie das [Recht auf] Ackerland und Nachkommenschaft [der Palästinenser] zu verurteilen (...)*“⁵⁶

Die FIOE-eigene Publikation „AL-EUROPIYYA“ erscheint in der Informationsabteilung der Föderation. Die Redaktion des Periodikums gibt ihr Einverständnis auch zum Abdruck von Artikeln, die darauf ausgerichtet sind,

⁵⁵ Der Verteidigungs-Djihad wird durchgeführt, wenn „ein Feind“ ein muslimisches Land angreift, wobei die Einwohner dieses Landes spirituall und ökonomisch von anderen unterstützt werden sollen, sofern sie sich selbst verteidigen können. Ist dies nicht der Fall, so sollen „die anderen“ auch kämpfend Unterstützung leisten.

⁵⁶ FIOE-Website vom 24. August 2005.

ihre Leser dahingehend zu beeinflussen, ihre europäische Umwelt als minderwertig oder weniger moralisch zu erachten. So stellt ein Bericht die Überlegung an, wie die Angehörigen der Muslime in der Diaspora „*vor dem Untergang und der Auflösung in der (Diaspora-) Gesellschaft, vor der Schmutzigkeit durch die Krankheiten der westlichen Gesellschaften*“⁵⁷ geschützt werden sollen. In einem weiteren Artikel ist von der Konzentration auf „*negative Modelle*“ die Rede. Es wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Muslime zur Heilung der „*kranken*“ westlichen Gesellschaften beitragen sollen.⁵⁸

Die Tendenz, Einflüsse der westlichen Zivilisation mit Perversion und Verderbtheit gleichzusetzen, findet sich auch auf der FIOE-eigenen Webseite wieder: Der oben genannte ECFR wird zum zentralen Sprachrohr der Anliegen der in Europa lebenden Muslime gemacht. Die Gründung von Schulen und Zentren wird zum Schutz vor Perversion als notwendig angesehen.⁵⁹

Die Frau wird als Bollwerk islamischer Ethik angesehen. So wird das Tragen eines Schleiers als „*religiöse Pflicht*“ (Wadajib shari) angesehen.⁶⁰ Die Notwendigkeit einer dem islamischen Gesetz konformen Kleidung (Libas shari) gerade für Mädchen wurde in der FIOE-Publikation bereits vor einigen Jahren im Zusammenhang mit dem Schutz islamischer Jugendlicher vor westlicher Verderbtheit betont:

*„Die muslimische Jugend in Europa ist von Zerfall, Auflösung und Untergang bedroht (...) Und jedes Mal, wenn hundert unserer Jugendlichen bei islamischen Treffen zugegen gewesen sind, nahmen tausende andere an zügellosen (schamlosen) Feiern und ausschweifenden (moralisch verkommenen) Begegnungen teil (...) Jedes Mal, wenn eines unserer jungen Mädchen mit dem islamischen Gesetz konforme Kleidung (Libas shari) angelegt hatte, entfaltetes sechs oder sieben andere unserer Mädchen ihre Reize.“*⁶¹

⁵⁷ „Al-Europiyya“ Nr. 21 vom Oktober 2000, S. 12, zur 23. Jahreskonferenz der „Islamischen Gemeinschaft“ vom 28. bis zum 30. Juli 2000 in München.

⁵⁸ „Al-Europiyya“ Nr. 25 vom April 2001, S. 27.

⁵⁹ FIOE-Website vom 22. August 2005.

⁶⁰ FIOE-Website vom 24. August 2005.

⁶¹ „Al-Europiyya“ Nr. 19 vom Juli 2000, S. 50.



Yusuf al-QARADAWI

Ermahnung an muslimische Minderheiten

Der ECFR macht derweil keinen Hehl aus seiner Ansicht, dass das islamische Gesetz „Scharia“ einen allumfassenden Charakter besitzt. Der Präsident der IAMS, al-QARADAWI, behandelt diese Thematik in seiner Publikation *„Gesetzeswissenschaft muslimischer Minderheiten - das Leben der Muslime inmitten anderer Gesellschaften.“* Hierbei wird das islamische Gesetz als *„die Scharia für die gesamte Menschheit“* oder *„für die Wissenden“* sowie *„aller Generationen“* bezeichnet. Sie sei *„die Scharia für das ganze Leben, weil sie eine Aufteilung des Lebens zwischen Gott und Kaiser oder einem seiner Geschöpfe nicht erlaubt (...)“*⁶² Dabei ist sie als unabhängig von Raum und Zeit zu betrachten. Infolgedessen wird die Scharia als für jeden Muslim rechtsverbindlich erachtet, ganz unabhängig davon, wo die Person ihren Wohnsitz hat, mit der Einschränkung, dass die persönlichen Lebensumstände berücksichtigt werden sollen:

*„Es gibt keinen Muslim, der nicht dem Bereich der Scharia untersteht, wo er sagen könnte: Ich bin von den gesetzlichen Bestimmungen der Scharia und der Verpflichtung zur Einhaltung der religiösen Vorschriften befreit [ausgenommen], außer, wenn die Scharia selbst ihn- in Übereinstimmung mit ihren Prinzipien, Grundsätzen, gesetzlichen Bestimmungen und Anleitungen - freistellt.“*⁶³

Zum Zwecke der Darlegung der augenblicklichen „schwachen“ Ausgangslage der muslimischen Minderheiten in der Diaspora greift er auf Suren des Koran zurück, wie hier exemplarisch anhand von Sure 8, 26 aufgezeigt:

*„Und denket daran, wie Ihr wenige wart, Ihr wurdet für schwach gehalten, schwebtet in Furcht, dass die Leute Euch hinwegraffen könnten. ER aber gewährte Euch Zuflucht, und stärkte Euch durch seine Hilfe (...)“*⁶⁴

⁶² „Fi Fiqh al-Aqalliyat al-muslima-Hayat al-Musliminin wasata 1-Mudjtamaát al-ukhra“, Dar ash-Shuruq, Kairo, 2. Auflage erschienen 2005, S. 13.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ebd., S. 16.

In dieser zahlenmäßigen Unterlegenheit liegt al-QARADAWI zufolge häufig die Ursache dafür, dass die Minderheit Unrecht (Tyrannei = Zulm) und Unterdrückung durch die Mehrheit erleidet, besonders dann, wenn bei der Mehrheit ein rassisches oder nationales Selbstbewusstsein (Fanatismus = Taassub) und ein Überlegenheitsgefühl vorherrschen.

Der ECFR bringt deutlich zum Ausdruck: Eine andere Gerichtsbarkeit als die islamische wird zwar als „Taghut“ (Götze) gebrandmarkt, infolge einer europäischen Staatszugehörigkeit eines Muslims wird diesem aber zugestanden, „westliche Gerichte“ in Anspruch nehmen zu dürfen, allerdings unter der Bedingung, dass die gesetzlichen Bestimmungen nicht im Widerspruch zur Scharia stehen.⁶⁵ Ferner wird die Dawa, im Sinne einer nachhaltigen Islamisierung als langfristiges Ziel in den europäischen Territorien angegeben, *„damit der wahrhaftige Glaube sich ausbreite und die dortigen Muslime vor dem Untergang errettet werden“*. Denn ein *„religiöses gottgefälliges Leben der Muslime in Europa“* werde *„dadurch gefährdet, dass sie einer starken Verführung bzw. Verlockung, die von der westlichen Gesellschaft ausgeht, ausgesetzt sind.“*⁶⁶

Es wird eine eigene Rechtsgrundlage gefordert, um *„die Mission in geordnete Bahnen zu lenken und den Islam in die europäischen Häuser zu tragen“*, damit am Ende *„die gesamte Menschheit“* nach den Gesetzen der Scharia geregelt wird.⁶⁷

Bereits vor einigen Jahren machte die IGD ihre Auffassung deutlich, dass die Rechtsgrundlagen in Deutschland an islamrechtliche Vorstellungen angepasst werden sollten, so wurde unter anderem eine Vereinbarung zwischen den Muslimen und dem deutschen Staat mit dem Ziel einer gesonderten Gerichtsbarkeit angestrebt, wobei vor allem das deutsche Ehe-, Erb- und Prozessrecht als auf Dauer unzufrieden stellend für die Muslime bezeichnet worden war.⁶⁸

Sowohl auf den Webseiten der FIOE wie auch auf der IGD-eigenen Homepage wird der Begriff der „Wasatiyya“ genannt, welcher als Variante des „mittleren Wegs“ das Bild eines gemäßigten Islams, der sich von den Übertreibern abhebt, suggeriert wird. Bei der „Wasatiyya“ handelt es sich jedoch

⁶⁵ „Al-Europiyya“ Nr. 19 vom Juli 2000, ab S. 12.

⁶⁶ Ebd., S. 7.

⁶⁷ Ebd., S. 12.

⁶⁸ „Al-Islam“ Nr. 2/2002, S. 14. „Al-Islam“ ist eine Publikation des „Islamischen Zentrums München“.

um eine neo-islamistische Strömung mit einer integrierten Islam-Auffassung, welche die Komponenten von Religion und Herrschaft als untrennbar erachtet. In der Zielsetzung der IGD ist unter Punkt 3 zu lesen:

„Etablierung des Islamischen Denkens als Gemeinschaft der Mitte ‚Al-Wasatiyya‘ als zentrales und dominierendes Gedankengut innerhalb der muslimischen Bevölkerung.“⁶⁹

Ein interner Link verweist auf das „moralische System des Islam“⁷⁰. Darin heißt es, dass „der Qurʾān gewisse allgemeingültige grundlegende Richtlinien für die Menschheit als Ganzes“ aufgestellt habe, welche „unter allen Umständen zu befolgen und zu respektieren“ seien.

In einem weiteren Artikel wird vom „Untergang der vom Westen beherrschten Welt, mit all seinen Ungewissheiten, Fragen, Zweifeln, Wirren“ gesprochen, „Lösungen“, so heißt es weiter, ließen sich „auf der alten Grundlage nicht mehr finden“.

Der Ausgangspunkt für den Irrweg des Westens liegt dem Artikel zufolge mehr als fünfhundert Jahre zurück, als „mit dem Hunger nach Gold und dem Willen zur Macht und Herrschaft über Menschen und Natur ein Leben ohne Sinn“ entstanden sei (...), „Heute, 500 Jahre später“, seien „die Muslime wieder zurück, unter ganz anderen Vorzeichen, gewiss, aber wenn wir begreifen, was es heißt, an das islamisch-europäische Erbe wieder anzuknüpfen, können wir der Dimension dieser gewaltigen Aufgabe gewahr und mit der Hilfe Gottes gerecht werden.“

Die 27. Konferenz der IGD fand am 3. Dezember 2005 statt. Unter dem Motto „Muslime in Deutschland - mittendrin und doch daneben?!“ wurde sie im Sportpark Leverkusen abgehalten. Zu den Rednern gehörten sowohl Personen aus Deutschland wie auch Vortragende, die aus dem Ausland angereist waren. Neben Ibrahim el-ZAYAT, dem Präsidenten der IGD und gleichzeitigem Vorstandsmitglied der FIOE, Nadeem A. ELYAS, dem Vorsitzenden des ZMD, nahmen auch Ahmad al-RAWI, der Präsident der FIOE, Oguz ÜCÜNCÜ, der Generalsekretär der türkisch-islamistischen „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG), Ali KIZILKAYA, der Vorsitzende des „Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland“, sowie der

⁶⁹ IGD-Homepage vom 13. Oktober 2005.

⁷⁰ Hier und im Folgenden: IGD-Website vom 14. November 2005.

bekannte Fernsehprediger Amr KHALED⁷¹ teil. Die muslimische Künstlerin Hülya KANDEMİR⁷² und Dr. Murad HOFMANN⁷³ wurden auf der IGD-Homepage ebenfalls als Teilnehmer angekündigt. Die Erwähnung HOFMANNs lässt darauf schließen, dass dieser von der IGD bewusst als Werbeträger benutzt wird.

Betrachtet man die Gästeliste näher, wird deutlich, dass die IGD sich verstärkt bemüht, attraktiv für junge Menschen zu erscheinen, wurden doch mit KHALED und KANDEMİR gleich zwei Referenten eingeladen, die zu Identifikationsfiguren muslimischer Jugendlicher geworden sind, welche sich in einer Identitätskrise befinden.

Auch im Bereich der musikalischen Unterhaltung traten Personen auf, die bereits im islamistischen Umfeld aufgetreten sind: Der Rapper Ammar114 war bereits während der Islamwoche in **Karlsruhe** vom 29. September bis zum 5. Oktober aufgefallen.⁷⁴

Bei der Islamwoche, die vom 20. bis zum 24. Juni 2005 zum elften Mal an der Universität in **Stuttgart-Vaihingen** abgehalten wurde, referierte Ahmad von DENFFER⁷⁵, Herausgeber der vom „Islamischen Zentrum“ in München herausgegebenen Zeitschrift „Al-Islam“⁷⁶ und ehemaliger Leiter des genannten Zentrums, am 22. Juni 2005 über die „Glaubensgrundsätze der Muslime“.

⁷¹ Geboren 1967 in Alexandria/Ägypten. Bei dem auf der IGD-Homepage vom 2. Dezember 2005 als „muslimischer Gelehrter“ angekündigten Referenten KHALED handelt es sich um einen ägyptischen Fernsehprediger, der sich durch seine regelmäßigen Auftritte im saudi-arabischen Satellitensender „Iqra“ (deutsch: „Rezitiere [den Koran]“) einer hohen Popularität erfreut. Dabei übt er insbesondere eine starke Anziehungskraft auf sein überwiegend junges Zielpublikum aus. Ganz bewusst spricht er besonders junge Muslime an, liefert vermeintliche Lösungsmodelle für deren Alltagsprobleme und Lebensgestaltung und kann so einen größeren Einfluss auf diese gewinnen als Lehrautoritäten, die sich in realitätsfernen Floskeln verfangen. KHALED war auch auf den IGD-Jahrestreffen 2003 und 2004 zu Gast gewesen. Bereits 2003 hatte er dort Stellung zur Identitätskrise bei muslimischen Jugendlichen bezogen und den Rat erteilt, „Gutes“ aus dem Westen anzunehmen, „Schlechtes“ dagegen abzulehnen.

⁷² Die türkischstämmige KANDEMİR hatte in den Medien Aufsehen mit ihrem Buch „Himmelstochter - Mein Weg vom Popstar zu Allah“ erregt. Nach ihrem offiziellen Bekenntnis zum Islam hatte sie der Bühnenkarriere als Sängerin abgeschworen.

⁷³ Ehemaliger deutscher Botschafter in Algerien und Marokko, der 1980 zum Islam konvertierte und Ehrenmitglied im ZMD ist. Im Übrigen siehe Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2004 (S. 36f.).

⁷⁴ Siehe dazu S. 71.

⁷⁵ Ahmad von DENFFER soll an der „Islamic Foundation“ in Leicester/Großbritannien unter der Leitung von Kurshid AHMAD, einem Schüler von AbuʿAla al-MAUDUDI (1903-1979), dem Begründer der „Jamaʿat-i Islami“, der starken Einfluss auf einen der Chefideologen der „Muslimbrüder“, Sayyid QUTB, hatte, studiert und gearbeitet haben.

⁷⁶ „Al-Islam“ erschien in gedruckter Form zuletzt mit Heft 6/2003, danach war die Publikation in modifizierter Form online zu finden und erschien unregelmäßig.

Die 27. IGD-Konferenz war mit etwa 3.000 Anwesenden gut besucht. In der Eröffnungsrede plädierte al-RAWI für eine Integration der Muslime in die europäische Gesellschaft, die jedoch ohne Verlust der wesentlichen islamischen Grundelemente vonstatten gehen müsse. Im Ablauf der Veranstaltung spiegelte sich keine Meinungsvielfalt wider. Unmissverständlich verteidigte DENFFER das Kopftuchgebot. Auf der Veranstaltung anwesenden Muslimen, die eine andere Meinung vertraten oder weiterführende Fragen stellen wollten, wurde es verwehrt, sich zu äußern. Auch Diskussionsversuche seitens nichtmuslimischer Gäste bezüglich eines Dialoges zwischen „den monotheistischen Religionen“ wurden im Keim erstickt. Im Hinblick auf den Kopftuchstreit bemerkte DENFFER, dass „*man Geduld brauche*“, und es sich „*am Ende zeigen werde, wer falsch und richtig gehandelt*“ habe.

Die der IGD nahe stehende „**Muslimische Jugend in Deutschland**“ konkretisiert ihre Vorstellung einer Abkehr vom verfassungskonformen demokratischen Rechtsstaat, indem sie - mit dem Ziel, eine Aversion gegen die weltweit geprägte Umgebung zu wecken - Appelle an muslimische Jugendliche richtet:

*„Passt euch einer Gesellschaft und eurer Umgebung nicht an, falls sie unislamisch ist. Ändert die Gesellschaft entsprechend euren Glaubensgrundsätzen. Der Muslim ist eine Persönlichkeit, die ihr Umfeld entsprechend ihrer Überzeugung verändert. In diesem Sinne ist er ein aktiver und effektiver Mensch.“*⁷⁷

*„Das erste, was ihr verteidigen sollt, ist nicht euer Ego, sondern die Ehre eurer Religion.“*⁷⁸

*„Schließlich sind all die Vorschriften des Islams für die Aufrechterhaltung des ewigen Glücks der Menschen da. Verbreitet demnach dieses Glück und betrachtet die Übertretung der Grenzen des Islams als einen Angriff auf das Glück der Menschen.“*⁷⁹

Auch hier wird abweichendes Denken verunglimpft:

„Versucht nicht, den Quran mit euren individuellen Meinungen auszulegen! Trübt nicht den klaren und

⁷⁷ „Al Islam“ 6/2003, S. 67 und 68; Übernahme wie im Original.

⁷⁸ Ebd., S. 87.

⁷⁹ Ebd., S. 78.

*reinen Wasserlauf des Qurans mit dem kulturellen Denken, das ein Produkt der fehlbaren Menschen ist.“*⁸⁰

An anderer Stelle wird betont, dass der Islam „*die unveränderlichen Werte der Menschheit*“ repräsentiere.⁸¹

2.4.1.1.2 „Al-Djamaa al-Islamiya“ und „al-Djihad al-Islami“

Die „al-Djamaa al-Islamiya“ („Die Islamische Gemeinschaft“) und die „al-Djihad al-Islami“ (Der Islamische Jihad) sind in den 1970er Jahren aus der ägyptischen „Muslimbruderschaft“ (MB) hervorgegangen. Trotz des gemeinsamen ideologischen Grundgedankens und zeitweiliger personeller Überschneidungen wandten beide Gruppen seither unterschiedliche Strategien an und haben unterschiedliche Entwicklungen hinter sich. Die „al-Djamaa al-Islamiya“ steht auf der EU-Liste terroristischer Gruppen. In Baden-Württemberg ist sie durch Einzelmitglieder vertreten.

Das Ziel des bewaffneten Kampfs beider Gruppierungen gegen das „ungläubige ägyptische Regime“ ist die Errichtung eines islamischen Staats.

Der religiöse Führer von „al-Djamaa al-Islamiya“, Scheikh Abd ar-RAHMAN, wurde als Drahtzieher des Anschlags auf das Welthandelszentrum 1993 in New York zu lebenslanger Haft verurteilt. In den 1990er Jahren übte die „al-Djamaa al-Islamiya“ eine Reihe von Anschlägen auf Touristen. Der letzte Anschlag in Luxor/Ägypten im November 1997 forderte mehr als 60 Todesopfer. Der „al-Djamaa al-Islamiya“ werden die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat 1991 und Anschläge auf den ägyptischen Premierminister 1993, auf die ägyptische Botschaft in Pakistan und 1998 auf die US-Botschaft in Albanien zur Last gelegt.

1999 erklärten inhaftierte Führungspersönlichkeiten einen Gewaltverzicht, der innerhalb der „al-Djamaa al-Islamiya“ umstritten war und von Abd ar-RAHMAN im Juni 2000 aufgekündigt wurde.

Der ägyptische Arzt Ayman al-ZAWAHIRI war ursprünglich der Führer von „al-Djihad al-Islami“. Er rekrutierte in den 1980er Jahren arabische Afghanistan-Kämpfer in Pakistan und gilt heute als der Stellvertreter Usama BIN LADINs. Im Jahr 1998 schloss sich die „al-Djihad al-Islami“ gemeinsam

⁸⁰ Ebd., S. 27.

⁸¹ Ebd., S. 15, Vorwort des Verfassers.

mit anderen Organisationen der „Weltfront zur Bekämpfung der Juden und der Kreuzfahrer“ des Usama BIN LADIN an.

Beide Organisationen sind mittlerweile aufgrund der rigorosen Bekämpfung durch den ägyptischen Staat nachhaltig geschwächt.

2.4.1.1.3 „Harakat al-Muqawama al-islamiya“ (HAMAS)

1978 gründete der palästinensische Muslimbruder Scheich Ahmad YASSIN den „al-Mudjama al-islami“ („Islamischer Zusammenschluss“), welcher sich in erster Linie auf Sozialarbeit konzentrierte. Durch seine geschickte Propaganda konnte der „al-Mudjama al-islami“ schnell zahlreiche Anhänger für seine islamistischen Ziele gewinnen, vor allem im Gaza-Streifen. 1987, nach dem Ausbruch der ersten Intifada („Aufstand“ von 1987 bis 1993) nahm er den bewaffneten Kampf gegen Israel auf und benannte sich in HAMAS⁸² um. Religiöser Führer blieb bis zu seiner Liquidierung im Frühjahr 2004 Scheich YASSIN.

HAMAS bekannte sich zu 217 von insgesamt rund 400 Angriffen zwischen September 2000 und August 2005 auf israelische Ziele im Gazastreifen. Die Organisation hat im besagten Zeitraum die Verantwortung für den Tod von 79 israelischen Soldaten übernommen.

Der Abzug israelischer Streitkräfte aus Gaza im August 2005 wurde von der HAMAS zum Sieg über die Israelis und zur Befreiung eines Teils von Palästina erklärt. Der Anführer des bewaffneten Flügels der HAMAS, Muhammad DEIF, kündigte in einer Video-Botschaft an, dass seine Gruppe „bis zur Zerstörung Israels“ weiterkämpfen werde, und er fügte hinzu:

„Wir sagen den Zionisten, die unseren Boden entheiligt haben, dass ganz Palästina zu einer Hölle werden wird. Heute habt ihr voller Schande die Hölle von Gaza verlassen, und ihr haltet Palästina weiter besetzt. Aber wir versprechen euch, dass morgen ganz Palästina zur Hölle werden wird.“⁸³

Der 1981 von Mitgliedern der „Muslimbruderschaft“ (MB) gegründete „Islamische Bund Palästina“ (IBP) vertritt seit Beginn der ersten Intifada im Jahr

⁸² Bei der Bezeichnung HAMAS handelt es sich um ein Akronym. Die Anfangsbuchstaben der vollständigen Bezeichnung („Harakat al-Muqawama al-islamiya“) ergeben im Arabischen einen neuen Begriff: „Eifer“.

⁸³ Internetauswertung vom 28. November 2005.

1987 die Positionen der HAMAS in Deutschland. Ziel der HAMAS ist die Errichtung eines islamischen Staates auf dem gesamtpalästinensischen Gebiet. Die Organisation spricht Israel das Existenzrecht ab und verfolgt ihre Ziele auch durch den bewaffneten Kampf. Ihr militärischer Flügel sind die „al-QASSAM-Brigaden“⁸⁴. Die HAMAS lehnt den israelisch-palästinensischen Friedensprozess ab und ist für eine Vielzahl von Gewalttaten, u.a. auch zahlreiche Selbstmordattentate, verantwortlich. Die Terroranschläge der „al-QASSAM-Brigaden“ sind auf Israel und die palästinensischen Gebiete beschränkt. Aufgrund ihrer terroristischen Aktivitäten steht die HAMAS seit 2003 auf der „Terror-Liste“ der Europäischen Union. In Baden-Württemberg sollen sich etwa 20 Personen für die HAMAS beziehungsweise den IBP einsetzen.

2.4.1.1.4 „Al-Aqsa e.V.“

Der Verein „Al-Aqsa e.V.“ wurde 1991 gegründet, steht ideologisch der HAMAS nahe und diente in Deutschland überwiegend dem Sammeln von Spendengeldern. Über Hilfseinrichtungen der HAMAS wurden die Spenden auch an Familienangehörige von Selbstmordattentätern weitergeleitet, wodurch der „al-Aqsa e.V.“ zur Gewalt im Palästina-Konflikt beitrug. Aus diesem Grund und weil sich seine Aktivitäten gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, ist der „Al-Aqsa e.V.“ seit 5. August 2002 in Deutschland verboten.⁸⁵ Das Verbot wurde am 3. Dezember 2004 mit Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) bestätigt⁸⁶, nachdem der Verein beim Bundesverwaltungsgericht Klage gegen das Verbot erhoben hatte und es ihm zunächst gelungen war, die Vereinsgeschäfte unter Auflagen fortzuführen.

2.4.1.1.5 „Front Islamique du Salut“ (FIS)

Der algerische Ableger der „Muslimbruderschaft“ (MB), die „Front Islamique du Salut“ (FIS) beziehungsweise die „Islamische Heilsfront“, wurde im Jahr 1988 von den „Muslimbrüdern“ Hassan MADANI und Ali BEN HADJ gegründet. Die FIS gewann im Dezember 1991 die Parlamentswahlen in Algerien, durfte aufgrund des Eingreifens des Militärs aber keine Regierung bilden. Sie wurde daraufhin 1992 verboten, worauf zahlreiche Funktionsträger der FIS ins Exil gingen. Rabah KABIR, bis Sommer 2002 Vorsitzender

⁸⁴ Die Brigaden sind nach dem Syrer Izzadin al-QASSAM benannt, der in den 1930er Jahren im Kampf gegen die britische Mandatsmacht in Palästina gefallen ist.

⁸⁵ Beschluss des BVerwG 6 VR 10.02 vom 16. Juli 2003.

⁸⁶ BVerwG 6 A 10.02 vom 3. Dezember 2004.



Ziel:
Vernichtung
Israels



des „Exekutivkomitees der FIS im Ausland“, lebte bis dahin in Deutschland. Es haben sich innerhalb der FIS zwei Flügel herausgebildet. Der vom neuen Vorsitzenden Dr. Mourad DHINA angeführte kompromisslose Flügel des „Exekutivkomitees der FIS im Ausland“ lehnt den Waffenstillstand des militärischen Arms der FIS, der „Islamischen Heilsarmee“ (AIS), welcher 1997 von der FIS erklärt und 1999 von der algerischen Regierung angenommen wurde, ab. Dem liberalen Flügel werden die Bereitschaft zum Dialog mit der algerischen Regierung sowie die Zustimmung zur „nationalen Versöhnung“ zum Vorwurf gemacht. Diese Frage spaltet auch die FIS-Anhänger in Deutschland.



Internetbanner der FIS

Die FIS besteht bis heute auf der Anerkennung ihres Wahlsieges 1991 und die Errichtung eines islamischen Staates in Algerien. Ihre beiden Führer MADANI und BEN HADJ sind zwar seit 2003 aus der Haft entlassen, sie dürfen sich jedoch in keiner Weise politisch betätigen. Der moderat auftretende MADANI versuchte im Gegensatz zu BEN HADJ der algerischen Regierung im Jahr 2004 entgegenzukommen, was sowohl innerhalb der FIS als auch seitens der Regierung auf Ablehnung stieß. BEN HADJ dagegen beglückwünschte az-ZARQAWIs Organisation „al-Qaida im Zweistromland“ zur Entführung der algerischen Diplomaten im Irak im Juli 2005, die kurz darauf getötet wurden.

2.4.1.1.6 „Groupe Islamique Armé“ (GIA)

Die Ende 1991 als Abspaltung der FIS gegründete „Groupe Islamique Armé“ (GIA) beziehungsweise „Islamische Bewaffnete Gruppe“ konzentrierte sich von Anfang an auf terroristische Aktionen, die sich sowohl gegen die algerische Zivilbevölkerung als auch gegen Ausländer richteten. Im Verlauf der immer brutaler geführten Auseinandersetzungen starben mehr als 100.000 Menschen. Unter den GIA-Kämpfern sind algerische Mudjahidin, die in Afghanistan gekämpft haben. Die GIA wurde in Algerien inzwischen zerschlagen. Es blieben Kleinstgruppen übrig, die vorwiegend von der Ausplünderung der algerischen Bevölkerung leben. Dadurch ist die GIA zwar nicht weniger gefährlich, hat aber ihre politische Bedeutung verloren, da Ideologie bei ihren Aktivitäten kaum mehr eine Rolle spielt und sie somit in wachsendem Maße Kleinkriminelle anzieht. Dies gilt auch für ihre Anhänger in Europa.

2.4.1.1.7 „Groupe salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC)

Von der GIA spaltete sich im Jahre 1997 in Algerien die „Groupe salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC) beziehungsweise „Salafitische Gruppe für Mission und Kampf“ ab. Derzeit geht man von schätzungsweise 250 bewaffneten Mitgliedern in Algerien aus. Die GSPC verübte nach einiger Zeit entgegen ihrer früheren Ankündigung ebenfalls Massaker gegen Zivilisten. In den Jahren 2003 und 2004 wurden auch europäische Touristen zum Zweck der Lösegelderpressung als Geiseln genommen, darunter auch Deutsche. Die GSPC ist zwar durch die 2004 erfolgte Inhaftierung von Abderrazzak EL PARA, einem ihrer besonders charismatischen und populären Führer, geschwächt, versucht aber durch Rekrutierung von Mitgliedern in den Nachbarländern die alte Kampfkraft wiederzuerlangen. Man spricht sogar von einem Strategiewechsel der GSPC, einer Internationalisierung des D jihad.

Nach dem Tod von Nabil SAHRAOUI wurde Musab ABD AL WADUD neuer Anführer der GSPC. Dieser unterzeichnete auch die Kommuniqués der GSPC, in denen die Entführung und Ermordung zweier algerischer Diplomaten im Irak durch az-ZARQAWIs „al-Qaida im Zweistromland“ begrüßt wurde:

„(...) es ist ein Krieg zwischen Muslimen und den Feinden des Islam und es ist ein Krieg zwischen Kreuzzugs-Amerika und seinen Verbündeten (einschließlich der arabischen) gegen die Mudjahidin und deren Verbündete, welche hauptsächlich Nicht-Araber sind. Jeder, der den Weg des Verrats und der Unterdrückung wählt, sollte wissen, dass in den Augen der Mudjahidin sein Blut weniger wert ist als das Blut von Hunden.“⁵⁷

In Europa finden innerhalb wenig gefestigter Strukturen logistische Unterstützungsaktivitäten wie Materiallieferungen, Dokumentenfälschung und finanzielle Unterstützung statt. Zumindest Einzelmitglieder und Kleinstgruppen stehen in Kontakt mit „al-Qaida“. Dies machte GSPC-Befehlshaber ABD AL WADUD in einer Grußbotschaft deutlich:

⁵⁷ August 1, 2005; „A statement regarding the deaths of the Algerian diplomats in Iraq“, URL: <http://www.globalterroralert.com> vom 23. November 2005.



Musab ABD AL WADUD

„(...) die Führer des Djihad, welche die wahren Führer sind, nachdem ihre eigenen Führer Apostaten wurden. Sie sind die Quelle des Lichts in unserem dunklen Exil und die Hoffnung für die verwundete Nation des Islam. An den kämpfenden Scheikh Abu Abdullah Usama bin Ladin, Mullah Muhammad Umar, Scheikh Ayman al-Zawahiri, zum geliebten Helden und Führer Abu Musab al-Zarqawi, an die geduldigen Brüder und mutigen Löwen in Tschetschenien - (...) an die mutigen Kämpfer in Palästina und an die Mudjahidin überall - möge Gott euch alle beschützen.“⁸⁸

2.4.1.1.8 „An-Nahda“ („Bewegung der Erneuerung“)



Rached al-GHANNOUCHI

Die „an-Nahda“ („Bewegung der Erneuerung“) ist aus dem „Mouvement de la Tendence Islamique“ (MTI, „Bewegung der islamischen Ausrichtung“) entstanden. Ende der 1960er Jahre schlossen sich drei Sympathisanten der pakistani-schen „Tabligh-Bewegung“, die um 1966/1967 in Tunesien zu missionieren begann, zusammen. Der wichtigste der drei Führer ist der im Westen als liberal geltende Rached al-GHANNOUCHI, der seit 1992 im Londoner Exil lebt.

Die auf der Homepage eingestellten Bilder und Texte zeigen, dass die Befreiung Palästinas zu den Prioritäten der „an-Nahda“ zählt. Im Jahr 2004 warfen arabische Liberale GHANNOUCHI vor, eine Fatwa erlassen zu haben, die das Töten israelischer Zivilisten erlaube, weil es in Israel keine Zivilisten gebe. Die Bevölkerung - Männer, Frauen und Kinder - seien die Reservesoldaten der Armee und dürften als solche getötet werden.⁸⁹ Unter der Websiterubrik „Islamisches Denken“ ist als erstes ein Aufsatz von Hassan al-BANNA, dem Begründer der ägyptischen „Muslimbrüder“, mit dem Titel „Sind wir ein handlungsfähiges Volk!“ aufgelistet. Darin fordert dieser nicht nur den Djihad als Verteidigungskrieg, sondern ebenso den Eroberungskrieg gegen Nichtmuslime. Zwar entwickelte GHANNOUCHI die Idee einer islamischen Mehrparteien-Demokratie, die Trennung

⁸⁸ „GSPC Commander Hails Al-Qaida in New Video“, URL: <http://www.globalterroralert.com> vom 23. November 2005.

⁸⁹ MEMRI, Special Dispatch vom 9. November 2004: „Arabische Liberale rufen UN zu einem Tribunal zur Verfolgung von Terroristen und ihren religiösen Vordenkern auf.“; URL: http://www.memri.de/uebersetzungen_analysen/themen/liberal_voices/ges_resolution_09-11-04.pdf.

von Religion und Staat lehnt er jedoch unerbittlich ab. Er ist Mitglied im „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR). In Baden-Württemberg ist die „an-Nahda“ durch Einzelpersonen vertreten.

2.4.1.1.9 „Hizb ut-Tahrir“ („Partei der Befreiung“)

Die inzwischen weltweit agierende „Hizb ut-Tahrir“ („Partei der Befreiung“) entstand als Abspaltung der Bewegung der „Muslimbruderschaft“ (MB). 1953 gründete Taqi ad-Din an-NABHANI in Jerusalem eine Partei, deren Anhänger die internationale Vereinigung aller Muslime in einem Kalifat anstreben. Das Kalifat gilt ihnen als allein gültige Herrschafts- und Gesellschaftsform, die alle Probleme der Muslime lösen könne. Auf einer deutschsprachigen Internetseite der „Hizb ut-Tahrir“ wird folglich das Kalifat als Schicksalsfrage bezeichnet.⁹⁰

Am 3. März 1924 beendete die türkische Regierung endgültig das osmanische Kalifat. Die Jahreszahl 1924 taucht aus diesem Grund in zahlreichen Publikationen der „Hizb ut-Tahrir“ auf. So ist etwa auf der Internetseite eine Uhr zu sehen, die die Jahre, Monate und Tage ohne Kalif seit diesem Datum zählt. Das Fehlen eines Kalifen gilt als wichtigster Grund für die zahlreichen Schwierigkeiten der islamischen Umma (Gemeinde). Die „Hizb ut-Tahrir“ verfolgt als dringlichstes Ziel die Wiedererrichtung des Kalifats, das mit der Scharia als Rechtsgrundlage die Abschaffung aller staatlicher Grenzen zwischen islamischen Staaten durchsetzen soll. Nach eigenen Angaben soll dies ohne Gewalt und lediglich mit den Mitteln der Propaganda und Pressearbeit erreicht werden.



deutschsprachige Homepage der „Hizb ut-Tahrir“

In den einschlägigen Propagandatexten finden sich aber immer wieder Passagen, die als Aufruf zur Gewalt verstanden werden können. Formulierungen in einigen Flugblättern richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Zudem befürworteten sie Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange. Diese Inhalte wurden ausschlaggebend für das Betätigungsverbot, das der Bundesminister des Innern am 15. Janu-

⁹⁰ Internetauswertung vom 2. Dezember 2005.

ar 2003 verhängte. Hiergegen erhob die Organisation Klage, über die noch nicht entschieden ist.

Durch das Betätigungsverbot unterblieben im Jahr 2005 öffentliche Auftritte in Baden-Württemberg sowie in Deutschland insgesamt. Im Internet sind jedoch die einschlägigen Seiten der „Hizb ut-Tahrir“ nach wie vor zugänglich. Die Seiten werden noch immer aktualisiert. Außerdem wurden im Jahr 2005 neue Texte verfasst, die die Ideologie dieser Organisation weiterverbreiten. Darüber hinaus zirkulierten ihre Schriften und Flugblätter in islamistischen Kreisen, die sich etwa an Hochschulen etabliert haben. Schriften der „Hizb ut-Tahrir“ tauchten in größerer Zahl bei verschiedenen Protagonisten in **Heidelberg**, **Karlsruhe** und **Stuttgart** auf.

Die Propagandaschriften der „Hizb ut-Tahrir“ zeigen ein einheitliches Schema. Kurzen Koranzitaten oder Prophetensprüchen folgen Erläuterungen, die aktuelle politische Entwicklungen kommentieren. Den Abschluss dieser Verlautbarungen bildet häufig ein Appell an die islamische Umma, daran zu arbeiten, das Kalifat wieder zu errichten. Auch nach dem Verbot gelingt es der Organisation, ihr Propagandamaterial vor allem über verschiedene Server in Großbritannien auch auf Russisch, Englisch, Malaiisch, Dänisch und Niederländisch im Internet zu verbreiten.

Zentrale Themen sind häufig das Leiden der islamischen Umma im Irak und die Zustände in weiteren Krisengebieten. So wurde am 10. Dezember 2005 ein Protestmarsch in London organisiert, der auf die Not leidende Umma in Irak, Palästina, Kaschmir und Tschetschenien aufmerksam machen sollte.

In einem noch immer im Internet aufrufbaren Text, der erstmals im September 2004 veröffentlicht wurde, wird das Kalifat als einzige Möglichkeit vorgestellt, die muslimische Umma zu vereinen:

„Nur das Kalifat kann die muslimische Umma vereinen, ihr Stärke verleihen und sie zur Führungsmacht erheben (...) Die muslimische Umma ist heute den Kuffar [Ungläubigen] scheinbar hilflos ausgeliefert (...) Die Zerstörung des Kalifats markiert den Beginn der Teilung, Besetzung und Versklavung der Muslime (...) Das ist das Ergebnis der Zerstörung des Kalifats und das Eindringen der falschen westlichen Ideen und Systeme in unseren Köpfen und Regierungen. O die ihr glaubt! Nehmt nicht die Juden und die Christen zu Freunden (...)“

[Koran 5,51] Heute schlachten die Kuffar ungescholten unsere Geschwister im Irak ab (...) Wie lange werden wir noch ruhig zusehen, wie die Kuffar systematisch unsere Gesellschaft zerstören?“⁹¹

Da die „Hizb ut-Tahrir“ das Kalifat anstrebt, bemüht sie sich in ihren Pamphleten, dieses System entsprechend ausführlich zu erklären. So schrieb ein Autor im Februar 2005 über die Notwendigkeit des islamischen Strafsystems und rechtfertigte in dieser siebenseitigen Abhandlung die Anwendung der Hudud-Strafen⁹² in einem islamischen Staat:

„Jemand, der Ehebruch begeht, muss - bei islamrechtlich erwiesener Schuld - somit mit Steinigung bestraft werden. Es darf in diesem Fall keine Gefängnisstrafe verhängt werden. Ein Unverheirateter, der Unzucht begeht, muss, nachdem seine Schuld bewiesen ist, hundert Peitschenhiebe erhalten, es dürfen keine neunundneunzig Peitschenhiebe sein und auch keine hundertundeins.“⁹³

Die von Allah geoffenbarten Strafgesetze stellt der Autor über jene Gesetze, die von Menschen formuliert wurden, und begründete dies:

„Erst mit dem Wissen um die Konsequenz einer Bestrafung für die Nichteinhaltung eines Gesetzes ist der Mensch willens, sich an Gesetze zu halten. Der kategorische Imperativ, wie ihn Immanuel Kant formuliert hat, kann daher nicht funktionieren. Es lassen sich keine Gesetze aus dem, was die Philosophie als praktische Vernunft bezeichnet, ableiten und vor allem liegt es nicht in der Natur des Menschen, sich aus reinen Vernunftgründen an diese Gesetze zu halten.“

Am Ende kommt der Autor zu dem Fazit:

„Und so ist es nur zum Nachteil für die Muslime, dass das islamische Strafsystem nirgendwo auf der Welt richtige Umsetzung findet.“

⁹¹ „Hizb ut-Tahrir“-Website vom 30. September 2005.

⁹² Strafen, die explizit im Koran vorgeschrieben werden.

⁹³ Hier und im Folgenden: „Hizb ut-Tahrir“-Website vom 2. Dezember 2005; Übernahme wie im Original.

Da die „Hizb ut-Tahrir“ in allen arabischen Ländern und weiteren Staaten der Welt verboten ist, haben ihre Anhänger konspirative Strukturen entwickelt und sich im Geheimen in kleineren Gruppen organisiert. In Zentralasien sind sie politischer Verfolgung ausgesetzt. Die Machthaber in den jeweiligen Ländern sehen in den Aktivitäten der Organisation Umsturzbestrebungen, die die herrschenden politischen Systeme mit der Errichtung eines Kalifats zu Fall bringen würden.

Die „Hizb ut-Tahrir“ versteht sich als eine globale Organisation mit einem einheitlichen ideologischen Fundament, dem Islam. Sie hat sich weltweit in mehreren Bezirken organisiert. Europa gilt als ein eigener Bezirk. Es gibt eine strenge Ordnung, der zufolge die Mitglieder in Fünfer-Gruppen aufgeteilt sind, die jeweils einen Anführer (mushrif) haben. Ungeachtet der regionalen Unterschiede und der spezifischen Probleme, die jeder Bezirk hat, existiert ein einheitliches ideologisches Fundament.

Die Europazentrale der „Hizb ut-Tahrir“ befindet sich in London. Da die Partei in Großbritannien nicht verboten ist, konnten ihre Anhänger dort noch öffentliche Auftritte organisieren. Nach den Anschlägen vom 7. Juli 2005 ist die Partei allerdings sehr starkem öffentlichen Druck ausgesetzt. Ein Verbot wurde bereits in den Medien diskutiert, da der englische Premierminister Anfang August 2005 angekündigt hatte, islamistischen Gruppierungen, namentlich der „Hizb ut-Tahrir“, die Betätigung zu verbieten.⁹⁴ Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich Anhänger oder Sympathisanten der Organisation auch mit gewaltsamen Mitteln dagegen zur Wehr setzen werden.

2.4.1.2 „Tabligh-i Jama'at“ (Gemeinschaft für Verkündung und Mission)

Der Ursprung dieser missionarischen Erneuerungsbewegung liegt im heutigen Indien, in der Region um Delhi. Ende der 1920er Jahre gewann der Gelehrte Maulana Muhammad ILYAS (1885-1944) zahlreiche Schüler und Anhänger für seine pietistischen Wiedererweckungs- und Missionsideen. Nach der Teilung Indiens und der Gründung Pakistans hat die Bewegung dort in den Städten Lahore und vor allem im benachbarten Raiwind ihr geistiges Zentrum gefunden. In Europa gilt die englische Stadt Dewsbury als wichtigste Begegnungs- und Ausbildungsstätte der Anhänger und Schüler der Tabligh-Gemeinschaft, die heute eine der größten Missionsbewegungen in der islamischen Welt darstellt.

⁹⁴ URL: http://news.bbc.co.uk/go/pt/ft/-/2/hi/uk_news/4127688.stm vom 6. August 2005.

Muslime aus der ganzen Welt versammeln sich bei jährlichen Treffen in Pakistan, Indien oder Bangladesch. Ihre Zahl wird mit bis zu drei Millionen angegeben. Bei diesen jährlichen Konventen können die angereisten Anhänger Vorträge hören und an Lehrveranstaltungen teilnehmen. Sie werden motiviert und angehalten, in ihrem Bestreben fromme Muslime zu sein und für ein gottgefälliges Leben zu werben.

Die Auslegung des Koran und der Sunna sind sehr buchstabengetreu und weisen seit mehreren Jahren Tendenzen auf, die denen eines wahhabitischen Islam gleichen. Das bedeutet, dass die Anhänger einen kompromisslosen, Neuerungen ablehnenden und sehr puristischen, an den Werten und Lebensweisen des Propheten orientierten Islam vertreten. So kann man in der Tablighbewegung ein indisches Spiegelbild des arabischen Gedankens einer Re-Islamisierung erkennen.

Es mag daher auf den ersten Blick verwunderlich wirken, dass diese Bewegung von wahhabitischen Gelehrten der arabischen Halbinsel in zahlreichen Fatwas verurteilt und abgelehnt wird. Zu den saudischen Kritikern der Bewegung zählten der 1999 verstorbene Großmufti Abd al-Aziz BIN BAZ, der in Bezug auf die Bewegung und ihre Sitten deren Gebete in Moscheen in Indien und Pakistan verurteilte, da in diesen Gebetsstätten auch Gräber vorhanden waren. Andere kritische Stimmen rücken die Bewegung in die Nähe von Sufis⁹⁵ und werfen den Anhängern vor, sich politischer Äußerungen zu enthalten und sich nur um sich selbst zu kümmern. Darüber hinaus würden die Missionare neben den einzig gültigen Schriften Koran und Sunna die Bücher und Lehren von ILYAS verehren und weiterverbreiten.

Tablighis, die Anhänger der Lehren ILYAS, machen sich heute als reisende Missionare weltweit auf den Weg und versuchen in islamischen Gemeinden die aus ihrer Sicht etwas im Glauben nachlässig gewordenen Muslime wieder zum wahren Glauben zurückzuführen. Dies trug ihnen auch den viel zitierten Beinamen „Zeugen Jehovas des Islam“ ein. Aus der Sicht von ILYAS haben sich die Muslime im 20. Jahrhundert viel zu weit von den eigentlichen Lehren des Islam entfernt. Da sich die Tablighis aus diesem Grund primär mit islamischen Glaubensinhalten beschäftigen, hat dies dazu geführt, dass man in dieser Bewegung eine unpolitische Strömung sah. Doch haben ihr vermeintlich unpolitisches Auftreten, die Reisen der Missionare und der Verzicht auf beinahe jede Form von Öffentlichkeitsar-

⁹⁵ Mystiker.

beit mit dazu beigetragen, dass man inzwischen in einigen Anhängern dieser Bewegung heimliche Dihadlegionen erkannt haben will.⁹⁶

Wie junge Missionare aus ihrer Sicht verwestlichte oder im Glauben lasch gewordene Brüder in der Regel ansprechen, wurde in einem Artikel des Schweizer Online-reports thematisiert.⁹⁷ Der Reporter beobachtete an der Basler Rheinpromenade auffällig traditionell gekleidete junge Muslime, die ihren Glauben bereits in ihrer arabischen Kleidung zum Ausdruck brachten. Diese Missionare konfrontierten vermeintliche muslimische Brüder sehr direkt („Du hast getrunken.“) mit ihren unislamischen Lebensweisen und versuchten, im Gespräch den islamischen Lebensstil nahe zu legen.

Es mehren sich die Anzeichen, dass mancher, der so in das Umfeld der streng gläubigen Gemeinschaft gelangte und sich re-islamisierte, nicht bei der strikten, pietistischen Auslegung islamischer Vorstellungen stehen bleibt, sondern vielmehr in der Gemeinschaft dieser teilweise „wiedergeborenen“ Muslime einen weiteren folgenschweren Entwicklungsschritt hin zum kämpfenden Dihadisten vollzieht. Besonders jungen Männern, die sich neu zum Islam bekennen und konvertiert sind, scheint der Schritt zum gewalttätigen Einsatz für die vermeintlich gute Sache leicht zu fallen. Als Mitglied einer verschworenen Gemeinschaft, mit eigenem Kleidungsstil und teilweise charismatischen Führern, können die Ideen der Tabligh-Gemeinschaft zu einer Art Katalysator werden, die aus jungen Muslimen Dihad-Kämpfer machen.

In Frankreich ist die Bewegung etwa seit 1968 aktiv. Sehr bedeutend ist sie bei der „Re-Islamisierung“ der muslimischen Gemeinden und den Immigranten der ersten Generation. Willy BRIGITTE, ein französischer Konvertit, kam über diese Bewegung zum Islam. Er soll bei Aufenthalten in Pakistan auch in Ausbildungslagern der „**Lashkar-e Taiba**“, einer extrem sunnitischen Terrororganisation, deren spirituelle Führer Kontakte zu Kreisen der Tabligh unterhalten, gewesen sein. Als er sich 2003 in Australien aufhielt, wurde er unter dem Verdacht inhaftiert, eine Terrorzelle gegründet zu haben und in der Folge an Frankreich ausgeliefert. Auch einige der Täter der Anschläge von London am 7. Juli 2005 sollen bei ihren Pakistanaufenthalten Kurse der Tablighis besucht haben.⁹⁸

Der hier kurz vorgestellte Personenkreis zeigt jene Gefahren auf, die von einer Wiedererweckungsbewegung ausgehen können. Manchmal können

⁹⁶ Alex Alexiev: Tablighi Jamaat: Jihad's Stealthy Legions, in: Middle East Quarterly, Januar 2005.

⁹⁷ URL: <http://www.onlinereports.ch/2005/MuslimeRhein.htm> vom 24. August 2005.

⁹⁸ Olivier Roy: Britain: homegrown terror, in: Le monde diplomatique, englische Ausgabe August 2005.

sich die von diesen Lehren Überzeugten oder „Erweckten“, man spricht auch von „born again muslims“, dazu berufen fühlen, sich in anderen islamistischen Organisationen zu engagieren. So hatten einige führende islamistische Aktivisten ihre ersten Berührungen mit einer islamischen Erneuerung in der „Tabligh-i Jama'at“, wie etwa Ghulam AZAM, der Anführer der „Jama'at-i Islami“ in Bangladesh, oder Rachid GHANNOUCHI, der Führer der tunesischen „an-Nahda“-Bewegung, oder Farid KASSIM, der Sprecher der „Hizb ut-Tahrir“ in Großbritannien.⁹⁹

In Deutschland sind Berichte über die Missionstätigkeiten von Tablighis bei Muslimen noch selten. Es gibt aber Anzeichen, dass vor allem jüngere Muslime und junge Konvertiten in den Focus der Wandermissionare geraten sind. Anhänger der Tabligh-Bewegung unterhalten in Großstädten Baden-Württembergs eigene kleinere Gemeindezentren. Häufiger aber sind in verschiedenen Moscheen die Aktivitäten durchreisender Missionare festzustellen. Sie werden in den Vereinen empfangen, gepflegt und erhalten Übernachtungsgelegenheiten. Bei ihren zum Teil sehr kurzen Aufenthalten versuchen sie im Gespräch, neue Anhänger für ihre Bewegung zu gewinnen, und empfehlen die Lektüre bestimmter Schriften. Mindestens 30 Aktivisten engagieren sich in Baden-Württemberg in verschiedenen Moscheen und bemühen sich um die Verbreitung der Lehren von ILYAS und seiner Nachfolger.

2.4.1.3 Gruppierungen säkularer Palästinenser¹⁰⁰

Die Mitglieder der „**Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas**“ (DFLP) sowie der „**Volksfront für die Befreiung Palästinas**“ (PFLP) sind in Deutschland im Jahr 2005 nicht öffentlich aufgetreten. Die beiden säkularen palästinensischen Organisationen riefen weder zu Demonstrationen noch zu Gewalttaten auf.

Nach den Selbstmordattentaten auf Hotels in Amman/Jordanien am 9. November 2005 stellte die DFLP eine Verurteilung der Terroranschläge als „*kriminelle und unzivilisierte Aggression*“ ins Internet und fügte hinzu:

„Diese terroristischen Aktivitäten bieten den Feinden der arabischen Völker und der islamischen

⁹⁹ Yoginder Sikand: The Tablighi Jama'at and Politics, in ISIM Newsletter 13, Dezember 2003, S. 43.

¹⁰⁰ Die [selbst nicht islamistischen] Gruppierungen der säkularen Palästinenser werden unter der Rubrik Ziffer 2.4.1 als Organisationen aus dem arabischen sunnitischen Bereich aufgenommen, die von islamistischen Gruppen zunehmend an den Rand gedrängt werden.

*Welt einen Vorwand, weiterhin die aggressive kolonialistische und zionistische Politik der Besetzung und Expansion zu verfolgen.*¹⁰¹

Für die Lösung des Terrorismusproblems erachtet es die DFLP als marxistisch-leninistische Gruppierung für zwingend notwendig, dass die arabischen und islamischen Länder neue politische und soziale Programme umsetzen.

2.5 Organisation aus dem schiitischen¹⁰² Bereich: „Hizb Allah“ (Partei Gottes)

Die „Hizb Allah“ (Partei Gottes) ist eine islamistisch-schiitische Organisation, die seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten ist. Sie wird von Iran finanziell, materiell und ideologisch unterstützt. Die „Hizb Allah“ stellt der Bevölkerung mit Kranken- und Waisenhäusern, mit Schulen und wohltätigen Projekten anderer Art eine Infrastruktur zur Verfügung, wie es dem libanesischen Staat in den letzten Jahrzehnten nicht möglich war. Die **„al-Muqawama al-Islamiya“ („Islamischer Widerstand“)**, der militärische Arm der Organisation, führte im Südlibanon den bewaffneten Kampf gegen israelische Militäreinheiten. Eine Entwaffnung dieser Miliz gemäß der UN-Resolution 1559 gelang bisher nicht und wird vom politischen Flügel vehement abgelehnt.

Der Rückzug der israelischen Armee aus dem Libanon im Mai 2000 wurde von der „Hizb Allah“ zu ihrem eigenen Sieg deklariert. Dieses Ereignis wird von den „Hizb Allah“-Anhängern alljährlich am 25. Mai auch in Deutschland als Siegesfeier begangen. Hierzu reisen auch „Hizb Allah“-Abgeordnete aus dem Libanon nach Baden-Württemberg.

Die „Hizb Allah“ ist im Libanon inzwischen ein fester Bestandteil des politischen Systems geworden und versucht, durch ihre politische Partizipation die libanesischen Gesellschaft innerhalb des gegebenen Rahmens in ihrem Sinne zu verändern. Mittlerweile ist sie auch mit einem Minister an der Regierung beteiligt. Von dem Ziel, im Libanon einen islamischen Staat nach iranischem Vorbild zu errichten, ist die Organisation abgerückt.

Ausübung von Gewalt rechtfertigt die „Hizb Allah“ mit dem legitimen Anspruch auf Widerstand gegen illegale Besatzer. Dazu gehören Entfüh-

¹⁰¹ DFLP-Website vom 2. Dezember 2005.

¹⁰² Siehe Erläuterung auf S. 31, Fußnote 43.

rungen von israelischen Soldaten, Selbstmordattentate und Geiselnahmen. Der libanesische „Hizb Allah“-Führer Hassan NASRALLAH hat am 26. November 2005 vor Tausenden von Anhängern zur Entführung von israelischen Soldaten aufgerufen, um die Freilassung eigener gefangener Anhänger zu erzwingen. Bei dieser Großkundgebung in Beirut skandierten die „Hizb Allah“-Anhänger *„Tod für Israel und Amerika“*. Die Propaganda der Organisation glorifiziert den „Märtyrertod“. Ihre Gewalthandlungen beschränkten sich in der Vergangenheit jedoch nicht auf Libanon und Israel als „Kampfgebiet“, sondern richteten sich auch auf israelische Ziele in Südamerika.



Hassan NASRALLAH

Am 23. November 2005 kam es im umstrittenen israelisch-libanesischen Grenzgebiet zu den schwersten Gefechten seit dem Rückzug der Israelis aus dem Südlibanon. Es wird vermutet, dass die „Hizb Allah“-Kämpfer israelische Soldaten als Geiseln nehmen wollten. Während der Kämpfe kamen vier ihrer eigenen Kämpfer ums Leben, zwölf israelische Soldaten wurden verletzt.

Die „Hizb Allah“ unterstützt seit Jahren die „Intifada“ (Aufstand der Palästinenser) und spricht Israel das Existenzrecht ab. Neben ihrer Präsenz im Internet ist eines ihrer effektivsten Propagandamedien der Satellitensender „al-Manar“ (Der Leuchtturm), der weiterhin außer über Satelliten des Satellitenbetreibers Eutelsat weltweit zu empfangen ist. Eutelsat wurde im Dezember 2004 durch Beschluss eines französischen Gerichts veranlasst, „al-Manar“ aufgrund seiner Propaganda aus seinem Programmangebot zu nehmen.

In Deutschland kam es 2005 weder zu offenen Gewaltaufrufen noch gab es Stellungnahmen zur Lage im Irak. Aufgrund der wichtigen Rolle, die „Hizb Allah“-Anhänger in Europa für die Finanzierung ihrer Organisation spielen, ist ihre Zurückhaltung mit der Befürchtung zu erklären, durch Verstöße gegen hiesige Gesetze diese Geldquelle zu gefährden.

Am 29. Oktober 2005 wurde wieder der von Ayatollah Khomeini im Jahr 1979 proklamierte „al-Quds-Tag“ (Jerusalem-Tag) mit einem Demonstrationmarsch in Berlin begangen. Der iranische Revolutionsführer hatte den letzten Freitag im Ramadan¹⁰³ zum internationalen Tag der Solidarität mit

¹⁰³ In Deutschland findet die Demonstration zum „al-Quds-Tag“ meist am darauf folgenden Samstag statt.

den Muslimen in Palästina erklärt. Khomeini schrieb primär an die Adresse Israels gerichtet:

*„Ich verlange von allen Moslems der Welt und von allen moslemischen Regierungen, dass sie die Hände dieser Usurpatoren und ihrer Unterstützer abhacken (...)“*¹⁰⁴

Im Jahr 2005 nahmen lediglich etwa 300 und damit weniger Demonstranten als in den Vorjahren an den Protesten in Berlin teil. Der Grund lag vermutlich in den strengen polizeilichen Auflagen und dem Wirbel um die israelfeindlichen Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad. Da Plakate mit Aufrufen zur Zerstörung Israels ausdrücklich untersagt waren, beschränkten sich Demonstranten darauf, Parolen wie „Sechzig Jahre Besetzung sind genug!“ zu rufen.

2.6 Türkische islamistische Vereinigungen

2.6.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

Gründung: 1985 als „Vereinigung der Neuen Weltansicht in Europa e.V.“ (AMGT)
1995 Aufteilung in die beiden unabhängigen juristischen Personen „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) und „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“ (EMUG)

Sitz: Kerpen

Mitglieder: ca. 3.600 Baden-Württemberg (2004: ca. 3.600)
ca. 26.500 Bund (2004: ca. 26.500)

Publikation: „IGMG Perspektive“ (zweisprachig); als Sprachrohr dient auch die türkischsprachige Tageszeitung „Milli Gazete“ (Europa-Ausgabe)

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG), deren Europazentrale sich in Kerpen befindet, ist die größte, im Spektrum des politischen Islam agierende Organisation in Deutschland. Sie verfügt unter anderem über eine Kommission für Rechtleitung, für Bildung sowie eine Fatwa¹⁰⁵-Kommission. Die regionalen Aktivitäten in Baden-Württemberg erstrecken sich auf die so genannten Bølge (Regionen) **Stuttgart**, **Freiburg**, Schwaben (einschließlich einiger bayerischer Ortsvereine) sowie Rhein-Saar (hierzu

gehören auch mehrere Ortsvereine in Rheinland-Pfalz). Den Vorsitz des Regionalverbands **Stuttgart** übernahm im April 2005 Adem KAYA von seinem Vorgänger Erol ÖZTÜRK.

Die IGMG ist die dominierende Kraft im in Köln ansässigen **„Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“**. Ihre Jugendorganisation ist im Vorstand der von saudischen Sponsoren geförderten und von der „Muslimbruderschaft“ (MB) dominierten **„Forum of European Muslim Youth and Student Organisations“ (FEMYSO)**¹⁰⁶ vertreten.

Der Begriff der „Milli Görüs“¹⁰⁷ wurde geprägt vom Führer der gleichnamigen Bewegung Prof. Dr. Necmettin ERBAKAN¹⁰⁸, der 1975 die Leitlinien der von ihm entwickelten Vision in der grundlegenden Schrift „Milli Görüs“ veröffentlichte. ERBAKAN versteht diese Perspektive der „nationalen Sicht“ in erster Linie als Abgrenzung zur „linken“ (sol) und zur „liberalen Sicht“ (liberal görüs). Die allgegenwärtige Betonung des Nationalen bei ERBAKAN zeigt sich in den Schlüsselbegriffen seines Diskurses: „nationale Mission“ (milli dava), „nationale Erhebung“ (milli sahanis), „nationale Werte“ (milli degerler) und „nationaler Wille“ (milli irade). ERBAKAN versteht „Milli Görüs“ als Abgrenzung zur „Mentalität des Nachahmens“ (taklitcilik), derer insbesondere die aus der „Milli Görüs“-Bewegung hervorgegangene „Adalet ve Kalkinma Partisi“ (AKP, „Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei“) bezichtigt wird¹⁰⁹, da sie nach Ansicht ERBAKANs mit der Annäherung an die EU die „nationalen Werte“ preisgibt. Seit den 1970er Jahren gründete ERBAKAN in Folge mehrere Parteien¹¹⁰, die jeweils vom Verfassungsgericht der Republik Türkei wegen Verstoßes gegen das Laizismus¹¹¹-Prinzip verboten wurden. Infolge des Verbots der politischen Betätigung vom Dezember 2002 ist ERBAKAN von der aktiven Politik ausgeschlossen, zieht aber im Hintergrund nach wie vor die Fäden.



¹⁰⁶ Gegründet 1996. Hinter der Gründung standen neben muslimischen Jugendorganisationen verschiedener europäischer Länder die „Federation of Islamic Organisations in Europe“ (FIOE) sowie die saudische „World Assembly of Muslim Youth“ (WAMY).

¹⁰⁷ „Nationale Sicht“, die eine weitgehende politische Eigenständigkeit der Türkei mit Distanz zum Westen und Nähe zu den muslimischen Nachbarstaaten für geboten hält.

¹⁰⁸ Geb. 1926 in Sinop; 1953 Promotion an der Technischen Hochschule Aachen.

¹⁰⁹ Am 24. Januar 2005 erschien in „Milli Gazete“ ein Artikel, in welchem ERBAKAN die AKP aufrief, „ins Nest“ zurückzukehren.

¹¹⁰ „Milli Nizam Partisi“ (MNP, „Partei der Nationalen Ordnung“, 1970/71), „Milli Selamet Partisi“ (MSP, „Nationale Heilspartei“, 1973-1981), „Refah Partisi“ (RP, „Wohlfahrtspartei“, 1983-1998), „Fazilet Partisi“ (FP, „Tugendpartei“, 1997-2001); aus Letzterer gingen 2001 die „Saadet Partisi“ (SP, „Partei der Glückseligkeit“), die ERBAKANs Kurs weiter verfolgt, und die AKP unter Recep Tayyip Erdogan hervor.

¹¹¹ Von Atatürk eingeführte reformbezogene Ideologie, die faktisch die Unterordnung der Religionsausübung unter den Staat bedeutet.

¹⁰⁴ URL: <http://blog.tagesspiegel.de/justworld/eintrag.php?id=70> vom 2. Dezember 2005.

¹⁰⁵ Rechtsgutachten in Fragen religiös-rechtlicher Natur, erstellt von einem Rechtsgelehrten.

„Rettung“ der Türkei

Nach Ansicht ERBAKANs findet in der Türkei auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen eine „Zerstörung von Moral und ideellen Werten“ in großem Umfang statt.¹¹² In der Außenpolitik werde die Türkei zum „Satelliten“, zur „Kolonie äußerer Mächte“ degradiert und zum Spielball des „Imperialismus“ und des „Weltzionismus“ gemacht. Die einzige Rettung für die Türkei bestehe nach seiner Auffassung in der Umsetzung der von ihm propagierten Werte und in einer festen Anbindung nicht an Europa, sondern an die islamischen Bruderstaaten.¹¹³ Nach Ansicht des Weggefährten ERBAKANs und „Milli Görüs“-Ideologen Prof. Dr. Arif ERSOY muss sich die Türkei zwischen zwei Zukunftsperspektiven entscheiden, nämlich zwischen dem Projekt des „Großen Mittleren Ostens“ („Büyük Ortadoğu Projesi“, BOP), einem von den USA vorangetriebenen Projekt der „Ausbeutung, der Kollision und der Tränen“, mit dem die Türkei in den „postmodernen Kolonialismus“ zurückgetrieben werde, und dem Projekt „Eine neue Welt“ („Yeni Bir Dünya“), welches Frieden, Gerechtigkeit und Glück beschere.¹¹⁴

Die Weltsicht ERBAKANs bildet auch die ideologische Grundlage der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“, mit der sie nicht nur Namensgleichheit aufweist, sondern deren Protagonisten in der Türkei mit denjenigen in Deutschland durch vielfältige Kontakte verbunden sind. Hochrangige Mitglieder der Vertreterin der „Milli Görüs“-Ideologie in der Türkei, der derzeit von Recai KUTAN¹¹⁵ geführten „Saadet Partisi“ (SP, „Partei der Glückseligkeit“) treten bei internen Veranstaltungen der IGMG als Redner auf und sind als Kolumnisten für das Sprachrohr der Bewegung, „Milli Gazete“, tätig. Die Ausführungen der IGMG in ihrer Selbstdarstellung¹¹⁶, der Namensbestandteil „milli“ beziehe sich auf die „Sichtweise der abrahamitischen Gemeinschaft“¹¹⁷ und eine Herleitung von dem Begriff „millet“ („Nation“) sei unzutreffend, stehen in unauflöselichem Widerspruch zur bewusst gewählten, auf das nationale Moment abzielenden Namensgebung durch den Gründungsvater der „Milli Görüs“-Bewegung.

¹¹² Ceylan, Hasan Hüseyin: Konusmalar. Erbakan ve Türkiye'nin Temel Meseleleri. Ankara 1996, S. 246.

¹¹³ So wurde auf Initiative ERBAKANs am 15. Juni 1997 das Bündnis der D8-Staaten („Developing Eight“) mit dem Ziel einer umfassenden Zusammenarbeit und als Gegengewicht zu den G8 gegründet.

¹¹⁴ „Milli Gazete“ vom 26. Oktober 2005.

¹¹⁵ Wegen des Ende 2003 gegen ihn verhängten Politikverbots ist ERBAKAN die Parteiführung versagt.

¹¹⁶ Broschüre „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs - Selbstdarstellung“, o.O. u. o.J., S. 8. Die Broschüre liegt in einer türkisch- und einer deutschsprachigen Version vor.

¹¹⁷ Der Begriff der „Abrahamitischen Ökumene“ geht auf die christlichen Theologen Hans Küng und Karl-Josef Kuschel zurück, deren Absicht es war, auf die Notwendigkeit eines Dialogs unter den drei monotheistischen Religionen hinzuweisen.

Die Autorität ERBAKANs, der im Hintergrund auch in internen Angelegenheiten der IGMG Weichen stellt, und die Wertschätzung für seine Person sind innerhalb der IGMG unverändert stark erkennbar. Zum zehnjährigen Bestehen des IGMG-Jugendverbands, das mit einer Großveranstaltung am 9. April 2005 im belgischen Genk im Beisein von rund 8.000 Teilnehmern aus ganz Europa gefeiert wurde, ist der aus der Türkei telefonisch zugeschaltete ERBAKAN vom Publikum frenetisch bejubelt worden. In der „Milli Gazete“ waren im Jahr 2005 zahlreiche Kolumnen und Artikel abgedruckt, aus denen grenzenlose Bewunderung für ERBAKAN spricht.¹¹⁸ Fatih SERTYÜZ - dieser Kolumnist trat 2005 in der Türkei-Ausgabe der Zeitung durch den Holocaust leugnende Ansichten hervor¹¹⁹ - stellte am 11. Oktober 2005 in der Kolumne „Erbakan beschreiben“ den internationalen Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz ERBAKANs in der muslimischen Welt von Mali über den Sudan¹²⁰ bis Afghanistan und Malaysia heraus. „Milli Gazete“-Leser verliehen in Lobgedichten¹²¹ ihrer Verehrung für ERBAKAN und die „Milli Görüs“-Bewegung Ausdruck.



ERBAKAN als
Integrations-
figur

Mit einer Konzeption des Islam nicht allein als Glaube und Ethik, sondern als einer vollkommenen, sämtliche Lebensbereiche durchdringenden Lebensform, weitet die IGMG die Sphäre des Religiösen auf die gesellschaftlich-politische Ebene aus und vertritt damit eine dem Islamismus eigene Position, die die Gesellschaft insgesamt einer allumfassenden geistlichen Führung auf der Grundlage des „vollkommenen Systems des Islam“ unterstellen will. Verstärkt wird diese Sicht durch den Rückgriff auf Koran und Sunna als den Bezugselementen für eine an allen Orten und zu allen Zeiten gültige Werteordnung sowie auf die islamische Frühzeit, das „Zeitalter der Glückseligkeit“ (Asr-i saadet)¹²², das im Rückblick idealisiert und zum Kulminationspunkt aller Sehnsüchte stilisiert wird. Charakteristisch ist außerdem der Anspruch, eine absolut gesetzte Wahrheit (hak) zu vertreten und sich folglich gegenüber allem „Unwahren“ - gemeint sind „nichtige“

¹¹⁸ So am 21. Juli 2005 die Kolumne „Was hast du heute für Gott getan?“ und am 22. Juli 2005 „Wir bewundern Ihren Glauben, verehrter Herr Erbakan“.

¹¹⁹ Am 5. Juni 2005 erschien in der Türkei-Ausgabe der „Milli Gazete“ die Kolumne „Die Juden, die Deutschen und die Legende des Holocaust“; am 24. Juli 2005 folgte der Artikel „Warum euch niemand leiden kann.“ Keine der beiden Kolumnen wurde in der Europa-Ausgabe der Zeitung abgedruckt.

¹²⁰ Dort sei ERBAKAN im staatlichen Rundfunk als „Führer der islamischen Umma, Glaubenskämpfer (mücahit) Necmettin Erbakan“ bezeichnet worden.

¹²¹ „Milli Gazete“ vom 1. April 2005 („Milli Görüs“) und vom 8. April 2005 („Sei nicht traurig, Hodja Erbakan“).

¹²² So beschreibt der in der Vergangenheit in baden-württembergischen IGMG-Moscheen aufgetretene Mevlüt ÖZCAN in der „Milli Gazete“ vom 2. Juli 2005 dieses Zeitalter als Referenz für die Bewältigung sämtlicher vergangener und künftiger Probleme.

Idealisierung der
Vergangenheit

(batil) Religionen und Ideologien - abzugrenzen¹²³ sowie der Bezug auf das Feindbild des von „Imperialisten“ und „Zionisten“ beherrschten „verderbten Westens“. Darüber hinaus baut man darauf, dass der Islam - auch aufgrund der demographischen Veränderungen - langfristig gesehen die europäischen Gesellschaften nachhaltig beeinflussen und durchdringen wird.

Die Darstellung der IGMG nach außen - hier ist die Organisation um ein Bild bemüht, das ihre Dialogbereitschaft, Integrationswilligkeit, Toleranz und Mäßigung herausstellen soll - ist mit dem aufgrund ihres Innenlebens entstehenden Bild nicht kongruent. Zahlreiche Äußerungen von Funktionären wie auch die Eigendarstellungen erhellen das Selbstverständnis der Organisation. So formuliert sie:

„Die IGMG bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und sieht in ihr die Basis für ein auf Pluralismus, Frieden, Toleranz und Harmonie aufbauendes gesellschaftliches Leben.“¹²⁴

Durch die Teilhabe an dieser demokratischen Ordnung, die durch Mittel wie die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft mit einer erweiterten politischen Einflussnahme verknüpft werden kann, eröffnen sich politische Handlungsspielräume, innerhalb derer das potenzielle Fernziel einer „islamischen Ordnung“ für Teile, ja für die Gesamtheit der Gesellschaft, weiter in den Blick genommen werden kann. Sowohl Aussagen von Funktionären der IGMG als auch entsprechende Ausführungen in „Milli Gazete“¹²⁵ lassen jedoch keinen Zweifel am Vorzug und der Überlegenheit der islamischen gegenüber allen anderen Ordnungen. Bei einer Veranstaltung zur Eröffnung der Arbeitsperiode 2005/2006 in Leverkusen sagte Generalsekretär Oguz ÜCÜNÇÜ¹²⁶:

„Wir möchten, dass die Zahl der bewussten Muslime zunimmt (...) Die wichtigste Eigenschaft der IGMG ist ihre Bindung an Koran und Sunna sowie das Bewusstsein der Umma¹²⁷. Wenn jemand in Bezug auf diese beiden Dinge von uns Zugeständnisse erwartet, so irrt er.“

¹²³ In diesem Sinn ist die Titelzeile der „Milli Gazete“ mit dem Koranvers (Sure 17, 81) „Gekommen ist die Wahrheit, vergangen das Nichtige“ („Hak geldi batil zail oldu“) überschrieben.

¹²⁴ Broschüre „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs - Selbstdarstellung“, o.O. u. o.J., S.24

¹²⁵ „Milli Gazete“ Artikel „Die Unveränderbarkeit der islamischen Institutionen liegt in ihrer Vollkommenheit“, Ausgabe vom 7. Oktober 2005 oder „Die einzige Rettung liegt im Islam“, Ausgabe vom 11. Oktober 2005.

¹²⁶ „Milli Gazete“ vom 28. September 2005.

¹²⁷ Bezeichnung für die Weltgemeinschaft aller Muslime.

Der Generalvorsitzende der IGMG, Osman DÖRING alias Yavuz Celik KARAHAN, beschrieb auf einer Anfang April 2005 abgehaltenen Sitzung des IGMG-Gebietsvorstands in **Stuttgart**¹²⁸ die IGMG als eine „religiöse Organisation der Zivilgesellschaft, die den Islam ungefiltert verstehen und leben will, und zwar in derselben Weise, wie sie Koran und Sunna auch in der Vergangenheit verstanden hat“. Aus dieser Aussage spricht ein Verständnis der Religion, das weder Kompromisse zu finden noch Innovationen zu dulden bereit ist.



Osman DÖRING

In einem Flyer, der beim „Tag der Offenen Moschee“ (3. Oktober 2005) in einer baden-württembergischen IGMG-Moschee auslag, war zum Thema „Menschenrechte im Islam“ ausgeführt:

„Das Gesetz ist göttlichen Ursprungs. Ein gesetzgebendes Organ ist nicht notwendig.“

Dies stellt unmissverständlich klar, welche Rechtsordnung als verbindlich gesehen wird, und bedeutet gleichzeitig eine Absage an das Prinzip der Gewaltenteilung.

In ihrer Selbstdarstellung¹²⁹ bezeichnet die IGMG die „religiöse Wegweisung“ (irsad) als ihre „zentrale Aufgabe“. Den Angehörigen des Islam soll dadurch eine „religiöse Anleitung in allen Lebenslagen“, gleichsam ein „Fiqh¹³⁰ des alltäglichen Lebens“ und damit eine verbindliche Quelle der Rechtsschöpfung für sämtliche Fragen der Lebenspraxis an die Hand gegeben werden.

Der widersprüchlichen Strategie, die aus ihren Äußerungen spricht, ist sich die IGMG bewusst, fühlt sie sich doch in der Selbstdarstellung¹³¹ bemüßigt, festzustellen:

„Eine Diskrepanz im Handeln und im Denken der Mitglieder der IGMG ist nicht vorhanden. Die IGMG verinnerlicht in ihrem Duktus und ihrem Handeln das Gebot der Transparenz.“

¹²⁸ „Milli Gazete“ vom 7. April 2005.

¹²⁹ Broschüre „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs - Selbstdarstellung“, o.O. u. o.J., S. 16.

¹³⁰ Wissenschaft von der geregelten Ableitung rechtlicher, praktischer Urteile über relevante konkrete Handlungen oder Unterlassungen aufgrund kanonischer, auf Einzelfälle bezogener Rechtskenntnisquellen.

¹³¹ Broschüre „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs - Selbstdarstellung“, o.O. u. o.J., S. 24.

Abgesehen von der Abschottungspraxis bei internen Vorgängen ist auch die Tatsache, dass zahlreiche Mitgliedsvereine bewusst die Zugehörigkeit zu „Milli Görüs“ verschleiern, indem sie diesen Begriff in ihrer Eigenbezeichnung vermeiden, nicht geeignet, das Argument der Transparenz zu stützen. Selbst in Fällen, in denen eine Zugehörigkeit nachzuweisen ist, wird die Verbindung geleugnet oder relativiert.

Die Grundhaltung der Muslime, die der „Milli Görüs“-Bewegung angehören, wird in der „Milli Gazete“-Kolumne vom 7. Oktober 2005 klar wie folgt beschrieben:

„Für einen Muslim ist es Pflicht, sich ganz fest an seine Religion zu klammern. (...) Diejenigen, die glauben, die islamischen Prinzipien genügen den Erfordernissen der Zeit nicht, sind im Irrtum. Wir glauben, dass die moralischen, sozialen und politischen Bestimmungen der islamischen Scharia der menschlichen Natur vollkommen entsprechen, und dass sie geeignet sind, Leben und Schicksal der Menschen bis zum Jüngsten Tag zu regeln. Die Unveränderbarkeit der islamischen Institutionen liegt nicht daran, dass sie nicht weiterentwickelt werden können, sondern daran, dass sie bereits vollkommen sind.“

Der Anspruch der explizit auf die gesamte Menschheit bezogenen Universalität der „vollkommenen“ und damit „unveränderbaren islamischen Prinzipien“ wird auch angesichts der Konditionen des 21. Jahrhunderts nicht ansatzweise einer kritischen Bewertung unterzogen; im Gegenteil wird diesem vollständige Relevanz bis ans Ende der Zeiten zugesprochen. Unter diesem Aspekt findet das Modell des häufig diskutierten „Euro-Islam“¹³² bei den Anhängern der IGMG keinen Zuspruch. Dieses, in Deutschland von akademischer Seite¹³³ favorisierte Denkmodell sieht unter der Perspektive eines „aufgeklärten Islam“ einen neuen normativen Rahmen vor, der unter Abkehr vom traditionellen Scharia-Verständnis, durch Akzeptanz des Laizismus, Anpassung der muslimischen Lebensweise an die Normen der Industriegesellschaft, Verfassungstreue im jeweiligen Aufenthaltsland und Verinnerlichung der pluralistischen Demokratie konkretisiert werden soll.

¹³² „IGMG Perspektive“ Nr. 123 vom März 2005.

¹³³ Prof. Dr. Bassam Tibi, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen und Prof. Dr. Faruk Sen, Direktor des „Zentrum für Türkeistudien“ in Essen.

Innerhalb der IGMG jedoch findet dieses Konzept mit den Argumenten des „künstlichen Konstrukts“ und des „Überstülpens von außen“, aber auch der „Fehlinterpretation des Islam“ keine Akzeptanz.¹³⁴ IGMG-Generalsekretär ÜCÜNCÜ sieht hier unter Verweis auf den Anspruch zeitloser Gültigkeit des Islam und auf seine Gesamtgemeinschaft, die Umma, „in einer Art vorauseilendem Gehorsam den Grundkonsens islamischen Verständnisses um der Akzeptanz in Europa willen“ verlassen.¹³⁵ In einer weiteren Ausgabe der „IGMG Perspektive“¹³⁶ werden die Positionen des Enkels des Gründers der „Muslimbruderschaft“ (MB), der selbst in dieser Tradition steht, zum „Euro-Islam“ dargelegt. Ihm zufolge bildet der Islam den Rahmen und alleinigen Maßstab für gesellschaftliches Handeln, wobei er den der MB nahe stehenden „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR), zu welchem die IGMG in Verbindung steht, als vorbildlich in Bezug auf die Erarbeitung islamischer Handlungsnormen für Muslime in Europa ansieht. Schließlich ruft er die Muslime in Europa dazu auf, die in der westlichen Demokratie verankerten Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen, um islamische Werte in der modernen Gesellschaft, in der sie leben, zu verankern.

Was den Dialog betrifft, so legt die IGMG nach den Angaben in ihrer Selbstdarstellung¹³⁷

„Wert darauf, dass unterschiedliche Religionsgemeinschaften zusammenkommen und ihre Gläubigen sich gegenseitig kennen lernen. Alles andere würde unserer Religion mit Sendungsbewusstsein und Verkündigungsauftrag widersprechen.“

Damit wird das wichtigste Ziel des Dialogs, die Verkündigung und somit die Verbreitung des Islams bei gleichzeitiger Darstellung der „Nichtigkeit“ anderer Religionen, gleich angesprochen. Werbung in eigener Sache und Imagepflege überlagern das Interesse an kritischem wechselseitigem Austausch. Bei einer im Februar 2005 in **Karlsruhe** durchgeführten Dialogveranstaltung verwahrte sich der Vertreter der IGMG-Moschee mit dem Hinweis, Integration könne „nicht einseitig funktionieren“¹³⁸, gegen ein Verständnis von Integration im Sinne von „Assimilation“. Als diskutables, auch von anderen muslimischen Teilnehmern als positiv bewertetes Integrationsmodell wurde das „Osmanische Modell“¹³⁹ ins Spiel gebracht. Auf die-

¹³⁴ „IGMG Perspektive“ Nr. 123, insbesondere die Artikel S. 16-31.

¹³⁵ Ebd. „Welcher Islam für Europa?“ S. 34.

¹³⁶ Ausgabe Nr. 124 vom April 2005.

¹³⁷ Broschüre „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs - Selbstdarstellung“, o.O. u. o.J., S. 25.

¹³⁸ Hier und im Folgenden: „Milli Gazete“ vom 26. Februar 2005.

¹³⁹ Status von Juden und Christen als eigenständige Gemeinden (millet) im Osmanischen Reich, in personrechtlichen und religiösen Angelegenheiten weitgehend autonom.

ses, „auf dem Balkan erfolgreich“ gewesene Modell wird in IGMG-Kreisen immer wieder als Vorbild für die Strukturierung der Beziehungen zwischen den religiösen Gruppen innerhalb der Gesellschaft hingewiesen. Ein solches Modell¹⁴⁰, - von der IGMG bisher nicht im Detail beschrieben - war in osmanischer Zeit im „millet“-System verwirklicht. Allerdings waren davon die Souveränität des Sultans und die Priorität islamischen Rechts unberührt. Was die Bestrebungen der IGMG betrifft, ein solches System für das Zusammenleben in Deutschland zu favorisieren, so wird vor allem eines klar: Hier wird auf eine weitgehende - auch juristische - Eigenständigkeit abgezielt, wohingegen die bundesdeutsche Gesellschaft darauf hinarbeitet, innerhalb dieser die Angehörigen verschiedener Kulturen so weit wie möglich auf für alle verbindliche Normen festzulegen.

Dass sich nicht alle Aktivitäten auf friedfertiges Abwarten beschränken, wird sichtbar, wenn - wie im Forum eines türkischen Djihadportals im Internet¹⁴¹ - Aspiranten für den Glaubenskampf (djihad) sich über ihre Motivation hierzu austauschen und dabei offenkundig wird, dass schon die Lektüre von Romanen der in IGMG-Kreisen geschätzten Autorin Emine SENLIKOGLU¹⁴² geeignet ist, derartige Ambitionen zu befördern. Auch eine „Milli Gazete“-Kolumne vom 19. Juli 2005 lässt mit ihrem deutlich militärischen Unterton Zweifel an der Friedfertigkeit in der Verfolgung der Ziele aufkommen:

„Die in alle Teile der Welt verstreuten Muslime sind wie die Ziegel und Steine, die das Gebäude des Islam bilden. (...) Diejenigen, die für die Erhaltung dieses Gebäudes die Feder benutzen, das Schwert schwingen, ihr Blut geben, Tränen oder Schweiß vergießen, Neuerungen ausmerzen, welche das herrliche Gebäude des Islam verunreinigen, oder durch Taten glänzen, tun alle die gleiche Pflicht. Die Soldaten, die an der Front wie Löwen brüllen, und die Soldaten, die im Stabsquartier die Kriegspläne vorbereiten, werden den Lobestrunke des Sieges gemeinsam trinken. (...) Wir sind wie Soldaten, die

an der Front aufgerieben und in die Berge geflüchtet sind. (...) Wir alle arbeiten an unterschiedlichen Orten für dasselbe Ziel. Es werden lokale Strategien entwickelt (...)“

Den wesentlichen Bestandteil der Dienstleistungen der IGMG bilden deren ganzjährig in Form von Tages-, Wochenend- und Ferienkursen durchgeführte, vor allem an Kinder und Jugendliche gerichtete Bildungsangebote. Bei den Kursangeboten für diese Zielgruppe geht es grundsätzlich um die Stärkung der - ohnehin durch die Erziehung in den Familien bereits ausgeprägten - muslimischen Identität, sieht die Organisation doch die in Europa aufwachsenden Jugendlichen einer „kulturellen Erosion“ ausgesetzt, welcher mit dem Festhalten an den Wertmaßstäben des Islam zu begegnen sei. Der häufig auf reproduzierenden Lernmethoden basierende Wissenserwerb findet seinen Höhepunkt in der als äußerst verdienstvoll erachteten auswendigen Rezitation des Korans.¹⁴³

Das islamische Bildungsangebot, in dem nicht nur religiöses Wissen im engeren Sinn vermittelt wird, sondern das auch Moral- und Wertvorstellungen der Schüler nachhaltig prägt, holt Kinder und Jugendliche in die Welt einer idealisierten Heimatkultur zurück und erschwert damit den Brückenschlag in die Gesellschaft, in welcher sie auf Dauer leben. Durch die Vermittlung einer mit dem Islam als „letzter Offenbarungsreligion“ begründeten Überlegenheit¹⁴⁴ gegenüber allen anderen Religionen wird ein gleichwertiges Gegenübertreten von Muslimen und Nichtmuslimen unmöglich. In ihrer Selbstdarstellung formuliert die IGMG:

„Der einzige Weg zur erfolgreichen Integration der muslimischen Jugend in die Gesellschaft ist der Weg über die Etablierung einer gefestigten Identität. (...) Auf der Vermittlung von religiösen Werten an die Jugendlichen liegt das besondere Augenmerk der IGMG-Jugendabteilung (...).“¹⁴⁵

Es geht also nicht darum, durch Integration „Bestandteil eines Ganzen“ zu werden, sondern die religiös-kulturelle Identität als wesentliches Unter-

¹⁴⁰ Das „Osmanische Modell“ beziehungsweise die Forderung nach der Restauration des Osmanentums findet sich auch bei dem in „Milli Görüs“-Kreisen geschätzten Autor Harun YAHYA im Internet. Hier stehen mehrere Filme zum Thema zum Download zur Verfügung.

¹⁴¹ Auswertung vom 26. Juli 2005.

¹⁴² Die Autorin war aufgrund der in ihren Romanen verbreiteten radikalen Positionen in diesem Zusammenhang in der Türkei inhaftiert.

¹⁴³ In einer Kolumne der Rubrik „Pädagogische Artikel“ in der „Milli Gazete“ vom 12. August 2005 wird die auswendige Koranrezitation als „bedeutendes Element der religiösen Erziehung“ bezeichnet.

¹⁴⁴ So im IGMG-eigenen Lehrbuch Temel Bilgiler 2, Köln 2002, S. 2: Hier werden Christentum und Judentum zwar zu den auf einer Offenbarung beruhenden und von Propheten überbrachten Religionen gerechnet, jedoch gleichzeitig als „verfälscht“ bezeichnet, während der Islam als diejenige Religion benannt wird, die allein ihre Authentizität bewahrt habe.

¹⁴⁵ Broschüre „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs - Selbstdarstellung“, o.O. u. o.J., S. 22.

scheidungskriterium zur umgebenden Gesellschaft zu stärken. Es bleibt die Frage, ob und wie auf diese Weise Anknüpfungspunkte für eine Verortung in der Mehrheitsgesellschaft geschaffen werden und wie sich eine gemeinsame Verantwortung für die Gesamtgesellschaft entfalten kann. Die Eignung der IGMG als „Ansprechpartner“ gesellschaftlicher Kräfte ist fragwürdig, nimmt sie doch für sich in Anspruch, die Anliegen der Muslime in Deutschland beziehungsweise Europa insgesamt zu vertreten. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass Bürger muslimischen Glaubens ohne Anbindung an Organisationen bei der Definition und Repräsentanz von Muslimen in Deutschland praktisch nicht wahrgenommen werden; Folge ist, dass radikalen bis extremistischen Gruppen faktisch die „Definitionshoheit“ bezüglich des Islam überlassen wird.



Dass man bei den Überlegungen zur Ausgestaltung von Bildungsangeboten für muslimische Jugendliche auch an einen „eigenen Weg“ denkt, wird aus einem in der „IGMG Perspektive“¹⁴⁶ veröffentlichten Artikel deutlich, in dem zum Thema Bildung angeregt wird, die Ziele der staatlichen Schulen in den europäischen Ländern im Hinblick auf die Ausformung von Persönlichkeit und Identität unter Berücksichtigung des Standpunkts der islamischen Werte zu hinterfragen. Es sei zu prüfen, inwieweit private Erziehungsinstitutionen, die sich auf andere Erziehungssysteme und -theorien stützen, geeignet seien, vorhandene Lücken zu schließen. Die Notwendigkeit der Einrichtung privater Erziehungsinstitutionen¹⁴⁷, in denen Menschen als Vorreiter und

künftige Gestalter der muslimischen Gemeinschaft herangebildet werden sollen, trete immer stärker hervor. In diesem Sinn sei jegliche, den eigenen Zielen dienliche Methode durch eine wissenschaftliche Analyse zu überprüfen.

Die als Pädagogen bei den Seminaren der IGMG auftretenden Personen lassen die Inhalte der Angebote durchscheinen. Der Autor der ERBAKAN-Biografie „Savunan Adam“¹⁴⁸ hielt bei einer Gruppe von jungen Mädchen in einer baden-württembergischen Jugendherberge ein Seminar zum Thema „Die Identität eines jungen Mädchens“. Mine Alpay GÜN, Autorin der tür-

¹⁴⁶ Ausgabe Nr. 126 vom Juni 2005, S. 26f.

¹⁴⁷ Derartige, von verschiedenen Trägern betriebene Institutionen sind in Baden-Württemberg wie auch in anderen Bundesländern zum Teil bereits verwirklicht.

¹⁴⁸ Istanbul, o.J.

ban¹⁴⁹-Bewegung, hielt im Mai und Juli 2005 jeweils ein Seminar für Frauen in den Bezirken Schwaben und Ruhr-Nord, letzteres zu den Themen „Die Frau bei den Osmanen“ und „Unser kulturelles Erbe“.

Auch im Jahr 2005 hielt die IGMG einen „Familientag“ in der Zentrale in Kerpen ab, zu dem am 14. und 15. Mai etwa 25.000 Teilnehmer aus zahlreichen Ländern Europas anreisten. Zu einer Podiumsdiskussion „Europa und Islam“ im Rahmen dieses „Familientags“ waren Prof. Dr. Arif ERSOY¹⁵⁰, einer der Väter der „Milli Görüş“-Ideologie, Weggefährte ERBAKANs und Kolumnist der „Milli Gazete“ in einer Person, und Prof. Dr. Numan KURTULMUS¹⁵¹ - beide in der Vergangenheit bereits häufig bei der IGMG als Redner zu Gast - sowie Ali KIZILKAYA, der Vorsitzende des „Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland“ und langjähriger früherer IGMG-Funktionär, anwesend.

Als Gast bei der IGMG **Karlsruhe** und Redner anlässlich eines Fastenbrechens im Ramadan 2005 trat der SP-Politiker Temel KARAMOLLAOGLU auf, der 1993 zur Zeit des Brandanschlags von Islamisten auf Teilnehmer eines alevitischen Kulturfestivals in Sivas Oberbürgermeister dieser Stadt war und in einer Rede vor der „Refah Partisi“ (RP, „Wohlfahrtspartei“) wenige Tage nach dem Anschlag seine Genugtuung bezüglich der Vorfälle zum Ausdruck gebracht hatte. Ebenfalls aus **Karlsruhe** stammt der Bericht¹⁵² über ein Konzert der Rap-Band „Ammar114“ bei der **Karlsruher** Islam-Woche 2005 (vom 29. September bis 5. Oktober). Dieser war auf der Homepage der **Karlsruher** „Ayasofya-Moschee“ eingestellt, die zur IGMG gehört. Bei dem Auftritt der Gruppe waren deutschsprachige Texte zu hören, in denen eine deutliche Distanz zur Demokratie als Staatsform erkennbar und diese mit der Ausübung von Gewalt gleichgesetzt wurde.

Mangelnde Klarheit in der Positionsbestimmung kommt im Verhältnis der IGMG zur von ihr als Sprachrohr genutzten „Milli Gazete“ zum Ausdruck.



¹⁴⁹ Bezeichnung des Kopftuchs in seiner Eigenschaft als politisches Zeichen.

¹⁵⁰ Geb. 1948; SP-Vorstandsmitglied; ehemaliger Bürgermeister von Corum; in seiner Eigenschaft als Ökonom Mitentwickler der „Adil Düzen“-Theorie (= alternatives Gesellschaftsmodell, bestehend aus „Gerechte Wirtschaftsordnung“ sowie einem Pluralismus von Rechtssystemen).

¹⁵¹ SP-Vorstandsmitglied; Verfechter einer „Gerechten Weltordnung“ („Adil Dünya Düzeni“, „Milli Gazete“ vom 9. und 15. Februar 2005); in der türkischen Presse als „Kronprinz ERBAKANs“ gehandelt (Online-Ausgabe der Milliyet vom 26. Mai 2005).

¹⁵² Internetauswertung vom 14. Oktober 2005.

prägender
Einfluss von
SP-Politikern

Vertreter der IGMG negieren organisatorische und personelle Verbindungen zur Zeitung und distanzieren sich - bezogen auf die Europa-Ausgabe - formal von deren Inhalten. Allerdings berichtet die Zeitung aus der und über die IGMG in einem Umfang, wie er weder in der Zeitschrift „IGMG Perspektive“ noch auf der Homepage der Organisation selbst erreicht wird.



„Milli Gazete“-Kolumnisten treten bei Veranstaltungen der IGMG auf und werben dort für die Publikation, die zahllose Veranstaltungshinweise und ausschließlich auf IGMG-Mitglieder bezogene Familienanzeigen veröffentlicht. Regelmäßig gibt die IGMG die Termine der Ferienkurse ihrer lokalen Moscheen über die „Milli Gazete“ bekannt. Die 5. Auflage eines Lehrbuchs der IGMG, „Temel Bilgiler 2“, erschien 1999 als „Geschenk der Milli Gazete“¹⁵³, auf der Titelseite mit roter Schleife wie eine Geschenkausgabe gestaltet. Bereits im Lehrbuch der Elementarstufe („Temel Bilgiler 1“)¹⁵⁴ werden die Schüler beiläufig auf die „richtige Lektüre“, die „Milli Gazete“, hingewiesen.

In der Zusammensetzung der „Milli Gazete“-Redaktion gab es im Jahr 2005 Veränderungen, die das Layout und den Internetauftritt betreffen. Die Zahl der Kolumnisten stieg stark an. Sowohl in Europa als auch in der Türkei führte die Zeitung mehrere Kampagnen zur Steigerung ihrer Auflage durch, mehrfach auch in der Region **Stuttgart**. Hier warb der frühere IGMG-Generalsvorsitzende Dr. Yusuf ISIK¹⁵⁵ für die Zeitung, die den Menschen „ihre nationale und ideelle Kultur“ vermittele. „Milli Gazete“ zu lesen sei „ein Muss“; die im Ausland lebenden Landsleute könnten „ihre eigene Kultur am besten durch Milli Gazete erfahren.“¹⁵⁶ Auch bei den von der IGMG veranstalteten Koran-Festveranstaltungen wurde für die Zeitung geworben beziehungsweise wurde diese im Publikum verteilt.¹⁵⁷ Anlässlich des Ramadan war der frühere Redaktionsleiter und derzeit in anderer leitender Funktion bei „Milli Gazete“ tätige Ekrem KIZILTAS zu Gast in Moscheen der IGMG.¹⁵⁸

Ungeachtet ihrer äußerlichen Veränderung blieb die „Milli Gazete“ inhaltlich der bekannten Linie treu. Das Projekt der „Gerechten Ordnung“ („Adil

Düzen“) als Gegenpol zum „kapitalistischen System, das die Menschheit im Würgegriff hält“¹⁵⁹, wurde nach wie vor propagiert.

Bestimmte Inhalte, deren abträglicher Wirkung sich die IGMG bewusst ist, werden in der Europa-Ausgabe der Zeitung vermieden. In der Türkei-Ausgabe hingegen werden nach wie vor antisemitische Positionen offen propagiert. Auch ist hier weiterhin der für revisionistische, anti-darwinistische, gegen Aufklärung und Säkularismus gerichtete Positionen bekannte Adnan OKTAR alias Harun YAHYA als Autor vertreten¹⁶⁰, dessen Print- und visuelle Medien beworben werden.¹⁶¹ Die Ideen YAHYAs wurden in Vorträgen wie bei der von einigen Studentinnen organisierten „Islamwoche“ an der Universität **Heidelberg** im November 2005¹⁶² propagiert.

Die „Milli Gazete“ ist das Forum, das unter den „Milli Görüs“-Anhängern ein gemeinsames politisches Bewusstsein erzeugt. Dass dieses Bewusstsein die Voraussetzung zur Erlangung politischer Macht schaffen soll, wurde im „Brief von Milli Gazete“ in der Ausgabe vom 7. November 2005 dargelegt:

„Als Milli Gazete ist es unsere Pflicht, die Stimme derjenigen Menschen zu sein, die dieses politische Bewusstsein schaffen wollen, diese Pflicht so gut wie möglich zu verbreiten und unsere Veröffentlichungen dazu zu nutzen, dass ihr politischer Wille zur Herrschaft gelangt.“

Für die Anhänger der IGMG hat die „Milli Gazete“ sogar eine richtungweisende Funktion. So bezeichnete der Vorsitzende der **Heidenheimer** Moschee anlässlich einer Spendenübergabe an den Regionalvorsitzenden die „Milli Gazete“ als „die Zeitung, welche stets die Wahrheit aufzeigt und die Richtung vorgibt.“¹⁶³ Die Verlautbarungen der Zeitung können somit als repräsentativ für das Islam- und Politikverständnis der gesamten „Milli Görüs“ und damit auch der IGMG angesehen werden. Bei einer Veranstaltung der Bildungskommissionen der IGMG-Region **Freiburg** wies der anwesende Vertreter der „Milli Gazete“ auf deren Bedeutung hin und sagte, „Milli Gazete“ müsse „in jedes Haus kommen“.¹⁶⁴ Diese Position wird auch in den Kolumnen der Zeitung deutlich, wie in der Ausgabe vom 20. Juli

Leitbildfunktion
der
„Milli Gazete“

¹⁵³ So die Formulierung auf der Umschlagseite von „Temel Bilgiler 2“, Köln 1999.

¹⁵⁴ S. 92f.

¹⁵⁵ 1999 - 2001 Generalsekretär der IGMG sowie früherer Geschäftsführer der „Milli Gazete“.

¹⁵⁶ „Milli Gazete“ vom 25. Oktober 2005.

¹⁵⁷ „Milli Gazete“ vom 28. Oktober 2005.

¹⁵⁸ „Milli Gazete“ vom 29. Oktober 2005.

¹⁵⁹ So beschrieben vom Pressekoordinator der „Milli Gazete“ in der Ausgabe vom 7. November 2005.

¹⁶⁰ Exemplarisch können hier die Türkei-Ausgaben der „Milli Gazete“ vom 7. und 9. August 2005 angeführt werden.

¹⁶¹ Zum Beispiel in der Türkei-Ausgabe der „Milli Gazete“ vom 19. August 2005.

¹⁶² Hinweis zu diesem Vortrag „Quran und Wissenschaft“ auf der Homepage YAHYAs (Auswertung vom 7. November 2005).

¹⁶³ „Milli Gazete“ vom 29. Januar 2005.

¹⁶⁴ „Milli Gazete“ vom 25. Februar 2005.

2005, wo die Kolumnistin über eine Abendveranstaltung der Zeitung in Istanbul berichtet:

„Durch die Reden der Vertreter der Zeitung fühlte ich mich wie durch neues Blut gestärkt. Ich glaube, wir müssen immer wieder unsere Batterie neu aufladen. Unser Generaldirektor [der Zeitung], Yilmaz BAYAT, sagte an jenem Abend: ‚Wenn ihr wollt, dass unser Hodja Erbakan in jedes Haus kommt, müsst ihr Milli Gazete lesen.‘ Diese Zeitung reflektiert mit allem, mit jeder Nachricht, die [Position der] Milli Görüs.“

In zahlreichen Artikeln wird die „Exklusivität“ der Zugehörigkeit zur „Milli Görüs“-Bewegung beschrieben. An einer Stelle wurde dies wie folgt präzisiert:

„Ich bin mir bewusst, dass es eine ganz besondere Auszeichnung ist, für Milli Gazete zu schreiben oder deren Leser zu sein, besser gesagt: ein Mitglied dieser Gemeinschaft zu sein. (...) Es wird in die Geschichtsbücher eingehen, was für eine hehre Tätigkeit es ist, beim Wiederbeleben einer Zivilisation dabei zu sein, die die Ehre der Menschheit erretten wird. Die Geschichte wird den kommenden Generationen die Milli Görüs-Gemeinschaft als Baumeister dieser hehren Tätigkeit bekannt machen. (...) Denn Milli Görüs ist die Adresse des Widerstands gegen den Imperialismus. (...) Milli Görüs ist das Herz der Errichtung und Bekanntmachung der Zivilisation der Barmherzigkeit gegen den grausamen Kapitalismus (...).“¹⁶⁵

Die Leserschaft beschreibt in eigenen Beiträgen den Ruhm der „Milli Görüs“. In einem von einem Leser eingesandten, am 1. April 2005 in der „Milli Gazete“ veröffentlichten Gedicht ist zu lesen, „Milli Görüs“ bedeute, „Recht und Wahrheit [zu] erkennen, für die Wahrheit das Leben hin[zu]geben, Freund und Feind genau [zu] kennen, den Führer [zu] kennen und dem Befehl [zu] gehorchen, sich auf[zu]opfern auf dem Weg des

¹⁶⁵ Ömer Vehbi HATIPOGLI in der „Milli Gazete“ vom 25. Juni 2005.

Propheten, den Weg des einen Glaubens [zu] beschreiten und eine Mauer gegen das Verbotene [zu] errichten“.

Kinder sind Adressaten „pädagogischer Ratschläge“ der „Milli Gazete“. In der Ausgabe vom 22. August 2005 erteilte ein in IGMG-Moscheen in Baden-Württemberg 2005 als Pädagoge aufgetretene Kolumnist „*ein hundred Ratschläge an Kinder*“, wovon einige folgendermaßen lauten:

*„Setzt die Befehle Gottes Wort für Wort um! (...) Macht die gute Moral unseres einzigen Führers, unseres geliebten Propheten, zum Maßstab für euch selbst!
Liebt diejenigen, denen die Liebe unseres Gottes und unseres Propheten gelten, ebenfalls sehr! Hasst diejenigen, denen auch ihr Hass gilt! (...) Stellt unsere Religion, den Islam, über alles andere!
Haltet eure Wut bezüglich eures Glaubens und eurer Mission gut unter Kontrolle! (...) Haltet euch ganz fest an die Religion des Islam! Denn der Islam ist das Symbol und das Zeichen der Ehrenhaftigkeit und der vornehmen Abstammung.“¹⁶⁶*

Derselbe Kolumnist berichtete im Februar 2005 über seinen Besuch bei einer von der IGMG-Region Schwaben organisierten Veranstaltung in **Ulm**. Der Autor äußerte seine Empfindungen anlässlich der Koranrezitation von Jugendlichen:

„Ich sah, wie ausgewählte Jugendliche hier im fremden Land, im Westen (...) wetteiferten. Dies hier ist kein islamisches Land, sondern Europas Mitte, und hier ergossen sich aus dem Mund der in Europa geborenen und aufgewachsenen jungen Generation wie Kristalle die Worte des Koran, des Buchs der Liebe und der Hingabe.“¹⁶⁷

Das von „Milli Gazete“ vertretene Verständnis des Islam kennt keine Kompromisse. Einem anderen Kolumnisten gewährt die Zeitung seit Jahren ein Forum für dessen verbale Angriffe gegen jegliche Versuche der Reform oder

¹⁶⁶ Kolumne von Fahri GÜVEN in der „Milli Gazete“ vom 22. August 2005.

¹⁶⁷ Kolumne von Fahri GÜVEN in der „Milli Gazete“ vom 2. Februar 2005.

Neuerung. Seine Auffassung des Islam schließt die vollständige Akzeptanz der Scharia mit ein. In einem Artikel zu den notwendigen Eigenschaften muslimischer Hodjas (= Lehrer, Wegweiser) schrieb er, der Betreffende müsse „die Gebete verrichten, die Gebote und Verbote der Scharia befolgen und in den weltlichen Handlungen sich im Rahmen der Scharia bewegen“; er müsse sich „von Reformen, Veränderungen und Erneuerungsgedanken bezüglich des Islam fernhalten und im Glauben (itikaf), Recht (fikih) und den Scharia-Bestimmungen nicht das geringste Zugeständnis machen, sondern die Religion in ihrer Vollkommenheit bewahren; er müsse „für den Dienst an der Religion [bereit sein], [bereit sein] vor Gericht zu treten, im Gefängnis zu liegen und notfalls auszuwandern (hicret etmek)¹⁶⁸; er solle „Wegbereiter sein dafür, dass auch nur ein einziger Mensch zur rechten Leitung finde“, denn dies sei „verdientvoller als alle Schätze der Welt zu besitzen, über denen die Sonne auf- und untergeht“, und er müsse „für die Rechtleitung der Menschheit, insbesondere der Jugendlichen, tätig sein“¹⁶⁹.

Die „Milli Gazete“ tritt nicht nur für das Kopftuch, sondern auch für die gänzliche Verhüllung (tesettür) der Frau ein. Den Kampf auf diesem Weg, auch gegen geltende Gesetze, unterstützt sie nach Kräften. Eine Kolumnistin widmete in der Ausgabe vom 13. August 2005¹⁷⁰ einer bei einem Unfall ums Leben gekommenen jungen Frau, die - mit Mutter und Schwestern - als Vorkämpferin für das Kopftuch aktiv und dafür in der Türkei in Haft war, einen Nachruf:

„Diese Mädchen mit mariengleichen Gesichtern verbrachten ihre Tage mit Beten, Lesen und Gesprächsangeboten für die Mitgefangenen. Sie tauchten das Gefängnis geradezu in Licht und erinnerten die Menschen daran, dass man überall glücklich sein kann (...) [Die Frau] tritt in jungen Jahren vor ihren Schöpfer, nach dem sie sich schon lange sehnte. Gott der Erhabene hat sie aus dem Gefängnis des Diesseits und in sein strahlendes Paradies geholt (...) Möge die Fackel, die sie im Kampf um das Kopftuch entfacht hat, den nachfolgenden Generationen den Weg weisen.“

¹⁶⁸ Hier wird der Bezug zur „Hidjra“ des Propheten hergestellt, der wegen fehlender Unterstützung durch die Mekkaner im Jahr 622 nach Christi nach Medina emigrierte.

¹⁶⁹ Kolumne von Mehmet Serket EYGI in der „Milli Gazete“ vom 24. Februar 2005

¹⁷⁰ Kolumne von Mine Alpay GÜN in der „Milli Gazete“ vom 13. August 2005.

Beim französischen „Milli Görüs“-Regionalverband Straßburg hielt Merve KAVAKCI¹⁷¹ im Oktober 2005 ein Seminar zu ihren persönlichen Erfahrungen als „Kopftuchgeschädigte“¹⁷². Dem Thema „Freiheit für das Kopftuch“ widmete die „IGMG Perspektive“ eine eigene Ausgabe¹⁷³, in welcher IGMG-Generalsekretär ÜCÜNCÜ beklagte¹⁷⁴, zu „Sündenböcken“ und „Verfassungsfeinden“ stilisierte, Kopftuch tragende Musliminnen sähen sich einem „enormen Rechtfertigungsdruck“ ausgesetzt. Über die Köpfe der Muslime hinweg ausgearbeitete Lösungen würden die „gesellschaftlichen Gräben vertiefen“. Durch Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg wurde das in der Türkei geltende Kopftuchverbot Anfang November 2005 für verfassungskonform erklärt. Seitens der IGMG sowie in zahlreichen „Milli Gazete“-Kolumnen und Stellungnahmen von SP-Politikern wurde das Urteil scharf kritisiert.¹⁷⁵ Der allgemeine Tenor lautete, das Kopftuchproblem sei ausschließlich nach dem islamischen Recht zu regeln; vor allem sei eine nichtmuslimische Instanz weder befugt noch berechtigt, über die „Grundrechte des Islam“ zu befinden.

Belege für eine doppelzüngige Haltung finden sich nicht nur in den Verlautbarungen der IGMG, sondern auch bei der „Milli Gazete“. Seit Mitte 2005 druckt die Zeitung im Impressum ihre „Grundprinzipien“ ab, die kritischem Hinterfragen nicht standhalten. Unter anderem nimmt „Milli Gazete(-Europa) Sensibilität bezüglich Demokratie, Menschenrechten und Freiheiten, Eintreten für die Freiheit des Einzelnen und die Hoheit des Rechts“ sowie „Achtung vor den Verfassungen und Gesetzen der europäischen Staaten“ für sich in Anspruch. Die Zeitung „lehnt sämtliche Zustände, Äußerungen und Positionen ab, die nicht mit diesen Grundsätzen vereinbar sind, verurteilt und verdammt diese“. Durch Abdruck von Aussagen wie derjenigen vom 5. Juli 2005¹⁷⁶, die Politik könne „in der Scharia eine gerechte Basis“ finden, werde jedoch „verabsolutiert“ und zur „Quelle von Tyrannie“, sofern sie ihre „Unabhängigkeit von der Scharia“ erkläre, konterkariert die Zeitung ihre eigenen Prinzipien.

¹⁷¹ In den USA lebende einstige Abgeordnete der „Refah Partisi“ (RP, „Wohlfahrtspartei“), die 1999 aufgrund ihres Kopftuchs im türkischen Parlament als Abgeordnete nicht vereidigt wurde.

¹⁷² „Milli Gazete“ vom 26. Oktober 2005.

¹⁷³ Nr. 125 vom Mai 2005.

¹⁷⁴ Ebd., S. 34.

¹⁷⁵ „Milli Gazete“ vom 11. und 14. November 2005. In einer besonders scharf formulierten Kolumne vom 15. November 2005 wurden die Verfechter des Kopftuchverbots, die Kemalisten, als - „Trunkenbolde“ diffamiert.

¹⁷⁶ Kolumne von Ahmet BALKI.



Wenn ein „Milli Gazete“-Kolumnist¹⁷⁷ der Pilgerfahrt nach Mekka die Rolle eines „*Ordentlichen Nationalen Kongresses des Islam*“, eines „*Gemeinsamen Islamischen Marktes*“, eines „*Islamischen Verteidigungspaktes*“ zuweist und damit einem rein religiösen Akt eine politische Dimension zuspricht, wird ein weiteres Mal die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich. „Milli Gazete“ löst diesen Widerspruch in einem weiteren „Grundprinzip“ auf: sie distanziert sich von den Meinungen ihrer Kolumnisten. Die in ähnlicher Manier auch von der IGMG angewandten Methoden der verbalen Distanzierung, der Verschleierung von Verbindungen und der taktischen Argumentation verhindern bis heute eine transparente Einsicht in ihre Tätigkeit und somit auch in ihre künftige Orientierung.

2.6.2 Der „Kalifatsstaat“ („Hilafet Devleti“), früher „Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ (ICCB)

Gründung: 1984 (ICCB), 1994 Umbenennung in „Kalifatsstaat“
 Sitz: Köln
 Mitglieder: ca. 300 Baden-Württemberg (2004: ca. 300)
 ca. 750 Bund (2004: ca. 750)
 Verbot: Die Zentrale in Köln und 19 örtliche Vereine¹⁷⁸ als Teilorganisationen wurden am 12. Dezember 2001 durch den Bundesminister des Innern verboten. Am 19. September 2002 wurde das Verbot auf 16 weitere Teilorganisationen¹⁷⁹ ausgedehnt. Es wurde durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. November 2002 bestätigt.¹⁸⁰

Ziele

Die Ziele des „Kalifatsstaats“, zunächst bezogen auf die Türkische Republik, werden bereits aus der Benennung der Organisation deutlich: Abschaffung der Staatsform der Republik, Wiedereinführung des Kalifats und Begründung einer auf der Scharia basierenden islamischen Herrschaft. Als Vorbild dient das politische Modell der Islamischen Republik Iran. Die vorbereitenden Aktivitäten zur Erreichung dieses Ziels sollten bis zur „Befreiung“ Istanbuls von der „vorübergehenden Hauptstadt“ Köln ausgehen, in der bis heute die Zentrale der Organisation angesiedelt ist.

¹⁷⁷ Kolumne von Mevlüt ÖZCAN.

¹⁷⁸ In Baden-Württemberg betraf das Verbot die Vereine in **Blumberg** und **Winnenden**.

¹⁷⁹ Hier waren in Baden-Württemberg die Vereine in **Bruchsal**, **Esslingen**, **Heidenheim**, **Schorndorf** und **Tübingen** betroffen.

¹⁸⁰ Die Verfassungsbeschwerde des „Kalifatsstaats“ gegen das Verbot wurde vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) nicht zur Entscheidung angenommen (Beschluss des BVerfG 1 BvR 536/03 vom 2. Oktober 2003).

Nach dem Tode des Gründers des „Kalifatsstaats“, Cemalettin KAPLAN im Jahr 1995, trat sein Sohn Metin nach erfolgter Liquidation eines Konkurrenten um das Amt des Kalifen zwar die Nachfolge an, wurde jedoch am 15. November 2000 vom Oberlandesgericht Düsseldorf aufgrund des öffentlichen Aufrufs zu Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt und befand sich bis Ende Mai 2003 in Haft. Im Oktober 2004 erfolgte KAPLANs Abschiebung in die Türkei, am 20. Juni 2005 wurde er in Istanbul zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass KAPLAN 1998 einen Anschlag auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara geplant hatte, bei dem durch vorsätzlich herbeigeführten Absturz eines mit Sprengstoff beladenen Kleinflugzeugs über dem Mausoleum die dort versammelte Staatsspitze hätte ausgelöscht werden sollen. In einem anderen Anklagepunkt, der KAPLAN der Außerkräftsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung beschuldigte, wurde er des Hochverrats für schuldig befunden.



Metin KAPLAN

Die Bedeutung des „Kalifatsstaats“ ist nach dem Verbot kontinuierlich geschwunden. Nachdem die Organisation in den vergangenen Jahren nacheinander mit verschiedenen Publikationen¹⁸¹ auf den Plan getreten war, konnten im Jahr 2005 keine regelmäßig erscheinenden Publikationen mehr festgestellt werden. Im Nachgang zu den bundesweiten polizeilichen Durchsuchungen innerhalb der Klientel des „Kalifatsstaats“ wegen des fortwährenden Bezugs von organisationseigenen Publikationen auch nach dem Verbot¹⁸² wurden jedoch 2005 in Baden-Württemberg rund 30 Ermittlungsverfahren durchgeführt. Sie wurden mit der Verhängung von Geldstrafen, in Einzelfällen von zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafen abgeschlossen.

Aufgrund des Verbots und der seitens der Behörden durchgeführten Exekutivmaßnahmen sind die Anhänger weitgehend verunsichert. Es ist fraglich, ob und wie sich die Klientel neu organisieren oder orientieren wird.

weitere Ermittlungsverfahren

¹⁸¹ Im Einzelnen handelte es sich um „Ümmet-i Muhammed“, „Beklenen Asr-i Saadet“ und „Barika-i Hakikat“ sowie das deutschsprachige Magazin „Der Islam als Alternative“; außerdem betrieb der „Kalifatsstaat“ eine Zeitlang den Sender „Hakk-TV“.

¹⁸² Diese Maßnahme war am 11. Dezember 2003 umgesetzt worden, wobei in Baden-Württemberg 323 Objekte betroffen waren.

2.7 Iranische islamistische Gruppen

2.7.1 „Volksmodjahedin“

Die „Volksmodjahedin“ unter der Bezeichnung **„Modjahedin-e Khalq Organisation“ (MEK oder MKO)** und **People's Mojahidin of Iran (PMOI)** gelten auch im aktualisierten Beschluss des Rats der Europäischen Union (EU) vom 17. Oktober 2005 als terroristische Organisation. Ihr militanter Flügel **„National Liberation Army of Iran“ (NLA)** sowie die **„Muslim Iranian Student's Society“** werden ebenfalls als terroristische Gruppierungen genannt. Der **„Nationale Widerstandsrat von Iran“ (NWRI)** beziehungsweise der **„National Council of Resistance of Iran“ (NCRI)** werden von der Auflistung als Terrororganisation ausgenommen.

Der international tätige NWRI wurde als scheinbar parteiübergreifende demokratische Sammlungsbewegung 1981 in Paris gegründet und versteht sich selbst als die wichtigste Oppositionsgruppe gegen das iranische Regime. Dominiert wird der Widerstandsrat allerdings von Anhängern und Mitgliedern der „Volksmodjahedin“.

In europaweiten Veranstaltungen richteten sich die Aktivitäten des NWRI im Jahr 2005 gegen das iranische „Mullah-Regime“, sein geheimes Atomwaffenprogramm und die Menschenrechtsverletzungen in Iran. Am 18. Juni protestierten in Paris etwa 10.000 Anhänger gegen die iranischen Präsidentschaftswahlen, die am gleichen Tag stattfanden, und forderten die dortige Bevölkerung zum Wahlboykott auf. Die Forderung des NWRI, die „Volksmodjahedin“ von der „EU-Terrorliste“ zu streichen, steht bei allen öffentlichen Aktivitäten im Vordergrund. Der „Widerstandsrat“ hat in diesem Punkt aufgrund seiner gezielten Lobbyarbeit teilweise bereits sogar die Unterstützung bei einigen europäischen Politikern und Parlamentariern gefunden.



Demonstration am 18. Juni 2005 in Paris

Mit nicht unerheblichem Aufwand gelang es dem NWRI auch im Jahr 2005 eine große Anzahl von Anhängern und Sympathisanten für seine Protestaktionen zu mobilisieren. So wurden neben der bereits genannten Demonstration in Paris weitere, zum Teil größere

Protestkundgebungen am 10. Februar in Berlin, am 9. August, 19. September und 24. November in Wien, u.a. vor der Internationalen Atomenergiebehörde, und am 7. November in Brüssel durchgeführt.

Am 17. Juni 2003 wurde die Pariser Zentrale der PMOI durchsucht und deren Leiterin Maryam RADJAVI vorläufig inhaftiert. Grund dieser Durchsuchung war der Verdacht, dass die Mitglieder der „Volksmodjahedin“ Anschläge auf iranische Botschaften in Europa planten. Bei Protestkundgebungen gegen die Durchsuchung und Inhaftierung gingen einige Anhängerinnen und Mitglieder der Organisation so weit, dass sie sich öffentlich selbst verbrannten. Seit diesen Vorfällen im Sommer 2003 wird der Opfer dieser Selbstverbrennungen am Jahrestag gedacht. Diese Erinnerungsveranstaltung fand auch im Jahr 2005 statt.



Maryam RADJAVI

Obschon sich die Organisation nach außen als demokratisch darstellt, gelten die Strukturen unter der Führerin Maryam RADJAVI als undemokratisch und totalitär. Kritiker der Organisation sehen in ihr eine Politsekte, die die Anhänger in einem Hörigkeitsverhältnis halte. So verlangte man von den Anhängern ständige Verfügbarkeit und unbedingten Gehorsam. Die höheren Positionen, so genannte Kaderpositionen, werden innerhalb der Organisation beinahe ausschließlich von Frauen eingenommen. In der Propaganda wird dies als Gegenmodell zum männerdominierten „Mullah-Regime“ in Iran dargestellt. Der autoritäre Führungsstil und der Personenkult um die Führerin gleichen denjenigen in totalitären Regimen, wo die Anhänger durch Gruppenzwang in starke Abhängigkeiten gedrängt werden. Ehemalige Anhänger der „Volksmodjahedin“ berichteten von Folterungen durch einen internen Geheimdienst. Dies wurde durch einen am 19. Mai 2005 veröffentlichten Bericht der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ untermauert, der von Folterungen und Missständen in den Militärlagern der NLA im Irak berichtete. Der Bericht stützt sich auf die Aussagen ehemaliger Angehöriger der NLA, denen die Flucht aus den Lagern gelungen war. Der NWRI wehrte sich vehement gegen diese Vorwürfe und bezichtigte das iranische Regime und den iranischen Geheimdienst einer bewussten Desinformationskampagne gegen den NWRI.

In Deutschland sind die „Volksmodjahedin“ durch den NWRI seit 1994 vertreten. In Baden-Württemberg konnte der NWRI 2005 wie im Vorjahr auf etwa 70 Aktivisten, unterstützt durch zahlreiche Sympathisanten, zurückgreifen.

*undemokratische
Kaderorganisation*

Die Geldbeschaffung und damit die Finanzierung der Aktivitäten zählen für den NWRI zu einem weiteren wichtigen öffentlichen Betätigungsfeld. Dies wird durch so genannte Sammelvereine - in Wahrheit Schein- oder Tarnorganisationen - wie zum Beispiel den „**Menschenrechtsverein für Exiliranerinnen e.V.**“ in Düsseldorf übernommen, die vorgeben, diese Spenden für humanitäre Zwecke zu verwenden. Wahrscheinlicher ist wohl, dass diese Gelder in die politische Arbeit der Organisation fließen. Es bleiben aber Zweifel darüber, ob diese Spenden überhaupt ausreichen, die vielfältigen Aktivitäten des NWRI zu finanzieren.



Zurzeit befinden sich noch mehr als 3.000 NLA-Angehörige in dem vom amerikanischen Militär kontrollierten Lager „Camp Ashraf“ im Irak. Einerseits werden diese Kämpfer als Angehörige einer Terrororganisation bezeichnet, andererseits wurden sie von den USA in Folge des Einmarsches in den Irak als „geschützte Personen“ nach der Genfer Konvention eingestuft. Was zukünftig mit diesen Angehörigen geschieht, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Der im Oktober 2005 angenommene irakische Verfassungsentwurf verweigert im Artikel 21 Angehörigen einer terroristischen Organisation das Bleiberecht im Irak. Bei einer Rückkehr in den Iran befürchtet der NWRI politische Verfolgung, Inhaftierung und Folterungen durch das iranische Regime, obwohl die iranische Regierung in Teheran Amnestie für all jene „Rückkehrer“ versprochen hat, die den Kampf gegen das Regime aufgeben. Im November 2005 sind zuletzt 13 ehemalige Kämpfer der NLA mit Unterstützung des Internationalen Roten Kreuzes aus dem Irak nach Teheran geflogen und dort ihren Angehörigen übergeben worden. Die iranischen staatlichen Stellen nutzten diese Rückkehrer für entsprechende Propaganda gegen die „Volksmodjahedin“.

Die künftige Rolle dieser iranischen Exilopposition bleibt sehr eng mit den Entwicklungen im Irak verknüpft. So ist nicht absehbar, welche Folgen die ultimative Aufforderung, die Militärlager zu verlassen, wie sie von irakischer Seite formuliert wurde, haben wird. Entscheidend wird auch sein, wie sich die iranische Regierung unter Ahmadinejad in der Auseinandersetzung um seine Atompläne und auf dem Feld der Menschenrechte verhalten wird. Der NWRI könnte sich bei einer weiterhin starren iranischen Haltung als ernst zu nehmende Opposition profilieren. Hinweise auf diese Entwicklung kann man in der sehr professionellen und aufwändigen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des NWRI erkennen.

3. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) beziehungsweise „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), jetzt: „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

- Gründung: 1978 (in der Türkei)
 Betätigungsverbot in Deutschland vom 22. November 1993 (bestandskräftig seit 26. März 1994); benannte sich im April 2002 in KADEK und im November 2003 in KONGRA-GEL um.
- Sitz: Grenzgebiet Türkei / Nord-Irak
 Vorsitzender: Zübeyir AYDAR
 Abdullah ÖCALAN ist als „kurdischer Volksführer“ anerkannt und hat entsprechenden Einfluss.
- Anhänger: ca. 700 Baden-Württemberg (2004: ca. 750)
 ca. 11.500 Bund (2004: ca. 11.500)
- Publikation: „Serxwebun“ (Unabhängigkeit)

Die von Abdullah ÖCALAN gegründete „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die zwischenzeitlich zweimal umbenannt wurde, ist die mitgliederstärkste extremistische Kurdenorganisation und sieht sich als einzig legitime Vertretung der vor allem aus der Türkei stammenden Kurden. Ihr ursprüngliches Ziel war die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“. Deshalb begann die straff hierarchisch organisierte Kaderpartei 1984 mit Hilfe ihres bewaffneten Arms „**Befreiungseinheiten Kurdistans (HRK)**“, der im Oktober 1986 in die „**Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)**“ umgewandelt wurde, einen Guerillakrieg gegen den türkischen Staat. In Deutschland versuchte die Organisation, durch politische und gewalttätige Aktionen den Kampf im Heimatland zu unterstützen. Deswegen wurde der PKK und ihrer im März 1985 gegründeten Propagandaorganisation „**Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)**“ sowie weiteren Nebenorganisationen im November 1993 die Betätigung im Bundesgebiet durch den Bundesminister des Innern untersagt. Dieses Verbot umfasst auch den „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) und den „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) als Nachfolgeorganisationen. Unter jeder dieser drei Bezeichnungen ist die Organisation auf Beschluss des Rats der



KONGRA-GEL-
Logo



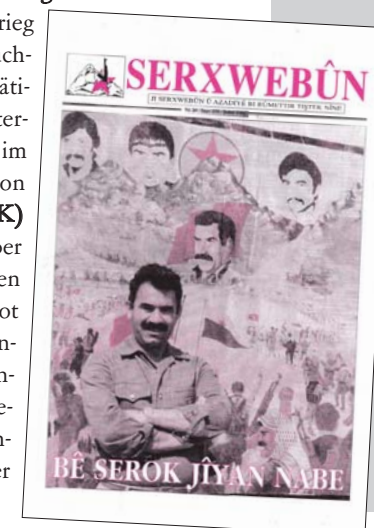
ARGK-Logo



ERNK-Logo



PKK/KADEK-
Logo



„Europäischen Union“ (EU) vom 2. April 2004¹⁸³ auch in der „EU-Terrorliste“ genannt. Gegen die dort aufgeführten Organisationen können restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus gerichtet werden. Außerdem entschied der Bundesgerichtshof (BGH) am 21. Oktober 2004¹⁸⁴, dass die Führungsebene der PKK in Deutschland nach wie vor eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) ist.

Nach der Verhaftung ÖCALANs am 15. Februar 1999 in Nairobi/Kenia und den anschließenden Gewaltphasen verkündete die PKK im September 1999 ihre so genannte Friedensstrategie, deren konkrete Ausgestaltung auf dem 7. Parteikongress im Januar 2000 beschlossen wurde. Vorgeblich auf politischem Weg und ohne Anwendung von Gewalt fordern sie und ihre Nachfolgeorganisationen seitdem die Anerkennung der kurdischen Identität sowie mehr Rechte und kulturelle Autonomie.

Um die politische Neuausrichtung nach außen zu dokumentieren und um sich von dem über viele Jahre hinweg geprägten Makel einer Terrororganisation zu befreien, führte die Organisation verschiedene Veränderungen durch. Insbesondere wurden sowohl die PKK selbst als auch mehrere Teilorganisationen umbenannt beziehungsweise formal aufgelöst und unter neuen Namen wieder gegründet. Der militärische Arm ARGK erhielt zum Beispiel die Bezeichnung „**Volksverteidigungskräfte**“ (HPG). Die ehemalige Propagandaorganisation ERNK wurde zuerst als „**Kurdische Demokratische Volksunion**“ (YDK) fortgeführt, im Juni 2004 jedoch aufgelöst und als „**Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa**“ (CDK) „reorganisiert“.

Trotz der propagierten „Friedenslinie“ stellt der KONGRA-GEL nach wie vor eine Gefahr für die Innere Sicherheit Deutschlands dar. An dem strikt hierarchischen Aufbau und an der autoritären Führung der Organisation haben sich bis jetzt weder substantiell noch personell nennenswerte Veränderungen ergeben. Innerhalb der Organisation herrscht statt freier Meinungsbildung immer noch das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Die Anwendung von Gewalt wird weiterhin als ein Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele angesehen. Nach wie vor ist es möglich, einen größeren Teil der Mitglieder und Anhänger in Baden-Württemberg auch für gewalttätige Aktionen zu mobilisieren, auch wenn deren Interesse daran zunehmend schwindet.

¹⁸³ Amtsblatt der Europäischen Union L 99 vom 3. April 2004, S. 28f.

¹⁸⁴ Urteil des BGH vom 21. Oktober 2004, 3 StR 94/04.

□ Konzeptionelle Änderungen ohne praktische Auswirkungen

Auch das Jahr 2005 war von mehreren konzeptionellen Änderungen geprägt, die praktisch jedoch kaum Auswirkungen hatten. So erfolgte am 4. April 2005¹⁸⁵ die angekündigte Gründung der „neuen PKK“. Daneben proklamierte¹⁸⁶ Abdullah ÖCALAN am 20. März 2005 anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz das politische Konzept des „**Demokratischen Konföderalismus Kurdistans**“ (KKK)¹⁸⁷, als dessen Gründer und Vorsitzender er bezeichnet wird. Parallel erfolgte in den KONGRA-GEL-Gebieten in Europa die bereits im Jahr 2004 beschlossene Bildung von „Volksräten“.



Diese scheinbaren Neuerungen sind als Reaktion auf die seinerzeitigen Ereignisse zu sehen. Damals hatten der Weggang einer größeren Gruppe um Osman ÖCALAN¹⁸⁸ und die Gründung einer eigenen Organisation eine Krise beim KONGRA-GEL ausgelöst. Offensichtlich um die Reihen wieder zu schließen und der Verunsicherung der Anhänger und Funktionäre entgegenzuwirken, kündigte Abdullah ÖCALAN damals den Wiederaufbau der PKK an und ließ ein Vorbereitungskomitee einsetzen. Ergänzend wurde auf dem 5. YDK-Kongress im Sommer 2004 in Frankreich eine Umstrukturierung des KONGRA-GEL in Europa beschlossen, deren Schwerpunkt die Einbeziehung der Basis bei Entscheidungen über demokratisch gewählte und somit legitimierte „Volksräte“ war. Die Bildung der „Volksräte“ verlief in Baden-Württemberg schleppend. In der Praxis wurden diese Gremien nur sehr vereinzelt tätig. Somit kann der erneute Versuch, demokratische Elemente einzuführen, einmal mehr als gescheitert angesehen werden.

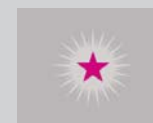
Verwirrung herrschte nach der Deklaration des KKK. Sinn und Zweck waren für die Anhängerschaft in Baden-Württemberg nicht erkennbar, zumal die Grundzüge weitgehend denen des KONGRA-GEL entsprachen. Auf der vom 4. bis 21. Mai 2005 abgehaltenen 3. Generalversammlung des KONGRA-GEL diskutierten, akzeptierten und verabschiedeten die 236 anwesenden Delegierten die Prinzipien des „demokratischen Konföderation“.

¹⁸⁵ Geburtstag Abdullah ÖCALANs.

¹⁸⁶ Die Erklärung wurde auf der Internetseite des KONGRA-GEL in deutscher Sprache veröffentlicht; Internetauswertung vom 31. März 2005.

¹⁸⁷ Kurdisch: „Koma Komalen Kurdistan“. Von der Organisation selbst als „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ übersetzt.

¹⁸⁸ Bruder Abdullah ÖCALANs und bis dahin ein hochrangiger Funktionär des KONGRA-GEL und seiner Vorgängerorganisationen.



KKK-Logo

*immer noch
ohne demokratische
Elemente*

lismus“ zur „demokratischen Lösung der kurdischen Frage“ und zur „gewaltfreien Lösung gesellschaftlicher Probleme“ in den von den Kurden besiedelten Gebieten in der Türkei, im Irak, in Iran und in Syrien.¹⁸⁹ Der KONGRA-GEL definierte sich innerhalb dieses Modells selbst als „höchster demokratischer Volkswille“ und als „gesetzgebende Versammlung“. Die „neue PKK“ wurde zur „ideologischen Kraft“ erklärt. Für den „demokratischen Konföderalismus“ führte man ein neues, dem früheren Emblem der PKK ähnliches Symbol (roter Stern in gelber Sonne vor grünem Hintergrund) ein, das als Fahne in der Folgezeit bei Veranstaltungen gezeigt wurde.

neues Logo



Die Bildung einer weiteren Einheit neben dem KONGRA-GEL unter der Bezeichnung PKK sollte die Identifizierung der Anhänger mit der Organisation erleichtern, ihre Motivation für Aktionen erhöhen und der kurdischen Bewegung insgesamt neuen Schwung verleihen. Die Gründung der „neuen PKK“, die derzeit offensichtlich schwerpunktmäßig auf die ideologischen Grundlagen und deren Verbreitung und Durchsetzung ausgerichtet ist, wurde in Baden-Württemberg jedoch weitgehend gleichgültig zur Kenntnis genommen.

deren Verbreitung und Durchsetzung ausgerichtet ist, wurde in Baden-Württemberg jedoch weitgehend gleichgültig zur Kenntnis genommen.

□ Fortsetzung der bewaffneten Auseinandersetzungen in der Türkei

Die bereits seit Frühjahr 2004 von den türkischen Sicherheitsbehörden im Rahmen der Terrorismusbekämpfung durchgeführten militärischen Operationen gegen die HPG wurden Pressemeldungen zufolge 2005 intensiviert. Die Guerilla-Organisation reagierte mit der Aufhebung des seit Herbst 1999 andauernden Waffenstillstands zum 1. Juni 2004 und führte seitdem ihrerseits zunehmend härtere Vergeltungsschläge schwerpunktmäßig auf militärische Ziele im Südosten der Türkei durch. Tote und Verletzte wurden auf beiden Seiten gemeldet. Im Lauf des Jahres 2005 appellierte die Organisation mit sich stetig verschärfender Wortwahl regelmäßig an die türkische Regierung, die „Verleumdungs- und Vernichtungspolitik“¹⁹⁰ einzustellen, ansonsten würden die Kampfhandlungen nach Art



¹⁸⁹ Hier und im Folgenden: Bericht in der Zeitung „Özgür Politika“ vom 2. Juni 2005, Arbeitsübersetzung des Bundesamts für Verfassungsschutz.

¹⁹⁰ Begriff unter anderem erwähnt in einem Bericht der „Özgür Politika“ vom 9. August 2005, Arbeitsübersetzung des Bundesamts für Verfassungsschutz.

und räumlicher Ausdehnung eskalieren. Aus Sicht des KONGRA-GEL sind auch die Haftbedingungen Abdullah ÖCALANs auf der Gefängnisinsel Imrali Bestandteil dieser Politik. In ihren Erklärungen riefen die Funktionäre die kurdischen Jugendlichen eindringlich dazu auf, sich der Guerilla in den Bergen anzuschließen.

Dennoch betonte der KONGRA-GEL stets, dass er an einer politischen und friedlichen Lösung festhalte und einen Dialog mit der türkischen Regierung wünsche. Die Aussage des türkischen Ministerpräsidenten Anfang August 2005, es gebe ein Kurdenproblem in der Türkei, wertete die Organisation als ersten lang ersehnten Schritt und bedeutendes Signal im Hinblick auf ihre Forderungen. Sie reagierte darauf mit einem auf einen Monat befristeten Waffenstillstand ab dem 20. August 2005, der bis zum 3. Oktober 2005 (Beginn der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei) verlängert wurde. Während dieser „Phase der Aktionslosigkeit“¹⁹¹ sollten die „bewaffneten Kräfte vom Zustand der aktiven Verteidigung in den der passiven Verteidigung“¹⁹² wechseln, um „den Weg für eine friedliche und demokratische Lösung zu eröffnen.“

□ Finanzierung

Der KONGRA-GEL benötigt für seine Propagandatätigkeit, den Parteiapparat sowie für die Versorgung seiner Guerillakämpfer und deren Ausstattung mit Waffen und Munition hohe Geldbeträge. Die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Publikationen und über Gewinne aus Großveranstaltungen. Zusätzlich sollen die angesprochenen Landsleute bei der alljährlichen Spendenkampagne einen größeren Betrag bis hin zu 1.000 Euro abliefern. Diese Einnahmen sind seit Verkündung des „Friedenskurses“ stark rückläufig, weil sich zahlreiche Kurden nicht mehr mit der Organisation identifizieren können und sich darum zurückgezogen haben. Deshalb weigerten sich viele, den geforderten Beitrag ganz oder teilweise zu zahlen.



„Spendenquittung“

□ Veranstaltungen

Wie in den Vorjahren wurden auch 2005 Veranstaltungen und sonstige demonstrative Aktionen zu organisationsbezogenen Anlässen durchgeführt. Die Zahl der Teilnehmer war dabei weiterhin rückläufig. Der Grund für das

¹⁹¹ Bericht in der „Özgür Politika“ vom 20. August 2005, Arbeitsübersetzung des Bundesamts für Verfassungsschutz.

¹⁹² Hier und im Folgenden: Erklärung vom 19. August 2005, die auf der Internetseite des KONGRA-GEL in deutscher Sprache veröffentlicht wurde; Internetauswertung vom 23. August 2005.

ÖCALAN als „kurdischer Volksführer“

mangelnde Engagement lag vor allem am erfolglosen „Friedenskurs“. Für die Anhänger ist der Sinn dieser Strategie und der damit verbundenen ständigen Umstrukturierungen und Umbenennungen nach wie vor nicht verständlich und durch die Funktionäre auch nicht vermittelbar. Darum war auch die Resonanz auf die weltweit angelegte Solidaritäts- beziehungsweise Unterschriftenkampagne „Ich akzeptiere Abdullah ÖCALAN als politischen Willen des kurdischen Volkes“¹⁹³ gering.

Aktionsschwerpunkte in Baden-Württemberg waren **Stuttgart, Mannheim, Freiburg im Breisgau** und **Ulm**. Im Jahr 2005 konnten noch etwa 700 Personen in Baden-Württemberg zu dem Kreis gerechnet werden, der sich aktiv für den KONGRA-GEL beziehungsweise die ihm nahe stehenden Organisationen engagiert. Für besondere Anlässe lassen sich in Baden-Württemberg jedoch nach wie vor mehrere tausend Kurden mobilisieren, die vorwiegend über die dem KONGRA-GEL nahe stehenden Vereine erreicht werden.

An folgenden Veranstaltungen beteiligten sich die KONGRA-GEL-Anhänger in Baden-Württemberg unter anderem:

Am 5. Februar 2005 demonstrierten in **Stuttgart** schätzungsweise 200 Kurden friedlich gegen die Verhaftung eines stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL. Dieser war am 22. Januar 2005 auf der Anreise zu einer Veranstaltung in Nürnberg kurz vor Würzburg im Zug aufgrund eines internationalen Haftbefehls der Türkei festgenommen worden.

Anlässlich des 6. Jahrestags der Festnahme Abdullah ÖCALANs am 15. Februar 1999 fand - wie in den Vorjahren - eine europaweite Großdemonstration am 12. Februar 2005 in Straßburg statt. Über 9.000 Anhänger reisten mit fast 200 Bussen und aus der Grenzregion mit zahlreichen Pkw an, um friedlich an das als „internationales Komplott“ bezeichnete Ereignis zu erinnern und die Freilassung ÖCALANs, der nach wie vor als großes Idol und herausragende Führungsfigur angesehen wird, zu fordern.

Die letzte der bundesweit drei überregionalen Veranstaltungen zum kurdischen Neujahrsfest Newroz fand



¹⁹³ Arbeitsübersetzung des Bundesamts für Verfassungsschutz.

für Süddeutschland am 2. April 2005 in der Ballsporthalle in Frankfurt/Main statt. Etwa 5.000 Personen beteiligten sich daran. Die Halle war mit Bildern Abdullah ÖCALANs, einschlägigen Fahnen und Transparenten geschmückt. Während des Kulturprogramms wurden themenbezogene Reden gehalten und Grußbotschaften ÖCALANs, der KONGRA-GEL-Jugend- und Frauenorganisation verlesen. Daneben fanden auf regionaler Ebene am 19. und 20. März 2005 in den Innenstädten von **Stuttgart, Freiburg, Offenburg, Friedrichshafen, Ulm, Mannheim** und **Heilbronn** Aufzüge mit Kundgebungen statt. An diesen beteiligten sich jeweils zwischen 100 und 450 Personen friedlich. Der KONGRA-GEL zeigte sich mit der Beteiligung der Kurden an den Feiern insgesamt zufrieden und betonte, dass mit dem diesjährigen Newroz eine neue Phase begonnen habe.

Unter der Überschrift „Jugendfest in Stuttgart“ berichtete die türkischsprachige Tageszeitung „Özgür Politika“ ausführlich über eine Veranstaltung, die am 8. Mai 2005 in **Leonberg** unter dem Motto „Jugendfest zur Begrüßung des Demokratischen Konföderalismus“ durchgeführt wurde und an der um die tausend Personen teilgenommen haben sollen.¹⁹⁴ Es seien Botschaften der KONGRA-GEL-Jugend- und Frauenorganisation verlesen worden, in denen man betont habe, dass der von Abdullah ÖCALAN ausgerufenen „demokratische Konföderalismus“ eine Fortführung des „demokratischen Kampfes“ sei und dass die kurdische Jugend sich bis zum Schluss für dieses Projekt einsetzen werde.

Zum alljährlichen „Internationalen Kurdistan Kulturfestival“ reisten bis zu 40.000 Teilnehmer aus ganz Deutschland und anderen europäischen Ländern am 3. September 2005 nach Köln in das Rhein-Energie-Stadion. Das Festival wurde wieder von der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland“ (YEK-KOM)¹⁹⁵ organisiert und stand - mit Anspielung auf den EU-Beitritt der Türkei - unter dem Motto „EU-Türkei: Auch wir sind Verhandlungspartei, Lösung der kurdischen Frage, Freiheit für Abdullah ÖCALAN“.

¹⁹⁴ Hier und im Folgenden: „Özgür Politika“ vom 10. Mai 2005, Arbeitsübersetzung des Landesamts für Verfassungsschutz.

¹⁹⁵ Dachverband, in dem überwiegend die örtlichen KONGRA-GEL-nahen Kurdenvereine in Deutschland zusammengeschlossen sind.





Protest gegen restriktive Maßnahmen

Am 5. September 2005 wurde das vom Bundesministerium des Innern u.a. gegen die „E. Xani Presse- und Verlags GmbH“ mit Sitz in Neu-Isenburg/Hessen verfügte Verbot¹⁹⁶ vollstreckt. Dieser Verlag gab die „Özgür Politika“ heraus und verbreitete sie im gesamten Bundesgebiet. In der Verbotsverfügung vom 30. August 2005

wurde darauf abgehoben, dass der Verlag damit gegen das bestandskräftige Betätigungsverbot verstoßen habe, das das Bundesministerium des Innern 1993 gegen die PKK verhängt habe, indem er dieser beziehungsweise deren Nachfolgeorganisation KONGRA-GEL die Nutzung der „Özgür Politika“ als Sprachrohr ermöglicht habe, um auf diesem Weg die Anhängerschaft in Europa mit Nachrichten zu versorgen und den organisatorischen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Erfolgreicher als die öffentlichen Proteste des KONGRA-GEL war der gegen das Verbot beschrittene Rechtsweg. Am 18. Oktober 2005 entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass - soweit die sofortige Vollziehung angeordnet worden war - die aufschiebende Wirkung der Klage gegen die Verfügung des Bundesministeriums des Innern vom 30. August 2005 wiederhergestellt wird.¹⁹⁷ Die endgültige Aufhebung der Entscheidung erfolgte am 20. Dezember 2005.¹⁹⁸

Um auf die aktuellen Haftbedingungen ÖCALANs aufmerksam zu machen, beteiligten sich am 29. Oktober 2005 ca. 70 Personen friedlich an einem angemeldeten Protestmarsch von **Mannheim** nach **Heidelberg**, wo es eine Abschlusskundgebung gab. Unter dem Motto „*Niemals ohne den Anführer und ohne die PKK*“¹⁹⁹ hatte die KONGRA-GEL-Jugendorganisation „**Bewegung der freien Jugend Kurdistans**“ (**TECAK**), die die Aktion auch organisiert haben soll, auf ihrer Internetseite zur Teilnahme aufgerufen.

□ **Ausblick**

Das weitere Verhalten des KONGRA-GEL in Deutschland ist von den Ereignissen in der Türkei sowie von der Lage im Nordirak und im Südosten der Türkei abhängig. Das harte Durchgreifen der türkischen Sicherheitsbehörden gegen den bewaffneten Flügel des KONGRA-GEL in der Türkei scheint die Organisation in Bedrängnis gebracht zu haben. Verschiedene Hinweise deuteten darauf hin, dass sich innerhalb des höchsten Führungszirkels des KONGRA-GEL Nervosität und Unsicherheit über den weiteren Kurs breit machten. Diese wurden noch dadurch verstärkt, dass Abdullah ÖCALAN nach einer Änderung der Besuchs- und Kontaktrege-

¹⁹⁶ Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 168 vom 6. September 2005.

¹⁹⁷ Bundesverwaltungsgericht 6 VR 5.05 (6 A 4.05).

¹⁹⁸ Bundesverwaltungsgericht 6 A 4.05.

¹⁹⁹ Arbeitsübersetzung des Landesamts für Verfassungsschutz; Internetauswertung vom 24. Oktober 2005.

lungen für Strafgefangene zum 1. Juni 2005 die wöchentlichen Besuche seiner Anwälte ablehnte und insgesamt der Kontakt zu ihm nahezu vollständig abbrach.

Die Aussagen der KONGRA-GEL-Führung sind widersprüchlich: Auf der einen Seite hält sie am „Friedenskurs“ fest und hofft auf für sie günstige Entwicklungen im Rahmen des angestrebten EU-Beitritts der Türkei, den der KONGRA-GEL befürwortet. Durch vielfältigen politischen Druck soll die türkische Regierung dazu gezwungen werden, das Kurdenproblem anzugehen und zu lösen. Dabei beansprucht der KONGRA-GEL für sich und ÖCALAN das alleinige Recht, als Gesprächs- und Verhandlungspartner des kurdischen Volkes anerkannt zu werden. Ansonsten wäre eine Lösung nicht möglich. Im Gegensatz dazu setzt der KONGRA-GEL aber auch weiterhin auf das „Recht der legalen Selbstverteidigung“ und will durch Drohungen und aktive militante Maßnahmen der Zerschlagung der Organisation entgegenwirken. Die sich zuspitzende Lage in der Türkei hatte bislang keine Auswirkungen auf Baden-Württemberg.

Der KONGRA-GEL ist der Auffassung, dass die EU mit verschiedenen Maßnahmen die Türkei in ihrem Vorgehen bestärke. In einer Erklärung, die Anfang Oktober 2005 veröffentlicht wurde, betonte der KONGRA-GEL mit drohendem Unterton, dass die kurdische Frage mit dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen kein alleiniges Problem der Türkei mehr sei, sondern zu einem der Hauptprobleme der EU geworden sei.

4. **Türkische Vereinigungen (ohne kurdische)**

4.1 **Extrem nationalistische Organisationen**

□ **„Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF) / „Türkische Föderation Deutschland“ (ATF)**

Gründung: 1978

Sitz: Frankfurt am Main

Mitglieder: ca. 2.100 Baden-Württemberg (2004: ca. 2.100)

ca. 8.750 Bund (2004: ca. 8.000)

Publikation: „Türk Federasyonu Bülteni“ (türkisch, erscheint unregelmäßig)

Die „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ („Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“,

**angebliches
Recht auf
Selbstverteidigung**



rassistisch

ADÜTDF), eine auch unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“ (Bozkurt)²⁰⁰ bekannte, extrem nationalistische und rassistische Organisation, unterstützt in Deutschland die politischen Ziele der türkischen Mutterpartei **„Partei der Nationalistischen Bewegung“** („**Milliyetçi Hareket Partisi**“, **MHP**). In Baden-Württemberg sind insbesondere die Mitgliedsvereine in **Stuttgart**, **Ulm** und **Mannheim** von Bedeutung.

extrem
nationalistisch

Die Bewegung der unter der Eigenbezeichnung „Idealisten“ (ülkücü) auftretenden extremen Nationalisten strebt - bei gleichzeitiger Integration religiöser Elemente durch die so genannte türkisch-islamische Synthese²⁰¹ - eine von allen äußeren Einflüssen und Systemen unabhängige, starke türkische Nation an. Ihre wesentlichen ideologischen Elemente sind durch Nationalismus, Pantürkismus/Turanismus²⁰², Rassismus, Antikommunismus und Antisemitismus gekennzeichnet und werden von einem Führerprinzip, bezogen auf den mehr als 30 Jahre an der Spitze der Bewegung stehenden „obersten Führer“ (basbug)²⁰³ Alparslan TÜRKEŞ²⁰⁴, bestimmt. Die von TÜRKEŞ entwickelte „Neun-Lichter-Doktrin“, die für die Nationalisten nach wie vor prägend wirkt, propagiert eine Vormachtstellung der türkischen Nation, die vor allem auf den Grundsätzen des Nationalismus, des Idealismus und der Ethik beruhen soll. Über klassische antisemitische Positionen, welche Kommunismus und Kapitalismus als „Erfindungen der Juden“ definieren, sowie über verschwörungstheoretische Deutungen zu Freimaurern und so genannten Kryptojuden (dönme)²⁰⁵ lassen sich Querverbindungen zu den Argumentationsmustern islamistischer Gruppierungen herstellen. Nach dem Ende des Kommunismus und dem Bedeutungsverlust des „linken“ Feindbilds avancierten die Kurden zu den Hauptfeinden der türkischen Nationalisten, welche im Übrigen eine tiefe Abneigung gegenüber allen nicht-türkischen Ethnien hegen. In diesem Sinne verfolgt die MHP eine Politik, die sich nicht davor scheut, Operationen im Nordirak gegen die Kurden zum Zweck der „legitimen Verteidigung“ einzufordern.²⁰⁶

²⁰⁰ Der Legende nach führen die Türken ihren Ursprung auf den Wolf als Ahnherrn zurück, der zum nationalen Symbol des Türkentums stilisiert wurde. In der Symbolik der Nationalisten spielen der mit den Fingern der rechten Hand geformte „Wolfsgruß“ und die Fahne mit den drei nach unten geöffneten Halbmonden (osmanische Kriegsflagge) eine Rolle.

²⁰¹ Bereits in den 1960er Jahren in akademischen Kreisen entwickeltes Konzept einer Verknüpfung vorislamischer türkischer Komponenten mit islamischen und nationalen Elementen, wobei die nationale Komponente vorherrscht.

²⁰² Angestrebte Vereinigung sämtlicher Turkvölker in einem großtürkischen Reich vom Balkan bis Zentralasien.

²⁰³ Nach dem Tode von TÜRKEŞ beschloss die MHP, dass außer diesem niemand mit dem Titel eines „basbug“ ausgezeichnet werden darf.

²⁰⁴ 1917-1997.

²⁰⁵ Bezeichnung für angeblich nur zum Schein zum Islam konvertierte Juden.

²⁰⁶ In diesem Sinn äußerte sich der MHP-Vorsitzende Devlet BAHCELİ am Rande des 16. Parteikongresses gegenüber Pressevertretern (Hürriyet vom 8. August 2005).

Die Türkei selbst wurde 2005 von einer Welle des Nationalismus erfasst. Ende März hatten kurdische Jugendliche in Mersin am Tag des kurdischen Neujahrsfestes versucht, eine türkische Fahne in Brand zu stecken. Wenig später wurden Mitglieder eines „Solidaritätskomitees für inhaftierte Linke“ in Trabzon beim Verteilen von Flugblättern desselben Vorhabens beschuldigt. Beide Vorfälle lösten heftige Reaktionen auf Seiten der Nationalisten aus, die schließlich in Versuchen von Lynchjustiz gipfelten. Der Schriftsteller Orhan Pamuk zog durch öffentliche Äußerungen zum bisher nicht aufgearbeiteten Massaker an den Armeniern den massiven Zorn der Nationalisten auf sich. Es wurden Ermittlungen gegen ihn eingeleitet, ein Landrat ordnete gar die Verbrennung sämtlicher Bücher Pamuks in seinem Amtsbezirk an. Adolf Hitlers „Mein Kampf“, von verschiedenen türkischen Verlagen neu aufgelegt, verzeichnete 2005 in der Türkei einen zweifelhaften „Verkaufserfolg“.²⁰⁷ Eine Person aus dem Umfeld der extremen Nationalisten verübte Anfang September 2005 einen Attentatsversuch auf Ministerpräsident Erdogan; die Ermittlungen ergaben als Tatmotiv eine Missbilligung von Äußerungen des Ministerpräsidenten zur Kurdenfrage.²⁰⁸ Einem möglichen EU-Beitritt der Türkei stehen die Nationalisten ablehnend gegenüber. In diesem Sinne empfahl der MHP-Parteivorsitzende Devlet BAHCELİ, Nachfolger von TÜRKEŞ in diesem Amt, dem türkischen Ministerpräsidenten, die laufenden Gespräche mit der EU nicht fortzusetzen. Am Vortag der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei protestierten in Ankara mehrere zehntausend Nationalisten.

Die Selbsteinschätzung als „Idealisten“, die durch einen bei Veranstaltungen geleisteten kämpferischen „Fahneneid“ gestärkt wird, vermittelt den Anhängern die Überzeugung, sich für eine positive Sache einzusetzen. Es muss davon ausgegangen werden, dass aus der Sicht der „Idealisten“ die angeführten Feindbilder auch außerhalb türkischen Territoriums zu bekämpfen sind. Durch die Zugehörigkeit zu einem Verein dieser Ausrichtung erscheint eine Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft gleichsam unmöglich, richten sich doch die Ziele der „Idealisten“ nicht nur gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker, sondern sind gleichzeitig auch als antidemokratisch, antiliberal und antipluralistisch zu werten.

²⁰⁷ Schon vor Jahrzehnten hatte die MHP „Mein Kampf“ übersetzen lassen und mit dem Vertrieb begonnen. Als Inhaber der Verwertungsrechte an dem Buch setzte sich der Freistaat Bayern über die deutsche Botschaft in Ankara für einen Stopp der weiteren Verbreitung ein. Künftig soll nach Angaben der dem Kultusministerium unterstehenden Copyright-Behörde in Ankara keine Genehmigung mehr für Neuauflagen erteilt werden.

²⁰⁸ Online-Ausgabe der Hürriyet vom 14. September 2005.

Ablehnung eines
türkischen
EU-Beitritts



4.2 Linksextremisten

4.2.1 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C-Devrimci Sol)

4.2.1.1 Entstehungsgeschichte

Die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und die „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C-Devrimci Sol) haben ihren gemeinsamen Ursprung in der aus der „linken“ Studentenbewegung hervorgegangenen, 1978 in der Türkei gegründeten „Devrimci Sol“ (Dev Sol-Revolutionäre Linke). Nach einer Serie schwerster Straftaten wurde die „Devrimci Sol“ bereits 1980 in der Türkei und am 27. Januar 1983 (bestandskräftig seit 1989) durch den Bundesminister des Innern in der Bundesrepublik Deutschland verboten.



Trotz des Verbots blieben die Anhänger der „Devrimci Sol“ aktiv. Im Jahre 1992 spalteten sie sich aufgrund interner Streitigkeiten in zwei konkurrierende Flügel, die sich seit 1994 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C-Devrimci Sol) nennen. Alternativ bezeichneten sich die

beiden rivalisierenden Fraktionen auch nach ihren Führungsfunktionären Dursun KARATAS und dem im März 1993 in der Türkei von Sicherheitskräften erschossenen Bedri YAGAN als „KARATAS“- beziehungsweise „YAGAN“-Flügel. In der Folgezeit kam es sowohl in Deutschland als auch im benachbarten Ausland immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen. Am 13. August 1998 erließ daher der Bundesminister des Innern gegen die THKP-C ein Betätigungsverbot. Die DHKP-C bewertete er zeitgleich als Ersatzorganisation der 1983 verbotenen „Devrimci Sol“ und bezog sie in das frühere Verbot mit ein.

Die in Baden-Württemberg inaktive THKP-C entwickelte im Jahr 2005 kaum noch öffentliche Aktivitäten und verlor weiter an Bedeutung. Daher wird im Folgenden ausschließlich auf die DHKP-C eingegangen.

4.2.1.2 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Gründung: 30. März 1994 in Damaskus/Syrien nach Spaltung der 1978 in der Türkei gegründeten „Devrimci Sol“ (Dev Sol - Revolutionäre Linke), Verbot in Deutschland seit 13. August 1998

Leitung: Funktionsgruppe um den Vorsitzenden Generalsekretär Dursun KARATAS

Mitglieder: ca. 80 Baden-Württemberg (2004: ca. 80)
ca. 650 Bund (2004: ca. 650)

Publikationen: „DEVIRIMCI SOL“ (Revolutionäre Linke)
„Ekmek ve Adalet“ (Brot und Gerechtigkeit) bis 15. Mai 2005

□ Revolutionäre Zielsetzung

Die ideologische Zielsetzung der marxistisch-leninistisch orientierten DHKP-C lässt sich ihrem Programm entnehmen. Dieses wurde 1995 auch in deutscher Sprache unter dem Titel *„Das Programm Der Revolutionären Volksbefreiungspartei - Errichten Wir Die Volksmacht“*²⁰⁹ herausgegeben. Als die „Feinde des Volkes“ werden neben der „faschistischen“ Türkei „zuerst der US-Imperialismus und alle imperialistischen Kräfte“ wie besonders die Bundesrepublik Deutschland benannt.

Zur Bekämpfung dieser „Feinde“ bedient sich die DHKP-C in der Türkei auch terroristischer Methoden. Zahlreiche Anschläge in der Vergangenheit, vor allem in den Großstädten der Türkei, gegen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie gegen militärische und andere staatliche Einrichtungen gehen auf das Konto der DHKP-C.

□ Struktur

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach der Türkei wegen der Vielzahl der hier lebenden Türken und deren relativen Wohlstands das wichtigste Betätigungsfeld der DHKP-C. Im Bundesgebiet bestehen fest gefügte Organisationsstrukturen. Zur Führung zählen neben dem Deutschlandverantwortlichen und dessen Vertretern die Regions- und Gebietsverantwortlichen sowie weitere, mit Sonderaufgaben betraute Funktionäre wie die Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit. Die Deutschlandorganisation ist zwar dem Zentralkomitee der DHKP-C gegenüber für die Ausführung der von dort geplanten und angeordneten Maßnahmen und Aktionen verantwortlich, durch die der „Kampf“ in der Türkei unterstützt werden soll, die

²⁰⁹ Hier und im Folgenden: Übernahme wie im Original.

konkrete Umsetzung obliegt jedoch den Führungskadern der Deutschlandorganisation.

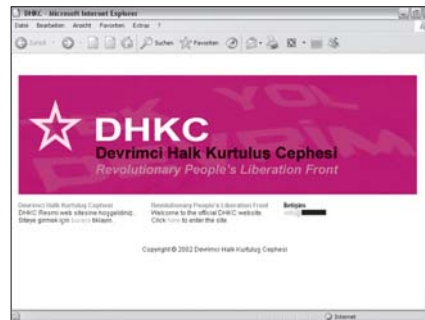
Funktionäre und Mitglieder der DHKP-C verhalten sich ausgesprochen konspirativ, d.h. sie verwenden Decknamen und wechseln häufig ihren Aufenthaltsort. Als örtliche oder regionale Basis dienen DHKP-C-nahe Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Organisation zulassen. Tätigkeitsschwerpunkte in Baden-Württemberg liegen neben **Stuttgart** in **Ulm** und **Mannheim**.

□ Finanzierung

Die DHKP-C finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spendengeldsammlungen, den Verkauf von Publikationen sowie durch Einnahmen aus Musik- und anderen Veranstaltungen. Wie in den vergangenen Jahren konnte das Ziel der jährlichen Spendenkampagne auch 2005 bei weitem nicht erreicht werden.

□ Medieneinsatz

Neben den regelmäßig erscheinenden Publikationen nutzt die DHKP-C intensiver als die anderen linksextremistischen ausländischen Organisationen das Internet für Aufrufe und politische Erklärungen. Sie verfügt über eine mehrsprachige Homepage.



Website des militärischen Arms der DHKP-C

□ Publikationen

Vom 25. März 2002 bis 15. Mai 2005 erschien in der Nachfolge der verbotenen „VATAN“ (Heimat), die wiederum als Nachfolgepublikation der „KURTULUS“ (Befreiung) gilt, monatlich die Zeitschrift „Ekmek ve Adalet“ (Brot und Gerechtigkeit). „VATAN“ und „KURTULUS“ sind beide als Publikationsorgane der DHKP-C von dem auf die DHKP-C erstreckten Verbot der „Devrimci Sol“ betroffen.

Das Landgericht (LG) Bamberg stellte mit rechtskräftigem Urteil vom 11. Januar 2005 fest, dass es sich bei der „Ekmek ve Adalet“ um die Nachfolgepublikation der „VATAN“ und somit um eine Publikation der DHKP-C

handelt.²¹⁰ Der Bundesgerichtshof (BGH) bestätigte das Urteil und merkte an, dass schon das Bereithalten der Zeitschrift zum Verteilen als mitgliedschaftliche Betätigung in einem verbotenen Verein gewertet wird²¹¹. Wahrscheinlich als Folge dieses Urteils des LG Bamberg stellte die „Ekmek ve Adalet“ nach Veröffentlichung der 158. Ausgabe ihr Erscheinen ein. Ab dem 22. Mai 2005 wurde für Europa eine neue wöchentliche Zeitschrift mit dem Namen „YÜRÜYÜŞ“ (Demonstration, Marsch) herausgegeben.

□ „Todesfasten“

Beherrschendes Agitations- und Kampagnenthema der DHKP-C blieb der im Oktober 2000 in türkischen Haftanstalten begonnene Hungerstreik, der sich gegen neue Gefängnisse, insbesondere des F-Typs²¹², und damit einhergehend gegen die Haftbedingungen richtete. Während das so genannte Todesfasten von anderen, am Hungerstreik beteiligten türkischen linksextremistischen Organisationen am 28. Mai 2002 beendet wurde, entschlossen sich die Gefangenen der DHKP-C zu seiner Fortsetzung. In der „Ekmek ve Adalet“ erschien eine Erklärung der „Todesfastenden“ mit massiver Kritik am Verhalten der anderen Gruppierungen:

„Wir werden mit dem Widerstand weitermachen. Der Widerstand wird lange dauern (...) Dieser Weg ist ein Widerstand, der nach dem Motto ‚Entweder Sieg oder der Tod‘ gegangen wird (...) Die Opfer können noch mehr werden, das nehmen wir in Kauf.“²¹³



Anlässlich des Jahrestages des Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen sowie zum Gedenken an die bislang rund 120 „Gefallenen“ veranstalteten das „TAYAD-Komitee e.V.“²¹⁴ beziehungsweise ihm nahe stehende Vereine

²¹⁰ Az.: 2 KLs 108 Js 1808/2004.

²¹¹ Beschluss des BGH vom 17. Mai 2005, Az.: 3 StR 139/05.

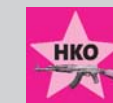
²¹² Gefängnistyp, der überwiegend aus Einzelzellen und kleinen Gemeinschaftszellen besteht.

²¹³ „Ekmek ve Adalet“ Nr. 11 vom 3. Juni 2002.

²¹⁴ Das „TAYAD-Komitee e.V.“ ist eine thematisch der DHKP-C nahe stehende Organisation.

TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
MARXISTEN-LENINISTEN (TKP/ML)

Maoist Komünist Partisi

getrennte Wege
der beiden Flügel

am 20. Oktober 2005 zwei Demonstrationen vor dem Landtagsgebäude in Düsseldorf und in unmittelbarer Nähe des Reichstages in Berlin. Eine ursprünglich für den gleichen Tag vorgesehene Demonstration in **Stuttgart** wurde kurzfristig auf den 21. Oktober verlegt und fand dann in der Nähe des baden-württembergischen Landtags statt.

□ Anschläge

Seit 2003 verübte die DHKP-C durch die **„Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKC)**, ihren militärischen Arm, in der Türkei mehrere Sprengstoffanschläge. Zuletzt übernahm die DHKP-C die Verantwortung für einen offensichtlich missglückten Sprengstoffanschlag am 1. Juli 2005 in Ankara, bei dem ein Mitglied der DHKP-C mit einer Bombe in das Justizministerium gelangen wollte. Türkische Polizeikräfte erschossen den Attentäter auf seiner Flucht.

□ Sicherheitsmaßnahmen

Aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Karlsruhe hatte am 5. August 2004 die Polizei ein Zeltlager mutmaßlicher DHKP-C-Anhänger auf einem Campingplatz in **Eberbach/Rhein-Neckar-Kreis** durchsucht.²¹⁵ Veranstalter des Sommerlagers war die DHKP-C-nahe **„Anatolische Föderation e.V.“** Köln. Bei der Durchsuchung des Zeltlagers und der mitgeführten Kraftfahrzeuge wurde umfangreiches DHKP-C-Propagandamaterial aufgefunden. Mehrere, aus dieser Aktion resultierende Verfahren waren im Jahr 2005 noch rechtshängig.

Offenbar um neuerlichen polizeilichen Maßnahmen zu entgehen, wählte man für 2005 einen Veranstaltungsort in Frankreich. Dort in Boofzheim fand das alljährliche Familien- und Jugendcamp der „Anatolischen Föderation e.V.“ vom 6. bis 12. August 2005 mit überproportionaler Beteiligung von DHKP-C-Sympathisanten aus Baden-Württemberg statt.

Seit der Erstreckung des Verbots der „Devrimci Sol“ auf die DHKP-C ist bei dieser Organisation eine Verlagerung ihrer Aktivitäten in Nachbarländer zu beobachten. Dennoch bleibt Deutschland aufgrund der hier lebenden rund 1,8 Millionen Landsleute das nach der Türkei wichtigste Betätigungsfeld der DHKP-C.

²¹⁵ Siehe Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2004, S. 88f.

4.2.2 „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)

Gründung: 1972 (in der Türkei)

Mitglieder: ca. 320 Baden-Württemberg (2004: ca. 320)
ca. 1.400 Bund (2004: ca. 1.400)

Die Organisation ist in die folgenden Flügel gespalten:

„Partizan“ (im schriftlichen Sprachgebrauch **„TKP/ML“** abgekürzt)

Leitung: Funktionärsgruppe

Anhänger: ca. 120 (in Baden-Württemberg)

Militärische „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“

Teilorgani- (TIKKO); verübt in der Türkei Guerillaaktionen
sation:

Publikation: „Yeni Demokrasi Yolunda Isci Köylü“ (Arbeiter
und Bauern auf dem Weg der neuen Demokratie)

und

„Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP)

(bis Ende 2002 „Ostanatolisches Gebietskomitee“ - DABK -
im schriftlichen Sprachgebrauch **„TKP(ML)“** abgekürzt)

Leitung: Funktionärsgruppe

Anhänger: ca. 200 (in Baden-Württemberg)

Militärische „Volksbefreiungsarmee“ (HKO);

Teilorgani- verübt in der Türkei Guerillaktionen
sation:

Publikation: „Halk İcin Devrimci Demokrasi“
(Revolutionäre Demokratie für das Volk)

Seit 1994 ist die von Ibrahim KAYPAKKAYA 1972 gegründete, in der Türkei verbotene TKP/ML in zwei miteinander konkurrierende Fraktionen gespalten. In ihrer Schreibweise unterschieden sich die beiden Flügel zunächst nur geringfügig: TKP/ML für den Partizan- und TKP(ML) für den DABK-Flügel. Letzterer benannte sich auf seinem 1. Kongress²¹⁶ in MKP um. Aber auch diese Umbenennung brachte bis heute keine wesentliche Neuausrichtung in ideologischer Hinsicht. In ihrer Denkweise auf den von KAYPAKKAYA propagierten Marxismus-Leninismus mit maoistischen Elementen gestützt, zielen beide Parteien auf die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staates und die Errichtung einer „demokratischen Volksregierung“. Zur Umsetzung dieses Ziels unterhalten die Gruppierungen jeweils eigene Guerillaeinheiten, die in der Türkei terroristische Anschläge ver-

²¹⁶ Der 1. Kongress wurde im Herbst 2002 in der Region Dersim in Ostanatolien/Türkei durchgeführt.

üben. Die alljährlich im Herbst stattfindenden Spendenkampagnen beider Organisationen dienen vorwiegend der eigenen Stärkung und Konsolidierung und der Finanzierung des Guerillakriegs in der Türkei.

Nach wie vor werden die Anhänger beider Gruppierungen bei der Durchführung von Veranstaltungen, Demonstrationen und sonstigen Aktionen in Europa und in Deutschland propagandistisch von ihren offen arbeitenden Basisorganisationen unterstützt. Bei der TKP/ML-Partizan handelt es sich dabei um die „**Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.**“ (ATIF) in Deutschland und deren Dachorganisation auf Europaebene „**Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa**“ (ATIK); bei der MKP haben nach wie vor die sich schon früher für den DABK-Flügel engagierende „**Föderation für demokratische Rechte in Deutschland**“ (ADHF) und die „**Konföderation für demokratische Rechte in Europa**“ (ADHK) die entsprechende Funktion.

Wie in den vergangenen Jahren führten beide Gruppierungen Gedenkveranstaltungen zu Ehren des Parteigründers der TKP/ML oder getöteter „Märtyrer“ durch:



„Märtyrer“- Gedenkveranstaltungen

- In **Ludwigsburg** organisierte die MKP am 21. Mai 2005 unter dem Motto „*Lasst uns teilnehmen an den Gedenkveranstaltungen anlässlich des 32. Jahrestages der Unsterblichkeit des kommunistischen Führers Ibrahim Kaypakkaya!*“ eine von vier Saalveranstaltungen mit etwa 1.000 Teilnehmern.

- Ebenfalls zum Gedenken an den 32. Todestag von KAYPAKKAYA führte die TKP/ML-Partizan am 14. Mai 2005 in der Friedrich-Ebert-Halle in Ludwigshafen eine Saalveranstaltung durch. Daran nahmen ca. 3.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und der Schweiz, aus Österreich, Frankreich, Holland und Belgien teil.



- Unter dem Motto „*Wir verurteilen die Ermordung der 17 MKP-Revolutionäre*“²¹⁷ riefen unter anderem die ADHF, die „Föderation

²¹⁷ Am 16./17. Juni 2005 wurden bei Gefechten mit türkischen Sicherheitskräften 17 Aktivisten und Funktionäre der MKP getötet.

der Arbeiter und Immigranten aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (AGIF) und die ATIF mit einem Flugblatt zu einer Demonstration am 2. Juli 2005 vor dem Türkischen Generalkonsulat in **Stuttgart** auf. Die Atmosphäre unter den anfänglich ca. 200 Teilnehmern der Auftaktkundgebung war emotional sehr stark aufgeheizt. Nur aufgrund der auf Deeskalation ausgerichteten Haltung der baden-württembergischen Polizei kam es zu keinen Konfrontationen. Die Abschlusskundgebung fand mit etwa 500 Teilnehmern auf dem **Stuttgarter** Marktplatz statt.

- Am 3. Juli 2005 führte man im Veranstaltungssaal „Altes Theater“ in **Ulm** eine Gedenkveranstaltung ebenfalls zu Ehren der getöteten 17 MKP-Angehörigen durch. In deren Verlauf wurden den ca. 270 Teilnehmern die Biographien der „Märtyrer“ verlesen.

Ein weiteres beherrschendes Thema, das den hohen Stellenwert der Solidarität in der linken türkischen Szene zeigte, war das Verbot der „E. Xani Presse- und Verlags- GmbH“ als Herausgeberin der Tageszeitung „Özgür Politika“.²¹⁸ So versammelten sich am 9. September 2005 ca. 80 Personen zu einer Protestkundgebung vor dem Türkischen Generalkonsulat in **Stuttgart**.

4.2.3 „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)

Gründung: 1994 (in der Türkei)

Anhänger: ca. 245 Baden-Württemberg (2004: ca. 245)
ca. 600 Bund (2004: ca. 600)

Publikationen: „Atilim“ (Angriff); erscheint wöchentlich

„Partinin Sesi“ (Stimme der Partei); erscheint zweimonatlich

Die MLKP wurde im September 1994 auf einem Einheitskongress durch den Zusammenschluss der „**Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten**“ (TKP/ML-Hareketi) und der „**Türkischen Kommunistischen Arbeiterbewegung**“ (TKIH) gegründet. Ideologisch bekennt sie sich zum revolutionären Marxismus-Leninismus. Erklärtes Ziel der Organisation ist es, das türkische Staatsgefüge durch eine gewaltsame Revolution zu beseitigen und auf dem Weg zum Kommunismus eine Diktatur des Proletariats zu errichten. In der Türkei gilt sie als eine illegale Organisation, die den dortigen Straftatbestand der „bewaffneten Bande“ erfüllt.

²¹⁸ Vgl. S. 90.



Um ihre Anhänger und Sympathisanten mit Informationen zu versorgen, publizieren die MLKP und die ihr nahe stehende „**Föderation der Arbeiter und Immigranten aus der Türkei in Deutschland e. V. (AGIF)**“ regelmäßig Artikel in der politischen Wochenzeitung „Atilim“ (Angriff). Darüber hinaus veröffentlicht diese Zeitung auf ihrer Homepage Erklärungen der genannten Organisationen mit dem Zusatz „Auf elektronischem Wege haben wir erhalten“. Ein weiteres Organ zur Veröffentlichung von Botschaften ist die zweimonatlich erscheinende „Partinin Sesi“ (Stimme der Partei).

In der Türkei werden die „**Fakirlerin ve Ezilenlerin Silahlı Kurvetleri (F.E.S.K.)**“²¹⁹ von den türkischen Sicherheitsbehörden als bewaffneter Arm der MLKP angesehen. Diese Guerillaorganisation verübte in den letzten Jahren zunehmend mehr Anschläge in der Türkei.

Auch im Jahr 2005 beschränkten sich die Aktivitäten der MLKP und der AGIF in Deutschland weitgehend auf die Teilnahme an Demonstrationen, das Betreiben von Infoständen und das Verbreiten von Flugblättern. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Durchführung von Kulturveranstaltungen, deren Erlös ebenso wie die Einnahmen aus den jährlichen Spendenaktionen überwiegend der Finanzierung des Parteiapparats dienen.



In Baden-Württemberg traten die Unterstützer der MLKP unter anderem mit folgenden Aktionen öffentlich in Erscheinung:

- Anlässlich des Weltfrauentags führte der **Ulmer** AGIF-Verein am 8. März 2005 in der dortigen Innenstadt einen Aufzug mit Abschlusskundgebung durch. An der unter dem Motto „*Am 8. März für Freiheit kämpfen! Nein zur imperialistischen Besetzung, Rassismus und zum Sozialraub!*“²²⁰ stehenden Veranstaltung nahmen ca. 50 Personen teil.
- Am 14. Juli 2005 verteilten Anhänger der 2005 in Brüssel auf europäischer Ebene neu gegründeten „**Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (AvEG-Kon)**“ auf der **Stuttgarter** Königstraße eine unter dem Motto „*Für einen einheitlichen Kampf gegen Sozialabbau und Rassismus!*“ stehende Broschüre. Diese wurde

²¹⁹ Deutsch: „Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten“.

²²⁰ Übernahme wie im Original.

auch im Verlauf einer Montagsdemonstration in **Mannheim** am 6. Juni 2005 verteilt. In einem Internet-Beitrag²²¹ wurde die AvEG-Kon als Dachverband bezeichnet. Für eine Kontaktaufnahme nutzt sie die Adresse des **Stuttgarter** AGIF-Vereins.

- Am 18. April 2005 wurde anlässlich der Montagsdemonstration in **Mannheim** ein Flugblatt des MLKP-Auslandskomitees zum Thema „*Am 1. Mai gegen imperialistische Besetzung, Rassismus und Sozialkahltschlag auf die Straße!*“ verteilt.
- Mitglieder des **Stuttgarter** AGIF-Vereins verbreiteten am 1. September 2005 auf dem Schlossplatz in **Stuttgart** ein Falblatt, das sich u. a. mit dem Thema „*Für das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft!*“ befasste und mit dem Tenor „*Für die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen!*“ endete.

5. Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien und ethnische Albaner

In Baden-Württemberg agierten im Jahr 2005 Aktivisten folgender extremistischer kosovo-albanischer Emigrantenorganisationen:

- „**Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue (B.K.D.SH)**“

Diese extrem nationalistische, 1997 im Kosovo gegründete Organisation mit jetzigem Sitz in **Donzdorf/Krs. Göppingen**, entfaltete im Jahr 2005 keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Abgesehen von internen Treffen und der Organisation einer überregionalen Feier anlässlich des albanischen Nationalfeiertags (28.11.: „Tag der Fahne“) am 27. November 2005 in **Stuttgart** wurden keine Veranstaltungen bekannt. Die etwa 20 Mitglieder (Bund: 40) umfassende Vereinigung verfügt über keine arbeitsfähigen Strukturen mehr. Bemühungen einzelner Führungsfunktionäre, die Organisation zu reaktivieren - bei den letzten Parlamentswahlen am 24. Oktober 2004 im Kosovo hatte sie nur noch in einem Wahlkreis kandidiert - scheiterten bisher hauptsächlich am politischen Desinteresse der Mitglieder.

- „**Volksbewegung von Kosovo (LPK)**“

Die linksextremistische LPK verfügt in Baden-Württemberg lediglich über Reststrukturen. Die Bemühungen einzelner Funktionäre, ihre Organisation



²²¹ Internetauswertung vom 7. Dezember 2005.



**Aktionen in
Baden-
Württemberg**

**neuer
Dachverband**

neu zu strukturieren, scheiterten einerseits an Kompetenzrangeln unter den Führungsfunktionären in Deutschland, andererseits am mangelnden Interesse der Parteizentrale im Kosovo an der politischen Arbeit ihrer in der Diaspora lebenden Aktivisten. Zwar gab es hierzu Sondierungsgespräche, diese sollen aber auf Grund starrer Statuten sowie der Wahrung von Eigeninteressen einzelner Parteifunktionäre bisher nicht erfolgreich gewesen sein.

Die in Baden-Württemberg lebenden Aktivisten (ca. 20, Bund: 140) beteiligten sich dennoch auch an überregionalen Veranstaltungen ihrer Vereinigung, hauptsächlich in Bayern. In Baden-Württemberg nahmen sie regelmäßig an Gedenkveranstaltungen teil, so beispielsweise am 15. Januar 2005 in **Stuttgart** anlässlich einer Feier zum Gedenken an die Ermordung dreier Gesinnungsgenossen am 17. Januar 1982 in **Untergruppenbach/Krs. Heilbronn** und am 8. Mai 2005 zu Ehren gefallener „UCK-Helden“, ebenfalls in **Stuttgart**. Hardliner innerhalb dieses Personenkreises sympathisieren auch mit den politischen Zielen der „Front für die Nationale Albanische Vereinigung“ (FBKSH).

□ „Front für die Nationale Albanische Vereinigung“ (FBKSH)

Die FBKSH ist der politische Flügel der vor allem in Mazedonien operierenden „**Albanischen Nationalarmee**“ (AKSH). Deren Ziel ist es, ein „Großalbanien“ durch Vereinigung aller albanischen Siedlungsgebiete und damit Teilen von Nordgriechenlands (Cameria), Mazedonien, Südserbien, Montenegro und Albanien zu schaffen. Anhänger der LPK sowie andere Propagandisten eines Großalbanien beobachteten die politische Entwicklung in den von Albanern besiedelten Gebieten in Südserbien und Mazedonien mit aufmerksamem Interesse. Sie unterstützten zumindest ideologisch, teilweise aber auch finanziell die Ziele dieser Organisation und somit die bewaffneten Einheiten.

Seit der im Juni 2004 erfolgten Auslieferung ihres politischen Sekretärs Idajet BEQIRI²²² nach Albanien fehlt den in Deutschland, aber auch in den benachbarten Ländern (Schweiz, Österreich und Belgien) lebenden Anhängern der Vereinigung die politische Leitfigur. Einhergehend mit einer gewissen Verunsicherung über das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen Aktivisten der FBKSH auch in anderen Ländern wurden in Deutschland keine öffentlichen Informationsveranstaltungen mehr organisiert. Funktionäre trafen sich konspirativ von der Öffentlichkeit abgeschottet in kleinen Zirkeln, unter anderem auch im Raum **Heidelberg**.

²²² BEQIRI wurde auf Grund eines internationalen Haftbefehls am 15. Dezember 2003 in **Konstanz** festgenommen. Ein Gericht in Tirana/Albanien verurteilte ihn im Juli 2004 unter Anrechnung seiner in der Auslieferungshaft verbrachten Haftzeit zu 18 Monaten Gefängnis wegen Anstachelung zu ethnischem Hass.

Durch eine Veröffentlichung eines Berichtes im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wurde bekannt, dass Parteien im Kosovo eigene Nachrichtenbeziehungswise Sicherheitsdienste unterhalten.²²³ Dabei handelt es sich um den „Dienst“ der „Demokratischen Liga von Kosovo“ (LDK), „**Sigurimi i Atdheut**“ (**Sicherheit für die Heimat**), und den „**Sherbimi Informateti Kosoves**“ - **SHIK (Informationsdienst des Kosovo)** der „Demokratischen Partei von Kosovo“ (PDK).²²⁴ Bereits im Jahr 2003 hatten kosovo-albanische Publikationen über einen neuen parteiinternen Nachrichtendienst unter der Bezeichnung „Sigurimi i Atdheut“ berichtet. Anlässlich der damaligen Ermordung eines ehemaligen Kommandeurs der „Bewaffneten Kräfte des Kosovos“ (FARK)²²⁵ im Kosovo wurde ein Kommuniqué dieses „Dienstes“ veröffentlicht. Beide Institutionen beschuldigen sich gegenseitig, für eine Reihe politisch motivierter Morde unter anderem auch im Jahre 2005 im Kosovo verantwortlich zu sein. Aktivisten beider „Dienste“ konnten in Baden-Württemberg lokalisiert werden. Sie sind bisher jedoch nicht durch öffentliche Aktionen in Erscheinung getreten sind.

6. Sikh-Organisationen

□ „Babbar Khalsa International“ (BK)

Gründung: 1978 in Indien
Sitz: derzeit unbekannt
Mitglieder: ca. 50 Baden-Württemberg (2004: 30)
ca. 200 Bund (2004: 200)

□ „International Sikh Youth Federation“ (ISYF)

Gründung: 1984 als weltweite Auslandsorganisation der „All India Sikh Student Federation“ (AISSF)
1985 Gründung der „Deutschen Sektion der ISYF“ in Frankfurt am Main
Sitz: Frankfurt am Main
Mitglieder: ca. 100 Baden-Württemberg (2004: 80)
ca. 600 Bund (2004: 600)

²²³ „Der Spiegel“ Ausgabe 22/2005 vom 30. Mai 2005.

²²⁴ Die PDK ist eine der größten Parteien im Kosovo. Sie unterhält im Ausland Sektionen und ist wie die LDK kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden.

²²⁵ Die FARK wurden im Kosovokrieg auf Initiative der damaligen „Regierungspartei“, der LDK, von Ibrahim Rugova und mit finanzieller Unterstützung des damals im Exil in Deutschland lebenden Ministerpräsidenten Dr. Buja Bukoshi ins Leben gerufen.



□ „Kamagata Maru Dal International“ (KMDI)

| | |
|-------------|--|
| Gründung: | 1997 als „Internationale Kamagatamaru Partei“ in San Francisco/USA |
| | 1998 Zweigorganisation in Baden-Württemberg |
| Sitz: | vermutlich München |
| Mitglieder: | ca. 20 Baden-Württemberg (2004 noch Funktionärsgruppe) |
| | ca. 40 Bund (2004: 50) |

Seit den 1980er Jahren kämpfen im indischen Teil des Pandschab verschiedene und miteinander konkurrierende militante Sikh-Organisationen für einen unabhängigen Staat namens „Khalistan“²²⁶.

Am 22. Mai 2005 wurden Bombenanschläge auf zwei Kinos in Neu-Delhi verübt, bei denen ein Mensch starb und mindestens siebzig verletzt wurden. Die Kinos hatten einen Film ausgestrahlt, in dem angeblich respektlos mit dem Sikhismus umgegangen wird.²²⁷ Die mutmaßlichen Täter sollen Mitglieder der „Babbar Khalsa“ (BK) sein, einer auch von der Europäischen Union (EU) als terroristisch eingestuften Organisation.²²⁸

Im Juni 2005 wurde der Vorsitzende der im indischen Parlament vertretenen Partei „Akali Dal“, Simranjit Singh Mann, wegen einer angeblich aufrührerischen „pro-Khalistan“-Rede festgenommen. Er selbst ist Angehöriger der Sikh-Religion und für viele Sikhs ein Hoffnungsträger. Seine Festnahme und die allgemeine Situation im Pandschab standen auch im Mittelpunkt des Interesses bei den im Ausland lebenden Sikhs, deren traditionelle Aufenthaltsländer Kanada, die USA, Großbritannien und Frankreich sind. Von den in Deutschland lebenden Sikhs sind ca. 850 in extremistische Organisationen eingebunden, vorwiegend in die bereits genannte „Babbar Khalsa International“²²⁹ (BK) und die „International Sikh Youth Federation“ (ISYF), die von der EU ebenfalls als terroristisch eingestuft ist.²³⁰

Das religiöse und kulturelle Leben der Sikhs spielt sich in ihren Tempeln, den „Gurdwaras“ ab. Diese dienen aber auch dem Informationsaustausch über die Geschehnisse in der Heimat und als Ort des Gedenkens an die

²²⁶ „Land der Reinen“.

²²⁷ Hierbei handelt es sich um den Film „Jo Bole So Nihaal“ („Gesegnet ist, wer Gott ruft“). Konservative Gläubige sollen sich unter anderem daran gestört haben, dass der Titel des Films Bestandteil einer religiösen Formel der Sikhs ist (vgl. URL: http://www.suedasien.net/news/2005/mai/delhi_cinema_blast.htm, Stand: 31. Oktober 2005).

²²⁸ Amtsblatt der Europäischen Union L 99 vom 3. April 2004.

²²⁹ Der Zusatz „International“ wird von der „Babbar Khalsa“ für die Auslandsorganisation verwendet.

²³⁰ Amtsblatt der Europäischen Union L 99 vom 3. April 2004.

„Märtyrer“ des Kampfes für „Khalistan“. Die extremistischen Organisationen sind stets bemüht, diese Einrichtungen durch Besetzung wichtiger Posten mit Personen aus ihren eigenen Reihen zu kontrollieren, um sie anschließend für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. In Baden-Württemberg bestehen Sikh-Tempel in den Städten **Stuttgart**, **Mannheim** und **Tübingen**.²³¹ Diese werden auch von extremistischen Sikhs genutzt, die bislang jedoch keinen beherrschenden Einfluss erlangen konnten. Ihr Hauptinteresse gilt dem Zugriff auf die Tempelvermögen und der Spendenbereitschaft der Sikhs. Regelmäßig rufen sie zu Spenden für den Unabhängigkeitskampf und für die Hinterbliebenen der „Märtyrer“ auf. Anhänger extremistischer Sikh-Organisationen sind in Baden-Württemberg in den Großräumen **Stuttgart** und **Mannheim** sowie in den Landkreisen **Reutlingen**, **Tübingen**, **Sigmaringen** und **Zollernalb** ansässig. Anhänger der ISYF²³² und BK aus Baden-Württemberg beteiligten sich beispielsweise wie bereits in den Jahren zuvor auch im Jahr 2005 an den zentralen Protestkundgebungen gegen die indische Regierung in Frankfurt am Main am 26. Januar 2005 (indischer Nationalfeiertag) und am 13. August 2005 (indischer Unabhängigkeitstag). Bei diesen Veranstaltungen betonten Redner die Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes für „Khalistan“ und warben um die Unterstützung der Kämpfergruppen.

Über die Situation in Indien und über im Ausland stattfindende Aktivitäten informieren sich die Sikhs unter anderem anhand der wöchentlich erscheinenden, pandschabisprachigen Zeitung „Des Pardes“. Sie wird in Großbritannien herausgegeben und bietet auch den extremistischen Organisationen eine Plattform für ihre Botschaften. Dagegen wird das Internet von den hier genannten Sikh-Organisationen bislang nicht für Propagandazwecke genutzt.

7. „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)

| | |
|-------------|---|
| Gründung: | 1972 auf Sri Lanka als „Tamil New Tigers“ (TNT) |
| | 1976 Umbenennung in LTTE |
| Sitz: | Oberhausen/Nordrhein-Westfalen (Deutsche Sektion) |
| Mitglieder: | ca. 110 Baden-Württemberg (2004: 80) |
| | ca. 800 Bund (2004: 750) |

Die „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) kämpfen seit den 1970er Jahren unter der Führung von Vellupillai PRABHAKARAN mit Waffenge-

²³¹ Die bedeutendsten Tempel Deutschlands befinden sich in den Städten Köln und Frankfurt.

²³² In Baden-Württemberg ist die ISYF in mehrere Fraktionen gespalten.



walt für einen eigenständigen und unabhängigen Staat „Tamil Eelam“ im mehrheitlich von Tamilen bewohnten Norden Sri Lankas.

Am 12. August 2005 wurde der Außenminister Sri Lankas, Laksham Kadirgamar, auf seinem Anwesen von Scharfschützen ermordet. Kadirgamar war trotz seiner Zugehörigkeit zur tamilischen Volksgruppe für seine restriktive Haltung gegenüber den LTTE bekannt, weshalb diese auch umgehend für die Tat verantwortlich gemacht wurden. Die sri-lankische Regierung reagierte mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes auf die Ermordung Kadirgamars. Die Europäische Union (EU) erklärte am 29. September 2005, dass sie neben der „*anhaltenden Gewaltausübung und dem Terrorismus*“ auch die Rekrutierung von Kindersoldaten durch die LTTE sowie die Ermordung Kadirgamars verurteilt. Als Sanktionsmaßnahme gab sie bekannt, dass auf EU-Ebene keine LTTE-Delegation mehr empfangen werde.²³³

Am 17. November 2005 wählte das sri-lankische Volk unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen den singhalesischen Nationalisten Mahinda Rajapakse von der linksgerichteten „Sri Lanka Freedom Party“ (SLFP) zu seinem neuen Präsidenten.²³⁴ Dieser hatte sich in der Vergangenheit für ein hartes Vorgehen gegen die LTTE und für einen singhalesisch dominierten Einheitsstaat ausgesprochen. Auf die Wahl Rajapakses zum neuen Präsidenten ging der LTTE-Führer PRABHAKARAN in seiner jährlichen Ansprache zum „Hero's Day“²³⁵ am 27. November 2005 ein. PRABHAKARAN richtete sich mit folgenden Worten an Rajapakse:

„Dies ist unser dringender und letzter Appell. Falls die neue Regierung unseren dringenden Appell ablehnt, werden wir im nächsten Jahr, in Solidarität mit unserem Volk, unseren Kampf für Selbstbestimmung und unseren Kampf für nationale Freiheit intensivieren, um die Selbstverwaltung in unserem Heimatland herzustellen.“²³⁶

Im Norden des Landes rückten die LTTE nicht von ihrem Machtanspruch ab, sondern bauten ihre Kontrollmechanismen weiter aus. So erhoben sie von einreisenden Tamilen Zölle für mitgebrachte Waren oder verwehrten ihnen sogar die Einreise, falls eine erforderliche Abgabe („Steuer“) nicht

²³³ EU-Erklärung zur Verurteilung der Aktionen der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) vom 29. September 2005.

²³⁴ Im Vorfeld der Wahlen war Rajapakse ein Wahlbündnis mit der JVP und einer ultranationalistischen Partei buddhistischer Mönche eingegangen, die beide eine harte Linie gegen die LTTE vertreten.

²³⁵ An diesem Tag wird des ersten von Regierungssoldaten getöteten LTTE-Kämpfers gedacht.

²³⁶ LTTE-Website vom 29. November 2005; hier: Arbeitsübersetzung des Landesamts für Verfassungsschutz aus dem Englischen.

bezahlt oder kein gültiges „Visum“ vorhanden war. Um dies überprüfen zu können, waren die LTTE auch 2005 bestrebt, die weltweit verstreut lebenden Tamilen systematisch zu erfassen.

Um den Zusammenhalt der in der Diaspora lebenden Tamilen zu stärken und diese gleichzeitig an die Heimat beziehungsweise an die Organisation zu binden, unterhalten die LTTE mehrere Unterorganisationen. Vor allem investieren sie viel Energie in die Jugendarbeit und in das Sammeln von Spendengeldern, welche zumindest teilweise in die Aufrechterhaltung der Kampfbereitschaft fließen. Aus diesem Grund beschloss die britische Regierung am 10. August 2005, der „**Tamil Rehabilitation Organisation**“ (TRO) den Status einer karitativen Organisation zu entziehen.

Welchen Einfluss die LTTE auf die tamilische Diasporagemeinschaft haben, zeigte unter anderem die Anzahl der Teilnehmer an einer Großdemonstration gegen die bereits zitierte EU-Erklärung am 24. Oktober 2005 in Brüssel. Der Aufforderung von LTTE-Funktionären, sich an dieser Aktion zu beteiligen, leisteten an die 10.000 in Europa lebende Tamilen Folge. Aus den Regionen **Heidelberg/Mannheim, Karlsruhe** und **Stuttgart** konnten mehrere Hundert Personen mobilisiert werden, um sich mit den LTTE solidarisch zu zeigen.

Das Internet wird von extremistischen Tamilen intensiv für die eigenen Zwecke genutzt. Eine Auswertung der zumeist mehrsprachigen Seiten ergab, dass sich die Inhalte je nach Sprache unterscheiden. Während in den tamilischen Beiträgen ein viel aggressiverer Ton anschlagen wird und die wahren Absichten konkreter zum Vorschein kommen, sind die deutschen Texte eher zurückhaltend und allgemeiner verfasst. Neben dem Internet wird auch das Medium Fernsehen von den LTTE weiterhin stark genutzt, um unter anderem gezielt zu Spenden aufzurufen. Im Jahr 2005 kam das „National Television of Tamil Eelam“ (NTT) neu hinzu. Seine Nachrichtenblöcke werden in das Programm des bereits bestehenden „Tamil Television Network“ (TTN) integriert.

Tamilische Einzelpersonen und kleinere Zirkel stellten sich erstmals offen gegen die LTTE und sprachen sich für einen Dialog mit den unterschiedlichen Volks- und Religionsgruppen auf Sri Lanka aus. Einige dieser Kritiker, die auch als „Anti-Tiger“ bezeichnet werden, organisierten am 17. Juli 2005 in **Stuttgart** eine Veranstaltung, die schließlich von LTTE-Anhängern massiv gestört wurde.

